



AIB

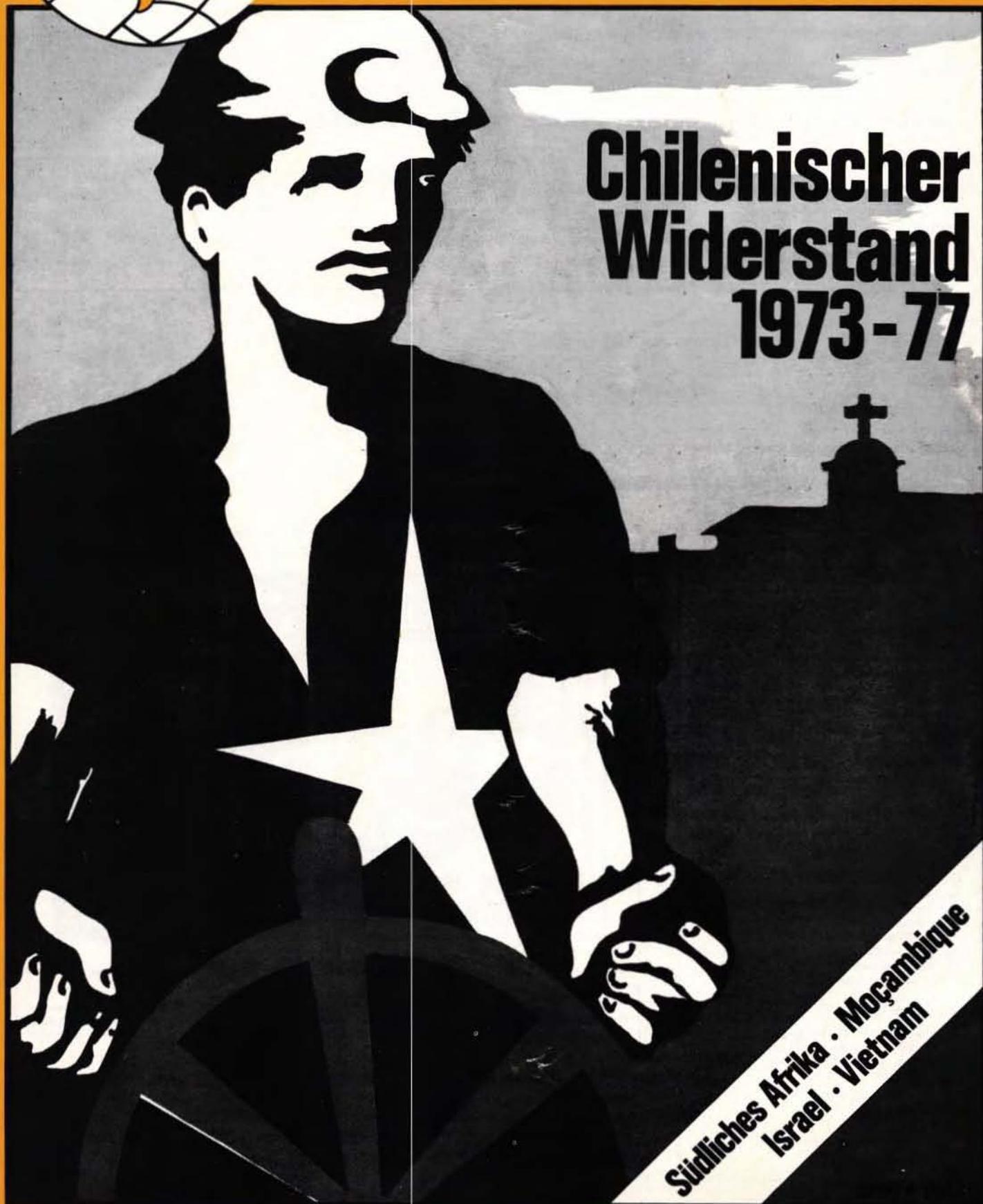
2V 20899 E

1,50 DM

September
Nr. 9 / 1977

8. Jahrgang

Antiimperialistisches Informationsbulletin



Chilenischer Widerstand 1973-77

Südliches Afrika · Moçambique
Israel · Vietnam

Inhalt:

AIB-Aktuell: Südafrika baut die Bombe	S. 3
Chile	
Ivan Ljubetic: Der antifaschistische Widerstand 1973–1977	S. 4 – 9
Horst Stuckmann: Chilenische Kirche in Opposition	S. 10 – 12
Lateinamerika	
Adalbert Krims: Christliche Bewegung in Lateinamerika	S. 13 – 17
Südliches Afrika	
Aussage der Lissabonner Anti-Apartheid-Konferenz	S. 18
Oliver Tambo/Sam Nujoma/Joshua Nkomo/Robert Mugabe: Unsere Position ist klar und eindeutig	S. 19 – 23
Moçambique	
Samora Machel: Der offene Krieg des Smith-Regimes	S. 24 – 26
Vietnam	
The Hung: Tradition der nationalen Fronten	S. 27 – 29
Israel	
Wolfram Brönnner: Begin – Krise ohne Ende	S. 29 – 32
Sitzverteilung in der Knesseth, Plattform der Demokratischen Front – Chadash	
Südafrika	
Freiheit für die „Pretoria 12“	S. 33 – 34
Rezension: Kirche und Armee Chiles	S. 34 – 35
Kurzinformation: Chile, Belize-Guatemala, Gefährlicher Konflikt Somalia-Äthiopien	S. 35 – 36



Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Dr. Wilhelm Breuer, Wolfram Brönnner, Dr. Jutta von Freyberg, Wolfgang Gehrcke, Mechthild Jansen, Georg Kwiatkowski, Herbert Lederer, Steffen Lehndorff, Erich Rudolf, Peter Tanzmeier, Dr. Frank Werkmeister, Prof. Erich Wulff

Redaktionskollektiv: Gabriele Brönnner, Wolfram Brönnner (verantwortlich), Rainer Falk, Paul Maaskola, Jürgen Ostrowsky, Wolfgang Ritter

Anschrift von Redaktion und Vertrieb:
AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg 1;
Telefon 06421-24672
Konto: Weltkreis Verlags GmbH Postscheckkonto
31 2093-607, Postscheckamt Frankfurt/M.
Verlag: Weltkreis Verlags GmbH, Brüderweg 16,
4600 Dortmund

Druck: W. J. Becker, Marburg

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Abdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

Das AIB erscheint monatlich. Jahresabonnement 15,- DM; Einzelheft 1,50 DM; bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33 % Ermäßigung.

Titelmotiv: Boris Eichin

Es arbeiteten mit: B. Brinkmann, D. Fendt, W. Gottsleben, M. Hellmann, I. Ljubetic, H. Merkelbach, M. Müller, E. Münscher, B. Pflug, M. Preuß, G. Ritter, U. Rupp

Redaktionsschluß: 22. 8. 1977

Beilagen, Anzeigen

- Anzeige der Aktion Selbstbesteuerung
- Anzeige AMERICA LATINA

Befreiung im Süden Afrikas

Bonn wider die Menschenrechte

- Beziehungen der BRD zu Südafrika, Chile, Brasilien und dem Iran
- UNO und Menschenrechtsfrage

Der **AIB-Sonderdruck 2/1977 „Bonn wider die Menschenrechte“** vom Juni d. J., 36 Seiten, Preis 1,50 DM, untersucht die aktuelle westliche Menschenrechtskampagne auf dem Hintergrund der Geschichte der internationalen Menschenrechte und der Dritte Welt-Politik der Bundesrepublik. Detailliert werden in Einzelbeiträgen die verschiedenen Seiten der Bonner Beziehungen zu Südafrika, Chile, Brasilien und dem Iran untersucht.

Der **AIB-Sonderdruck 1/1977 zum südlichen Afrika** vom Februar d. J., 32 Seiten, Preis 1,50 DM, bringt grundlegende Materialien zu den Befreiungsbewegungen des südlichen Afrika und zur internationalen Anti-Apartheid Bewegung. Geschichte, Grundsatzprogramme und Zielvorstellungen von ANC Südafrika, SWAPO und der Patriotischen Front Zimbabwes reichen von 1955 bis 1976. Dokumentiert werden die Internationale Konvention gegen Apartheid (1973) und das Aktionsprogramm der Havanna-Konferenz (1976).

Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33 % Ermäßigung.
Bestellungen an: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg 1

AIB - Aktuell: Südafrika baut die Bombe

Selbst in den Zentren der westlichen Welt – in Washington, London, Paris und Bonn – geben sich die Offiziellen besorgt über die alarmierende Nachricht der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS vom 9. August, daß das südafrikanische Rassistenregime kurz vor der Erprobung nuklearer Sprengkörper stehe. Die Dementis aus Pretoria finden ebensowenig mehr Gehör wie die hektische Aktivität Bonner Diplomaten am Rande der 29. Ministerratstagung der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) Anfang Juli in Libreville die Delegierten der afrikanischen Staaten davon zu überzeugen vermochte, daß die Anklage Bonns als einer der Hauptkollaborateure des Rassistenregimes auf militärischen Gebiet nichts als eine substanzlose „Verleumdung“ sei. Der 29. OAU-Gipfel verurteilte Bonn erneut wegen seiner fortgesetzten atomaren Zusammenarbeit mit Pretoria.

Es ist also lediglich die Sorge darüber, daß der militärische Juniorpartner Südafrika seinem Protektor außer Kontrolle geraten könne, wenn Bundesaußenminister Genscher Südafrika auffordert, als Beweis seiner friedlichen Absichten umgehend dem Atomwaffensperrvertrag beizutreten. Denn beides – die Suche nach einer sogenannten „friedlichen Lösung“ im südlichen Afrika und die aktive Beteiligung am Aufbau eines den Weltfrieden bedrohenden Aggressionspotentials im Süden des Kontinents einschließlich der Beteiligung an Aggressionsmanövern (siehe Rhodesien-Moçambique!) – ist Teil ein und derselben imperialistischen Strategie gegen die nationalen Befreiungsbewegungen.

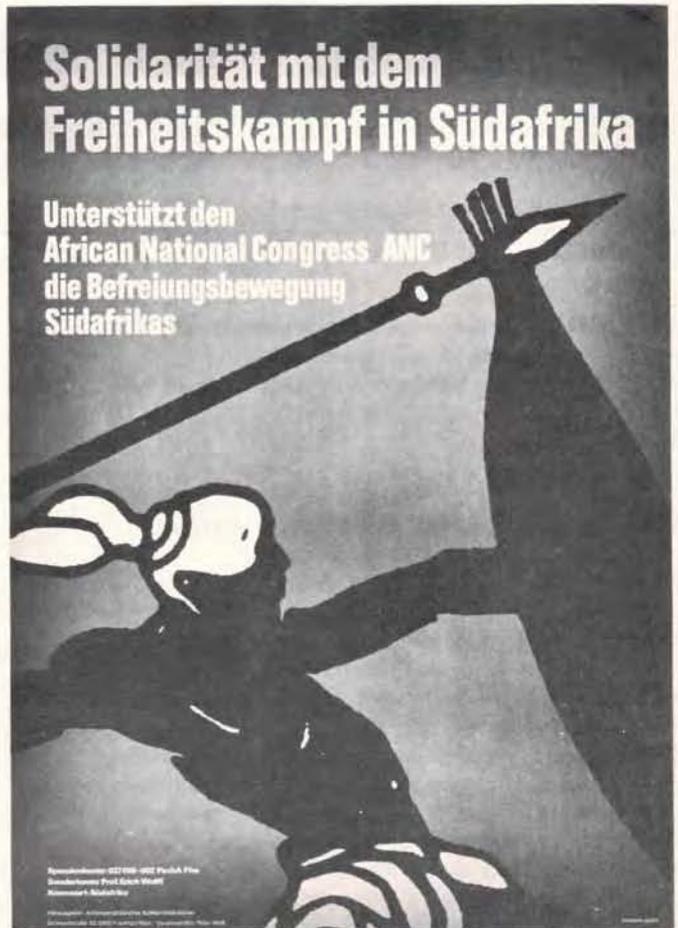
Die eine Seite der Medaille wird gegenwärtig markiert durch parallel laufende diplomatische Operationen des Westens, deren übergeordnetes Ziel es ist, Südafrika als „Sonderproblem“ zu behandeln, bei dem es bestenfalls um einen inneren „Wandel“, keinesfalls jedoch um die Beseitigung der Grundlagen des quasikolonialen Systems der RSA gehe. Das Ziel ist klar: die Aufrechterhaltung der imperialistischen Stellvertretermacht im Süden Afrikas, die Benutzung Südafrikas als „starker Mann“ (Egon Bahr), dessen Gewicht Anpassungslösungen in Zimbabwe und Namibia beschleunigen helfen soll und dem – wenn er bei den westlichen Plänen mitspielt – garantiert wird, daß eine Übertragung des Modells „Ein Mann – eine Stimme“ auf Südafrika „unmöglich“ sei – so Egon Bahr im Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt am 10. 7. 1977.

Neue ANC-Enthüllungen zur Kollaboration BRD-RSA

In diesem Zusammenhang ist die militärische Kollaboration der BRD und anderer Westmächte mit dem weltweit geächteten Rassistenregime keineswegs ein Widerspruch, sondern eine nach imperialistischer Logik notwendige Ergänzung. „Die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Verbindungen zwischen dem rassistischen Südafrika und der Bundesrepublik (. . .) sind das Produkt bewußter vorsätzlicher Entscheidungen aufeinander folgender Regierungen in Bonn und stellen ein herausforderndes und öffentliches Eingeständnis der Unterstützung für das Unterdrückungssystem in Südafrika dar.“ Derart lautet die Zusammenfassung der jüngsten detaillierten Enthüllungen über die militärische Zusammenarbeit der BRD mit Pretoria, die der ANC am 15. August unter der Überschrift „Fortgesetzte Verschwörung zur Aufrüstung von Apartheid“ der Öffentlichkeit vorstellte.

Die ANC-Dokumentation illustriert an Hand einer Fülle geheimer Dokumente die Methoden, mit denen die Bundesregierung die südafrikanischen Waffenproduzenten in den Besitz wichtiger technologischer und wissenschaftlicher Informationen gelangen ließ.

Im Auftrag des Südafrikanischen Rates für wissenschaftliche und industrielle Forschung, dem u.a. das Nationale Mechanische Ingenieurinstitut angehören, besuchen bis heute führende südafrikanische Experten ständig mit Billigung offizieller Stellen BRD-Institutionen, die ganz oder teilweise militärische Forschungsaufgaben durchführen. Von der Bundesregierung finanzierte oder mitfinanzierte Stellen in Göttingen, Porz-Wahn, Tübingen, Darmstadt, Westberlin, Heidelberg, Marburg, München, Karlsruhe und Hamburg arbeiten seit Jahren bereitwillig mit südafrikanischen Wissenschaftlern zusammen. Besuche und Gegenbesuche westdeutscher und südafrikanischer Militärs sind seit Jahren an der Tagesordnung. Zwischen der Bundeswehr und der südafrikanischen Armee findet ein regelmäßiger Austausch von vertraulichen und strategischen Informationen statt. Die Bundeswehr verschafft südafrikanischen Militärexperten über



ihre Stelle in St. Augustin Zugang zu Plänen der NATO.

Genau Einzelheiten enthüllt die neue Dokumentation über das unter westdeutscher Mithilfe ausgerüstete Advokaat-Überwachungsprojekt im südafrikanischen Kriegshafen Simonstown, dessen Informationen der NATO zur Verfügung stehen. In die militärische Zusammenarbeit sind u.a. folgende Konzerne verstrickt: Siemens, Messerschmidt-Bölkow-Blohm, AEG-Telefunken, August-Thyssen-Hütte, Klöckner-Werke, Platz, Friedrich Krupp Atlas Elektronik, Bosch, Blohm & Voss. Für die südafrikanische Raketenbasis St. Lucia (50 km von der moçambiquanischen Grenze entfernt) kam die Ausrüstung aus der BRD, wo auch die Schulung des notwendigen südafrikanischen Personals stattfand.

Bonn baut an der Bombe mit

Besonders bezeichnend ist der Nachweis, daß die atomare Konspiration zwischen der BRD und Südafrika auch nach dem Auslaufen des Vertrags über die Zusammenarbeit zwischen der STEAG Essen (45 % Bundesbesitz) und der Südafrikanischen Uran-Anreicherungs-gesellschaft (UCOR) im März 1976 weitergeht. Die STEAG wirkt nach wie vor als „technischer Agent“ für die südafrikanische UCOR. Die MAN-Tochter Gutehoffnungshütte Sterkrade AG lieferte die für den Betrieb der Urananreicherungsanlage lebensnotwendigen Kompressoren.

Während Bonn nach wie vor jede Mitwirkung an der südafrikanischen Atomwaffentechnologie von sich weist, heißt es in einer Meldung von dpa vom 23. 8. d. J. in aller Offenheit: „Es ist ein offenes Geheimnis, daß Südafrika . . . das technische Wissen hat, die Atombombe herzustellen. Umfangreiche Uranvorkommen und die Hilfe von Ländern wie Amerika, Großbritannien, Frankreich und der Bundesrepublik (!) versetzen das Land technisch in diese Lage.“ Dies und die Enthüllungen des ANC setzen neue Aufgaben für die Solidaritätsbewegung unseres Landes, die nukleare Verschwörung zwischen Bonn und Pretoria auf allen Ebenen zu stoppen.

Ivan Ljubetic

Der antifaschistische Widerstand 1973-1977

Bevor wir die Entwicklung des Widerstands in Chile näher untersuchen, scheint es uns notwendig, darauf einzugehen, was unter Widerstand zu verstehen ist.

Es gibt Kreise, die behaupten, in Chile gäbe es keinen antifaschistischen Widerstand, da keine bewaffneten Aktionen im Vordergrund stehen.

Heißt Widerstand nur spektakuläre Aktion?

Wer so denkt, verwechselt das Spektakuläre einer Aktion mit ihrer praktischen Bedeutung; er unterschätzt die Wichtigkeit der organisatorischen und bewußtseinsbildenden Tätigkeiten, die den Kampfgeist der Massen stärken; er übersieht die ständige Zunahme derjenigen Kräfte, die gegen die Diktatur sind.

Der antifaschistische Widerstand setzt sich aus vielen quantitativen Veränderungen zusammen, die jede für sich genommen wenig spektakulär sind, die jedoch in ihrer gemeinsamen Wirkung den großen qualitativen Sprung ermöglichen werden: den Sturz der faschistischen Junta. Darüber hinaus ist es den Volksparteien gelungen, die unmittelbaren Aufgaben des Widerstandes zu erfüllen, d. h. sie vermochten zu verhindern, daß die Faschisten die Kontrolle über die Massenorganisationen übernehmen konnten und vereinigen immer mehr Kräfte für den Kampf gegen die Diktatur.

Und noch etwas. Die Tatsache, daß es in Chile zu keinen Terrorakten kam, ist kein Mangel, sondern ein Verdienst der chilenischen Volksbewegung. Es ist ein Beweis ihrer Disziplin und ermöglicht einerseits die Vereinigung breiter Kreise im antifaschistischen Kampf, während es andererseits das Ausmaß der Verbrechen Pinochets und seiner Clique noch offenkundiger macht.

Streitpunkt: Charakter der Militärjunta

Unerläßlich für die Festlegung der Strategie und Taktik des Widerstandes ist die korrekte Einschätzung der Diktatur.

In der ersten von der Unidad Popular (UP) nach dem Putsch im Land herausgegebenen Erklärung bezeichnet sie die Junta Pinochets bereits als faschistisch.

Genauer wird hierauf in der Broschüre der Kommunistischen Partei Chiles (PC) „Der Linksextremismus, troyanisches Pferd des Imperialismus“ eingegangen: „Es ist richtig, daß der Faschismus im allgemeinen eine Erscheinung der entwickelten Länder gewesen ist. Doch heute tritt er in schwächer entwickelten kapitalistischen Ländern auf, wobei auf die Streitkräfte als entscheidendem Machtfaktor zurückgegriffen wird. Diese Tatsache muß als eine Folge der Rolle des Imperialismus und seines Einflusses auf die nationale Entwicklung derjenigen Länder verstanden werden, die er in seine Abhängigkeit gebracht hat. In diesem Sinne kann diese Form des Faschismus genauer als Militärfaschismus bezeichnet werden“.¹

Demgegenüber erklärt die Bewegung der Revolutionären Linken (MIR): „Zu präzisieren, daß die Regierung Pino-



chets eine Militärdiktatur und keine faschistische Diktatur ist, ist keine müßige Diskussion“.² In einem hat die MIR recht: Es ist keine müßige Diskussion. Auf der Grundlage der Charakterisierung der Junta müssen die politischen Ziele dieser Periode sowie die entsprechende Bündnispolitik festgelegt werden.

Ausgehend von der Tatsache, daß es sich beim Regime Pinochets um eine faschistische Diktatur handelt, setzt sich die UP die Wiederherstellung der Demokratie als unmittelbares Ziel und befürwortet im Kampf dafür die Entwicklung einer breiten Bündnispolitik. Schon in ihrem Dokument vom 1. 5. 1974 erklärt sie: „Chile steht vor einer großen Herausforderung, für die es nur eine Antwort gibt: die Bildung einer breiten antifaschistischen Front“.³ Darunter ist die Zusammenarbeit der UP mit der Christdemokratischen Partei (PDC) und anderen politischen und sozialen antifaschistischen Organisationen zu verstehen.

Die „puristische“ Scheinalternative der MIR

Die MIR dagegen behauptet, daß „in dem Fall einer Militärdiktatur wie der chilenischen der einzige für die Arbeiterklasse und das Volk offene Weg, der einer unabhängigen

Konfrontierung mit der Bourgeoisie und ihrem Regime ist.“⁴ Sie weist die Strategie der UP zurück, da sie ihrer Meinung nach „einen unbegründeten und kampflösen Verzicht auf die Diktatur des Proletariats bedeutet“⁵. Dementsprechend eng ist auch ihre Bündnispolitik angelegt. Hinsichtlich der PDC spricht sie sich für eine Zusammenarbeit ausschließlich „mit dem demokratischen Kleinbürgertum der Christdemokratischen Partei“⁶ aus (wobei sie offensichtlich vergißt, daß zu ihrer Mitgliedschaft auch zahlreiche Arbeiter und Landarbeiter gehören), was eine Spaltung der Partei voraussetzen würde.

Für manchen, der die Dinge aus der Ferne betrachtet, mag die „puristische“ Alternative der MIR als die angemessenere wirken, da bei ihr u. a. die Gefahr einer Entwicklung wie in Portugal geringer erscheint.

Dem sind jedoch zwei Tatsachen entgegenzuhalten. Zum einen, ist die dramatische Lage in Chile nicht länger haltbar. Die fortschreitende Verarmung der Bevölkerung hinterläßt besonders bei den Kindern Schäden, die nicht wieder gutzumachen sind und die immer raffinierteren Repressionsmethoden bedeuten für jeden antifaschistischen Kämpfer die Gefahr, von heute auf morgen in den Händen der Geheimpolizei DINA zu verschwinden, ohne Spuren zu hinterlassen. Zum anderen ist die UP, obgleich sie die wichtigste Kraft innerhalb des Widerstandes darstellt, allein nicht stark genug, um die Junta zu stürzen.

Dem mußte auch die MIR, die in Chile zu einer minimalen Kraft geschrumpft ist, Rechnung tragen und ihre Haltung revidieren. So erklärte sie im April 1977: „Wir glauben, daß es notwendig ist, sich einer Politik der Kompromisse und taktischer Übereinkünfte mit der gesamten PDC zu öffnen, jedoch niemals einer Frontpolitik oder programmatischen Bündnissen“.⁷

Dies bedeutet einen Fortschritt, obgleich nicht deutlich wird, wie es zu Kompromissen und taktischen Beschlüssen kommen kann, ohne sich zuvor auf ein programmatisches Ziel zu einigen.

Der rechte Flügel der PDC, angeführt von Frei, ist seinerseits für die Ablösung der Junta durch eine „demokratische“ Regierung unter Ausschluß der Marxisten. Aber auch diese Lösung hinter dem Rücken des Volkes hat sich als undurchführbar erwiesen.

Als einzige erfolgversprechende Alternative, um die Diktatur zu stürzen, bleibt das, wozu die UP von Anfang an aufrief: die Zusammenarbeit aller Antifaschisten.

Massenaktion und Untergrundtätigkeit

Bezüglich der im Widerstand anzuwendenden Taktik bemerkt die MIR: „Der Widerstand entwickelt sich auf der Grundlage seiner Basisorgane, der Untergrundkomitees; er drückt sich, wenn auch in zerstreuter Form, in Enteignungen, größerer und kleinerer Sabotage, psychologischem Krieg und Untergrundpropaganda aus. Kürzlich hat der Widerstand den Hauptbahnhof in Santiago niedergebrannt“.⁸

Im Gegensatz dazu erklärt die UP: „Der Kampf des chilenischen Volkes sucht weder die Verwirrung noch das Chaos, sondern im Gegenteil, die Schaffung der Bedingungen für die Errichtung einer demokratischen, revolutionären und antifaschistischen Regierung“.⁹ Und die PC unterstreicht: „Entscheidend und lebenswichtig, um im Aufbau der antifaschistischen Einheit Erfolg zu haben, ist die Arbeit mit den Massen. Es gibt keine Taktik, die diese Arbeit, die der Schlüssel für den Sieg ist, ersetzen könnte. Kein Ausweg, egal welche Form er annimmt, kann die Massenaktion entbehren. Ihre Beteiligung bestimmt den Sieg“.¹⁰

Dies bedeutet jedoch nicht, die Untergrundarbeit zu unterschätzen. Im Gegenteil. Es geht darum, daß sich Massenaktion und Untergrundtätigkeit gegenseitig ergänzen. Sie sind

beide unentbehrlich, um die antifaschistische Aktionseinheit voranzutreiben. Die Aufgaben der Massen können nur erfüllt werden, wenn die Untergrundorganisation gefestigt wird. Nur diese ermöglicht die Anzeige der Verbrechen der Junta, die Bekämpfung ihrer reaktionären Ideologie und die Orientierung und Organisation des Massenkampfes.

Verschiedene Phasen im chilenischen Widerstand

Der Kampf des chilenischen Volkes gegen den Faschismus hat verschiedene Phasen durchlaufen. Jede von ihnen kam einem quantitativen und qualitativen Wachstum der antifaschistischen Kräfte gleich.

Zu dem Zeitpunkt, als der Putsch stattfand, war es den Faschisten gelungen, weite Kreise gegen die Volksregierung zu vereinigen. Die Arbeiterklasse und Allendes Regierung waren isoliert. Die Streitkräfte, in denen die patriotischen und verfassungstreuen Mitglieder beseitigt oder neutralisiert worden waren, standen geschlossen hinter den Auführern. Wenn wir gleichzeitig berücksichtigen, daß innerhalb der UP keinerlei ernstzunehmende militärische Ausbildung stattgefunden hatte, wird klar, daß es unmöglich war, den von Pinochet angeführten Putschisten auf militärischer Ebene erfolgreich zu begegnen.

Trotzdem gab es bewaffneten Widerstand. Die Patrioten kämpften mit den wenigen Waffen, die sie hatten in Fabriken, Arbeitersiedlungen, auf dem Land und in einigen Militärkasernen. Es war ein heroischer Widerstand, jedoch zusammenhanglos, ohne richtige Vorbereitung und unter sehr ungleichen Bedingungen. Leuchtendes Beispiel war der Kampf Allendes und einer Handvoll Patrioten in der Moneda, wo sie sich gegen den Angriff Hunderter von Soldaten, Panzer und die Bombardierung aus der Luft verteidigten. Der bewaffnete Widerstand wurde bald erstickt. Doch Allendes Opfer bedeutete für die Faschisten eine moralische Niederlage.

Periode der Reorganisation der UP-Parteien

Zwischen dem 11. September 1973 und dem 1. Mai 1974 befanden sich die chilenischen Volksparteien im Rückzug. Die Repression trifft viele Mitglieder und Sympathisanten der UP. Sie verlieren ihre Arbeitsplätze, müssen Vorstandsämter in



Bewaffneter Widerstand in der Moneda: Präsident Allende

Gewerkschaften und anderen Organisationen abgeben, werden aus Schulen und Universitäten verwiesen, verhaftet, gefoltert und getötet. Alle Radiosender und Presseorgane der UP werden beschlagnahmt. Gleichzeitig zerstören die Faschisten die demokratischen Einrichtungen: Sie schließen den Kongreß und die Rathäuser; die Parteien der UP werden verboten und alle anderen gezwungen, ihre Tätigkeit vorüber-

gehend einzustellen; Wahlen werden verboten, die Wahllisten verbrannt; die Einheitsgewerkschaft CUT aufgelöst und alle Gewerkschaften unter militärische Kontrolle gestellt; ebenso die Universitäten und Gymnasien.

Trotz dieser Gewalttätigkeiten finden die Faschisten die Unterstützung aller Parteien, die nicht zur UP gehören. Innerhalb der PDC sprechen sich nur 16 führende Mitglieder gegen die Junta aus. Die Kirche verurteilt die Verletzung der Menschenrechte, erkennt die Militärregierung jedoch als legitim an.

Unter diesen schwierigen Bedingungen reorganisieren sich die Parteien der UP. Und es finden Widerstandsaktionen statt. Am 11. Oktober 1973, einen Monat nach dem Putsch, gibt die PC ihre erste Untergrunderklärung heraus, in der sie ihr Vertrauen darauf ausdrückt, daß „die Werktätigen und die Volksmassen sich von dem Schlag, der sie traf, erholen und ohne Zweifel wieder das Schicksal der Heimat bestimmen werden.“¹¹ Bis zum 1. Mai 1974 zirkulieren weitere 13 Schriften der PC im Untergrund.

Der Kampf des Volkes geht mit neuen Formen und Methoden weiter. Es wird jede Gelegenheit wahrgenommen, um die Verbrechen der Junta anzuprangern. Im Oktober 1973, als in Concepción die Ermordung der Kommunistenführer Isidoro Castillo, Danilo González, Bernardo Cabrera und Vladimir Araneda bekannt wird, drücken die Bergleute der Kohlegruben in Lota ihren Protest durch einen mutigen Streik aus. Sie streiken wieder, als der ehemalige Gouverneur von Concepción, der Kommunist Fernando Alvarez, ermordet wird.

Auf dem Hauptfriedhof in Santiago kann man Grabinschriften lesen, die ein Bekenntnis zum Widerstand sind: „Für N. N., der im Kampf für die Gerechtigkeit fiel: Wir werden Dein Schwert aufnehmen und Dir bis zum Tode folgen“.¹² Auf einem Provinzfriedhof brachte die PC am 1. November 1973 (Allerheiligen, Gedenktag der Verstorbenen) Gedenktafeln für Präsident Allende, Pablo Neruda, Víctor Jara und alle nach dem 11. September gefallenen Patrioten an. „Dies erregte großes Aufsehen, da viele Menschen diese Tafeln lasen, die später in die Hände der Militärs fielen, von denen es auf dem Friedhof wimmelte“.¹³

Besonders beeindruckend war der Trauermarsch zum Begräbnis von Pablo Neruda, wenige Tage nach dem Putsch, in dessen Verlauf Tausende von Personen Freiheitslosungen riefen und die Internationale sangen, während Militärkommandos ihre Waffen auf sie gerichtet hielten.

Auch in Gefängnissen und Konzentrationslagern war der Widerstand aktiv. Dort versuchten die Faschisten erfolglos, die Patrioten physisch und moralisch zu brechen. Überall organisierten sich die Gefangenen, sprachen sich gegenseitig Mut zu, lernten voneinander, vergaßen nicht die Helden des Volkes. Als der 1. Mai 1974 kam, veranstalteten sie auch in der Haft kleine Feiern zum Tag der Arbeiter¹⁴.

Zu diesem Zeitpunkt war es der PC bereits gelungen, sich im ganzen Land zu reorganisieren. Auch die Sozialistische Partei (PS) und die MAPU-OC (MAPU Arbeiter und Bauern) bauten ihre Organisationen mit Erfolg wieder auf, in geringerem Ausmaß die anderen Parteien der UP.

Phase massenorientierter Aktionen: Propagandatätigkeit

Den Beginn dieser Periode kann man am 1. Mai 1974 ansetzen, dem Datum, da die UP ihre erste Erklärung im Untergrund herausgab. Als unmittelbare Hauptaufgabe wird darin angegeben, „die wachsende Unzufriedenheit mit dem Faschismus in Organisation, politische Energie und Mobilisierung der Massen gegen die Diktatur zu verwandeln“.¹⁵ Die UP konzentriert ihre Kräfte auf die Propagandatätigkeit. Es war notwendig, die Massen zu erreichen, ihr Kampfbe-

wußtsein zu stärken, sie zu organisieren. An Mauern und Wänden erscheinen Parolen, Tausende Flugblätter werden im ganzen Land verteilt und sieben Untergrundzeitungen herausgegeben, zwei davon von der PC: Unidad Antifascista und Liberación.

Am 18. Juni 1974 wird der Geheimpolizei DINA ein legaler Anstrich gegeben. Sie zählt etwa 20 000 Mitglieder und ist mit den neuesten technischen Errungenschaften für ihre Repressionstätigkeit ausgestattet. Gleichzeitig verschärft sich die wirtschaftliche Krise, in die die Faschisten das Land stürzten. Dies bewirkt, daß die Katholische Kirche eine immer kritischere Haltung der Junta gegenüber einnimmt. Das von den chilenischen Kirchen gegründete Friedenskomitee erweitert seinen Tätigkeitsbereich. Neben der Hilfe für die Angehörigen von Gefangenen, Ermordeten und Arbeitslosen, gibt sie den Gefangenen auch juristische Beratung und setzt sich für die Verschwundenen ein. Pinochet wirft der Kirche vor, vom Marxismus unterwandert zu sein. Die DINA macht bei ihren Hausdurchsuchungen auch vor Kirchen nicht halt, Priester werden verhaftet, auf das Haus von Kardinal Silva Henríquez wird geschossen. Doch die Kirche läßt sich nicht einschüchtern und wird zur Stimme für die vielen, die keine Stimme mehr haben. Die Gottesdienste werden zu Massenveranstaltungen. Im November 1974 versammeln sich eine halbe Million Menschen, um den Kardinal zu hören, der die Achtung der Menschenrechte fordert.

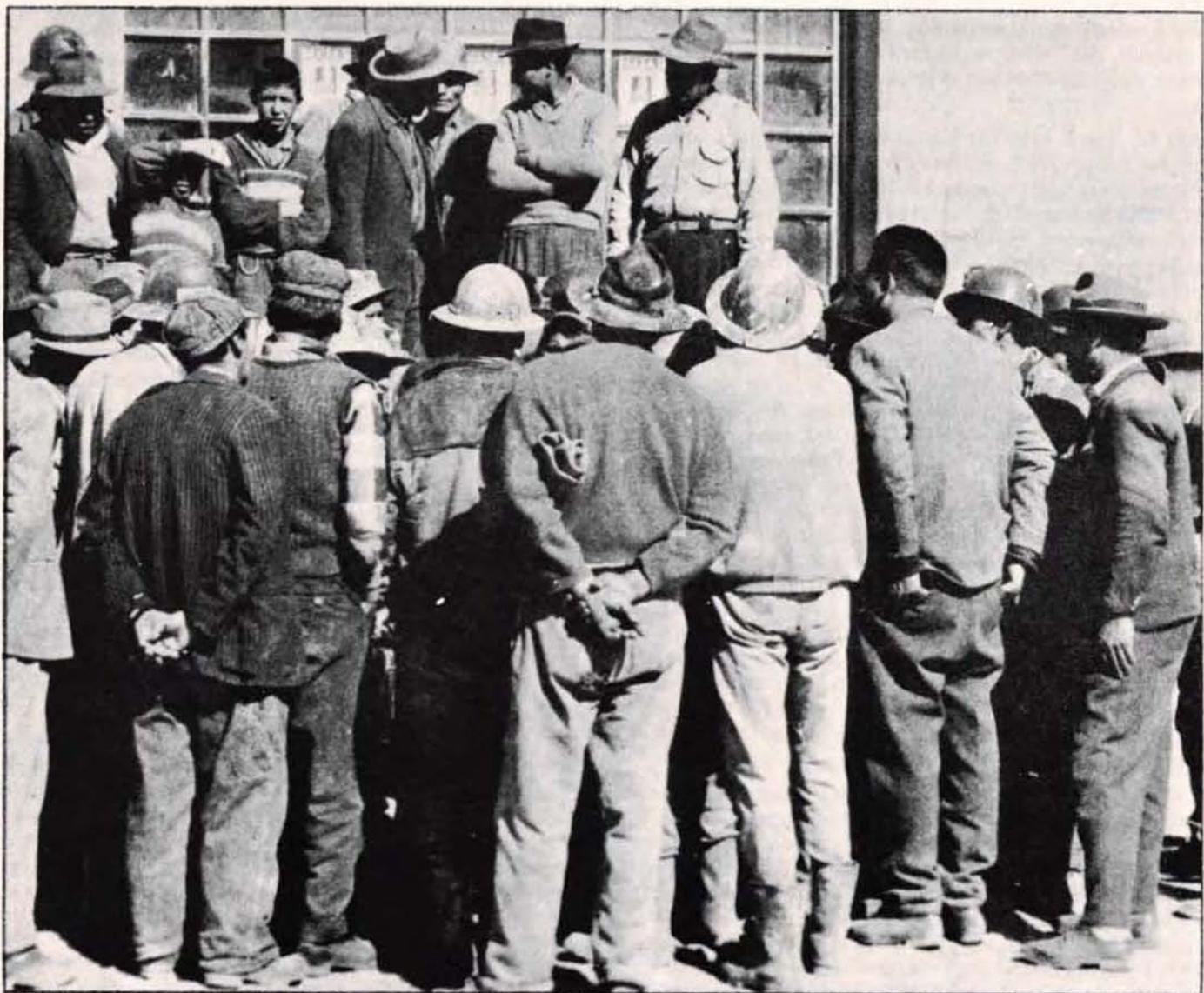
Die Repression trifft nun auch Mitglieder des linken Flügels der Christdemokratie (PDC). Im September 1974 wird der ehemalige Abgeordnete Claudio Huepe verhaftet, im Oktober verbietet man dem ehemaligen stellvertretenden Präsidenten der Republik Bernardo Leighton, ins Land zurückzukehren und am 26. November 1974 wird Renán Fuentealba, vormals Vorsitzender seiner Partei, des Landes verwiesen. Daraufhin äußert die PDC zum ersten Mal Kritik an der Junta.

Die Ereignisse innerhalb der Kirche, der PDC und anderer bürgerlicher Parteien widerspiegeln die Änderung der Haltung bei immer weiteren Teilen der Bevölkerung. Die soziale Basis der Junta beginnt zu bröckeln.

Phase der Massenaktionen: Kampf der Gewerkschaften

Diese Periode reicht vom 1. Mai bis zum 31. Dezember 1975. Der 1. Mai 1975 wurde zu einem bedeutenden Tag. Im Stadion San Eugenio sollte als Höhepunkt der Feiern zum Internationalen Tag der Arbeiter, die von der CUT vom Untergrund aus organisiert worden waren, eine Sport- und Kulturveranstaltung stattfinden. Als deutlich wurde, welch großes Interesse diese Veranstaltung weckte, wurde sie in letzter Minute von der Junta verboten. Trotzdem kamen Tausende von Menschen zum Stadion. Die Tore waren verschlossen, aber man traf zum ersten Mal nach langer Zeit unzählige alte Freunde und Bekannte wieder. Ein Gruß, ein Blick genügte, um festzustellen, daß man weiterhin für die gleichen Ideale kämpfte. Und daß man nicht allein war. Diese Veranstaltung, die nicht durchgeführt werden konnte, wurde an diesem Tag zur wichtigsten Veranstaltung in Santiago.

Nach Angaben der CUT fanden an diesem 1. Mai 1975 im ganzen Land etwa fünfhundert kleinere und größere Arbeiterversammlungen statt. Auch in den Konzentrationslagern wurde der Tag der Arbeiter nicht vergessen. Über die Feier in Ritoque, wo sich Luis Corvalán und andere Führer der UP befanden, schreibt Samuel Riquelme, Führer der PC: „Es wurden vier Kolonnen organisiert. Eine stellte die Landarbeiter dar, eine andere die Bergleute, die dritte die Intellektuellen und Studenten und die vierte war die der Solidarität, die Kolonne, die „Vielen Dank“ sagte für die Solidarität, die uns in der ganzen Welt entgegengebracht wurde. Dort, den Lagerleitern trotzend, errichteten wir eine Tribüne und sagten,



Arbeiterdiskussion vor chilenischem Betrieb

warum wir in diesem Konzentrationslager versammelt waren".¹⁶ Wenig später wurde an gleicher Stelle bekannt, daß Luis Corvalan der Lenin-Friedenspreis verliehen worden war. Dies gab Anlaß zu neuen Feiern und verstärktem Vertrauen in den Endsieg.

Die Propagandatätigkeit wurde fortgeführt. Die Untergrundzeitungen erschienen regelmäßig, Flugblätter waren im Umlauf und Erklärungen der Parteien wurden bekanntgegeben (allein die PC veröffentlichte zehn).

Aber das entscheidende dieser Periode sind die Massenaaktionen der Werktätigen. Die Gewerkschaften konnten von der Diktatur nicht umfunktioniert werden und in ihnen waren weiterhin Revolutionäre aktiv tätig. Sie kämpften für eine Verbesserung der Lebensverhältnisse und für die Erhaltung der in langen Jahren errungenen Rechte. In Kundgebungen und Gewerkschaftsversammlungen werden die dringendsten Probleme diskutiert. Streiks finden statt, davon über zweihundert in großen Industriebetrieben. Und alles trotz des wütenden Terrors. Manchmal ist der Preis sehr hoch: Die Gewerkschaftsführer werden ermordet, kommen ins Gefängnis oder gelten als verschwunden. Aber es werden auch kleine Erfolge errungen.

Der rechte Flügel der PDC nimmt unter dem Druck der Basis eine immer kritischere Haltung der Junta gegenüber ein, die in den totalen Bruch mit der Diktatur mündet. Aber unter der Leitung von Frei spricht sie sich für einen „dritten Weg“ aus, d. h. sie trachtet nach einer Ablösung der Junta unter Ausschluß der marxistischen Parteien. Der linke Flügel

der PDC dagegen sucht zu einer Verständigung mit der UP zu kommen.

Der Fall der 119 Verschwundenen – der im August 1975 bekannt wird – und die fortgesetzten Verbrechen der DINA führen zu verstärkten Spannungen zwischen der Junta und der katholischen Kirche. Diese verurteilt mehrmals die Verletzung der Menschenrechte, für deren Verteidigung sich in besonderer Weise das Friedenskomitee einsetzt. Deshalb fordert die Diktatur im November 1975 dessen Auflösung. Daraufhin gründet die katholische Kirche das Solidaritätsvikariat, um die unterbrochene Arbeit fortzuführen.

Gegen Jahresende wird die wachsende Isolierung der Junta immer deutlicher.

Phase der vollständigen Isolierung der Junta

Man kann ihren Beginn im Januar 1976 ansetzen. In ihrem Verlauf verlieren die Faschisten fast alle ihre vormaligen Verbündeten. Nur die faschistische Gruppe innerhalb der Nationalen Partei, die die Interessen der Monopolbourgeoisie und des Imperialismus vertritt, hält noch zu ihnen.

Die Antwort der Junta auf die wachsende Isolierung ist eine verstärkte Repression. Diese trifft besonders die im Widerstand arbeitenden Volksparteien, erfaßt aber auch den rechten Flügel der PDC und andere reaktionäre Parteien. In dieser Phase versuchen die Faschisten, eine Liberalisierung ihres Regimes vorzutäuschen. Einige politische Gefan-

gene werden freigelassen und die neuen nicht mehr als solche anerkannt. Die Verhaftungen der Patrioten werden geleugnet und so steigt die Zahl der „Verschwundenen“ auf über 2500 an.

Aber der Terror kann den Kampf der Patrioten nicht aufhalten. Im Januar 1976 veröffentlicht die PC die erste Untergrundnummer ihrer theoretischen Zeitschrift Principios. Auch die Massenpropaganda wird fortgeführt. Im Zusammenhang damit konnte man, verbunden mit einem Aufruf zu verstärkter Repression, in dem faschistischen Sprachrohr El Mercurio lesen: „Bewohner von industriellen Randgebieten . . . übergaben den Behörden hektographierte Flugblätter, die am 1. Mai (1976) heimlich verteilt wurden und die Texte gegen die Regierungsjunta und ihre Wirtschaftspolitik enthalten und die Freilassung von Luis Corvalan fordern“.¹⁷

Auch umfangreichere Schriften zirkulieren im Untergrund. Im September 1976 veröffentlicht die PC unter dem Titel „Patrioten: nur vereint werden wir den Faschismus besiegen“ ein Dokument, in dem sie drei konkrete Vorschläge für die Zusammenarbeit von UP und PDC macht: 1. sich zu verbünden, um die Junta zu stürzen; 2. gemeinsam die Junta zu stürzen und außerdem Absprachen über die Zukunft zu treffen und 3. außer den ersten beiden Punkten sich auch auf die Bildung einer Regierung zu einigen, an der alle antifaschistischen Kräfte beteiligt sind. Im gleichen Monat führt die PS einen wichtigen Kongreß im Untergrund durch, bei dem die notwendige Einheit im Vordergrund steht. Im Dezember 1976 erscheint auch ein neues Dokument der UP in Chile, das ihre Stärkung beweist und die einheitliche Haltung der einzelnen Parteien.

Auf den Straßen kommt es zu Demonstrationen, wie jene im Dezember 1976, als Hunderte von Personen gegen den Betrug einer Kreditgesellschaft protestierten oder am 8. März 1977, als hundert Frauen zum Obersten Gerichtshof zogen, um die Aufklärung der Fälle von 501 Verschwundenen zu fordern. El Mercurio berichtete auch von einem anderen viel-sagenden Ereignis, das am 11. Dezember 1976 auf dem Flughafen Pudahuel bei Santiago stattfand, als zwei Demokraten, die innerhalb der Volksregierung wichtige Ämter innehatten und seit dem Putsch in Haft waren, das Land verlassen mußten: „Angehörige und Freunde versammelten sich auf der Terrasse des internationalen Flughafens und winkten zum Ab-

schied mit roten Tüchern“.¹⁸

Der Widerstand äußert sich auch in zahlreichen anderen Formen, beispielsweise in der Pflege der fortschrittlichen Kultur und Folklore, im Kampf der Studenten gegen die hohen Einschreibgebühren, in der ununterbrochenen Verbreitung von Untergrundzeitungen.

Diese Aktionen könnten ein höheres Niveau erreichen, doch dem steht noch die Weigerung der PDC entgegen, eine gemeinsame antifaschistische Front mit der UP zu bilden. Der rechte Flügel, der die Partei kontrolliert, ist weiterhin für eine Lösung unter Ausschluß der Marxisten und befürwortet einen „graduellen Veränderungsprozeß“ ohne kämpferische Aktionen gegen die Junta. Und dies, obgleich auch sie die Repression trifft und die Partei zusammen mit drei weiteren bürgerlichen Parteien am 12. März 1977 verboten wurde.

Gemeinsame Verteidigung der Menschenrechte

Trotzdem fanden seit Januar 1977 wichtige Aktionen statt, an denen sich sowohl die UP als auch die PDC beteiligten. Sie betrafen besonders zwei Bereiche: die Verteidigung der Menschenrechte und den Kampf um die Rechte der Werktätigen.

In der Verteidigung der Menschenrechte, wobei auch die Katholische Kirche eine wichtige Rolle spielt, konnten einige Erfolge erzielt werden, beispielsweise die Freilassung von einigen hundert politischen Gefangenen. Ein besonderer Sieg war dabei die Freilassung von Generalsekretär der PC, Luis Corvalan.

Die entschlossene Haltung der Kirche im Kampf für die Achtung der Menschenrechte hat ihr den wachsenden Haß der Faschisten eingebracht, die zu allen Mitteln greifen, um sie zu bekämpfen. So wurden u. a. in einer von der DINA vorbereiteten Aktion am 15. August 1976 vier Bischöfe im Flughafen Pudahuel bei Santiago tödlich angegriffen. Dies markierte den endgültigen Bruch zwischen der Kirche und der Diktatur. In einem Presseinterview, das Bischof Carlos Camus zwei Tage nach dem Vorfall gab, erklärte er: „Die deutschen Katholiken haben nichts von den Verbrechen der Gestapo, von der Ermordung von Millionen Juden gewußt, bis nach dem Krieg, als man ihnen die Filme zeigte. Ich glaube, daß etwas ähnliches in Chile passiert. Es gibt viele



Brigade Pablo Neruda: Ehrung für Neruda

Menschen, die nicht wissen, was geschieht. Eines Tages wird man die Wahrheit wissen und dann werden sie sagen, wie konnten wir nur so getäuscht werden“.¹⁹

... und der Rechte der Arbeiter

Am 26. März 1977, nach dem Verbot aller politischen Parteien durch die Junta, gab die Katholische Kirche unter dem Titel „Unser nationales Zusammenleben“ eine Stellungnahme zur Lage in Chile heraus, in der sie – zum ersten Mal in der Geschichte des Landes – an der Regierung harte Kritik übte. Dies nahm der Justizminister der Junta, Damilano, zum Anlaß, um die kirchlichen Würdenträger in einer öffentlichen Rede auf gemeine Weise zu beleidigen. Die Kirche legte dagegen bei Pinochet Protest ein und dieser sah sich gezwungen, seinen Minister um den Rücktritt zu ersuchen. Ein deutliches Zeichen von Schwäche der Diktatur.

Auf gewerkschaftlicher Ebene hat die Einheit der Arbeiter der UP und der PDC die spalterischen Versuche einiger Kollaborateure der Junta vereitelt. Ein Beweis dafür ist die Tatsache, daß Mitte April d. J. 122 Gewerkschaftsorganisationen der verschiedensten Richtungen ein gemeinsames Schreiben verfaßten, in dem sie eine Genehmigung fordern, um den 1. Mai zu feiern. Diese Genehmigung wurde ihnen verweigert. Daraufhin haben 126 Gewerkschaftsorganisationen ein Schreiben an die Junta unterschrieben, in dem sie ihre wirtschaftlichen und sozialen Forderungen darlegen. Zur inländischen und internationalen Isolierung der Faschisten kommen noch die immer offensichtlicheren Widersprüche innerhalb der Streitkräfte hinzu. Eine wachsende Zahl von Militärs ist nicht länger bereit, im eigenen Land als Okkupationstruppe aufzutreten.

Ein entscheidender Moment: Hungerstreik der 26

Im Mai 1977 veröffentlichte die PC in Santiago ein neues wichtiges Dokument, in dem es heißt: „Eine neue politische Situation nimmt Gestalt an. Im Gebäude der faschistischen Junta beginnt es zu knacken als Ergebnis der wachsenden inneren Isolierung und der internationalen Verurteilung. Es eröffnen sich Perspektiven für die Intensivierung des Kampfes der Massen für ihre Rechte und um das Ende der Diktatur herbeizuführen.“²⁰

Eine Bestätigung dieser Einschätzung der Kommunisten ist im Juni d. J. die wahrscheinlich spektakulärste Widerstandskaktion seit dem 11. September 1973 gewesen: der Hungerstreik, den 24 Frauen und 2 Männer, alle Angehörige von Verschwundenen, am 14. Juni im Gebäude der CEPAL (Wirtschaftskommission für Lateinamerika der UNO) in Santiago begannen. Sie erklärten, den Hungerstreik so lange fortsetzen zu wollen, bis die Junta Aufklärung über das Schicksal der über 2500 Verschwundenen gibt. Gleichzeitig verteilten andere Angehörige von Verschwundenen an alle Massenmedien in Santiago eine Erklärung, in der ihre Forderungen enthalten sind.

Im ganzen Land erhob sich eine mächtige Welle der Solidarität: Auf den Straßen wurden Flugblätter verteilt, an Mauern und Häuserwänden erschienen Losungen, Solidaritätsgottesdienste fanden statt, Gewerkschaftsführer gaben Erklärungen heraus, Rechtsanwälte wandten sich an den Obersten Gerichtshof und bekannte Persönlichkeiten des kulturellen Lebens erklärten sich solidarisch. Auch im Ausland erreichte die Solidarität ein beeindruckendes Ausmaß.

Die Faschisten wurden dadurch gezwungen, den Forderungen der Hungerstreikenden zu entsprechen. Am 23. Juni gab das Generalsekretariat der UNO ein Kommuniqué heraus, in dem es bekanntgab, daß der ständige Vertreter Chiles in New York Kurt Waldheim mitteilte, daß „die chilenische



Regierung dazu bereit ist, Informationen über den Aufenthaltsort der Angehörigen der Gruppe von 26 Personen zu geben“ und daß „keinerlei Maßnahmen gegen die Mitglieder der Gruppe ergriffen werden sollen“.

Kritischster Augenblick der Pinochet-Junta

Als die Hungerstreikenden hierüber in Kenntnis gesetzt wurden, beendeten sie ihren mutigen Streik. Sie erreichten den bisher größten Sieg des Widerstandes und der internationalen Solidarität. Die Diktatur wurde gezwungen zuzugeben, daß sie politische Gefangene in geheimen Lagern festhält. So öffnet sich der Weg für die Aufklärung des schlimmsten Dramas des chilenischen Volkes: das Verschwinden von über 2500 Patrioten.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt erlebt die Diktatur Pinochets ihren kritischsten Moment. Um sie zu stürzen ist jedoch die einheitliche Aktion aller Demokraten notwendig. Wenn es jetzt nicht gelingt, besteht die Gefahr, daß die Junta sich vorübergehend wieder stabilisiert.

Die UP hat an die PDC den Aufruf gerichtet, sich mit ihr zu vereinigen, um den Faschismus zu besiegen. Die Einheit aller Antifaschisten würde den Beginn einer neuen Etappe des Widerstandes markieren, die nur im Sturz der faschistischen Diktatur gipfeln kann.

Anmerkungen:

- 1) PC, El izquierdismo, caballo de Troya del imperialismo, hektografiert, Frankfurt 1976, S. 8
- 2) MIR, Correo de la Resistencia, Paris, Nr. 5/Januar 1975, S. 62
- 3) UP, Declaración desde el interior del país, Santiago, 1. 5. 1974; vervielfältigt in Frankfurt 1974, S. 1
- 4) MIR, Correo de la Resistencia, a. a. O., S. 62 f
- 5) MIR, Chile Documentación, April 1977, S. 85 f
- 6) MIR, Correo de la Resistencia, Paris, Nr. 6/Juni 1975, S. 44
- 7) MIR, Chile Documentación, a. a. O., S. 52; Hervorhebung d. Verf.
- 8) MIR, ebenda S. 17
- 9) UP, Por la unidad antifascista hacia la derrota de la Junta, Berlin, September 1976; vervielfältigt in Frankfurt 1976, S. 12
- 10) PC, Al Partido y al Pueblo de Chile, Santiago, Dezember 1974; in: Documentos oficiales del Partido Comunista de Chile emitidos en Santiago después del golpe militar fascista, S. 181
- 11) PC, Al pueblo chileno, 11. 10. 1973, in: Documentos oficiales, a. a. O., S. 16
- 12) José Miguel Varas, La voz de Chile, Moskau 1977, S. 54
- 13) Ebenda, S. 15 f
- 14) Vgl. hierzu auch: Rodrigo Rojas, Wir lassen uns nicht unterkriegen, Moskau 1975; Luis Alberto Corvalan: Schmerz und Hoffnung meiner Brüder, Dortmund 1977
- 15) UP, Declaración desde el interior, 1. 5. 1974; vervielfältigt in Frankfurt 1974, S. 9
- 16) Revista Internacional, Chilenische Ausgabe, Nuestra Epoca, Nr. 9/September 1976, S. 83
- 17) El Mercurio, Internationale Ausgabe, 9.-15. 5. 1976, S. 8
- 18) El Mercurio, Internationale Ausgabe, 5.-11. 12. 1976, S. 5
- 19) El Mercurio, Internationale Ausgabe, 15.-21. 8. 1976, S. 6
- 20) PC, Abajo la Junta, fuera Pinochet, Santiago, Mai 1977
- 21) UNO, Offizielles Kommuniqué vom 23. 6. 1977 in New York

Horst Stuckmann

Chilenische Kirche in Opposition

Chile ist ein katholisches Land. Knapp 85 % der Bevölkerung gehören der katholischen Kirche an. Aber der Einfluß der katholischen Kirche war in Chile nie so stark wie in den anderen lateinamerikanischen Ländern, deren Bevölkerung zu über 90 % dem Katholizismus anhängt. Eine starke protestantische Minderheit, Resultat der Einwanderung aus Europa im 19. Jahrhundert, hat die Allmacht des Katholizismus geschwächt. Gegenwärtig dürften 11 % Protestanten unterschiedlicher Denominationen, unter ihnen als wichtigste die lutherische, die sehr stark von deutschen Einwanderern geprägt ist, und die presbyterianische, in Chile leben. Frühzeitig machten sich auch laizistische Bestrebungen bemerkbar, die ebenfalls dazu beitrugen, die Rolle der katholischen Kirche zu mindern.

Frühzeitige Hinwendung zu sozialen Problemen

Schon in der neuen Verfassung von 1925 wurde die Trennung von Staat und Kirche vollzogen. Die Kirchen, besonders die katholische, konnten sich folglich nicht auf staatlich abgesicherte Privilegien stützen. Wollten sie Einfluß gewinnen, mußten sie sich mit dem Volk verbinden und seine sozialen Interessen und Bedürfnisse ernstnehmen. Das geschah auch, freilich in unterschiedlicher Intensität. Es hing ab von der jeweiligen Basis. Die katholische Kirche war in der Masse des Volkes verankert, während die protestantischen Kirchen in der Regel den Mittelstand und teilweise das Großbürgertum repräsentierten, Spiegelbild ihrer Herkunft.

Mitentscheidend für die relativ frühe Hinwendung der katholischen Kirche zu sozialen Problemen war die Entstehung einer starken Arbeiterbewegung schon vor dem 1. Weltkrieg. Die Arbeiterbewegung wurde im Laufe der Jahrzehnte so stark, daß es 1938 zum erstenmal in der chilenischen Geschichte zur Bildung einer Volksfrontregierung aus Radikalen, Sozialisten und Kommunisten kam¹. Diese Regierung verfolgte eine Politik sozialer Reformen. Die Kirche hatte an dieser Entwicklung keinen aktiven Anteil, aber sie mußte darauf reagieren und sich damit auseinandersetzen.

Seit den 60er Jahren verschärften sich in Lateinamerika die sozialen Gegensätze. Eine revolutionäre Situation reifte allmählich heran. Die katholische Kirche konnte sich dieser Entwicklung nicht entziehen. Drei Momente, die auf einen Wandel auch in der Haltung der Kirche drängten, wurden wesentlich: Die sozialistische Revolution auf Kuba mit ihrer Ausstrahlung auf den gesamten Kontinent; das II. Vatikanische Konzil, das mit seinen Ergebnissen besonders in Lateinamerika das soziale Gewissen der Kirche weckte und schärfte; und schließlich das Beispiel des Priesters Camillo Torres, der 1966 als Revolutionär in Kolumbien fiel.

Alle diese Momente hatten auch ihren stimulierenden Einfluß auf die Kirche in Chile, ja sie trafen hier auf einen bereits vorbereiteten Boden. Immerhin hatte das Haupt der katholischen Kirche Chiles, Kardinal Silva Henríquez, schon 1962 in einem Hirtenbrief erklärt: „Man kann nicht vorgeben, ein Christ zu sein, wenn man sich von den Bemühungen fernhält, die sozialen Strukturen nach der kirchlichen Doktrin zu ändern.“²

Die sozialen Bemühungen blieben noch in einem innerkirchlichen Zirkel. Sie gingen aus von der erklärten Hoffnung, mit

den Mitteln katholischer Soziallehre gesellschaftspolitische Verhältnisse zu ändern. Sie zielten zunächst auch wesentlich darauf ab, die Kirche selbst so zu wandeln, daß sie Kontakt zum Volk hielt oder knüpfte. Ein bezeichnendes Beispiel dafür war die durch den Bischof von Talca 1962 durchgeführte Aufteilung von Kirchenländereien an arme Bauern.

Eine gewisse Wende, die zur direkten politischen Tat hinführen sollte, markierte die Besetzung der Kathedrale von Santiago am 11. August 1968 durch neun Priester und drei Nonnen, die von etwa 200 Gläubigen aus verschiedenen sozialen Schichten begleitet wurden. Sie wollten mit ihrem „Kirchenstreik“, wie ihre Aktion bald bezeichnet wurde, gegen die offizielle Kirche protestieren, die nach ihrer Meinung zu inkonsequent, zu anpassungsfreudig an die herrschenden Verhältnisse sei. Ihre Aktion war zugleich gegen den zur gleichen Zeit in Bogota stattfindenden Eucharistischen Weltkongreß, an dem Paul VI. teilnahm, gerichtet. Die Gruppe der Kirchenbesetzer, als „Junge Kirche“ bekanntgeworden, wollte die Kirche aufrütteln, damit sie sich wandle und den Menschen diene.

Geburt der „Christen für den Sozialismus“

Im Oktober 1968 brachte die Gruppe ein Manifest heraus, in dem sie ihr Selbstverständnis und ihre Forderungen formulierte. Das Manifest richtete sich gegen den Klassencharakter der Kirche und plädierte für eine Kirche des Volkes: „Die gegenwärtige Situation, die einer Kirche, in der Unterdrückter und unterdrückte Mehrheit zusammenleben, ist ein offenkundiger Widersinn.“³ In dem Manifest wurde die Einheit von geistlichem Leben und revolutionärer Aktivität, von religiösem und gesellschaftskritischem Bewußtsein postuliert. Zugleich wurde die Tatsache und die Bedeutung des Klassenkampfes anerkannt: „Der Klassenkampf ist die fundamentale Realität unserer Gesellschaft. Weder Marx noch die Kommunisten haben ihn erfunden. Es gibt den Klassenkampf, weil es die Hungernden gibt, die Analphabeten, die Tuberkulösen, weil es den Elendsalkoholismus gibt, Abtreibung, Prostitution und eine versklavte Jugend ohne echte Lebenschancen und ohne Lebensziel.“⁴

Die „Junge Kirche“ konnte allerdings ihre Prinzipien nur schwer in eine realistische Politik umsetzen, sie verfiel zu oft in voluntaristisches Denken und dementsprechend in



Santiago 1972: 1. Treffen der „Christen für den Sozialismus“

ultralinkes Handeln. Ihre Landeskonferenz vom Oktober 1970 erklärte jedoch der Regierung der Unidad Popular ihre volle Unterstützung.

Im April 1971 gründete sich die „Gruppe der 80“, so genannt nach den 80 Priestern der Gründungsversammlung. Ihr Führer wurde der Jesuitenpater Gonzalo Arroyo. Die Gruppe trennte sich von ultralinken Positionen. Sie verneinte die Möglichkeit, einen spezifisch christlichen Weg zum Sozialismus zu suchen und zu beschreiten. 1972 organisierte sie in Santiago das erste kontinentale Treffen der „Christen für den Sozialismus“.

Arroyo hat nach dem Junta-Putsch 1973 noch einmal sehr klar die Haltung dieser Gruppe hervorgehoben: „Für die linken Christen kann es keine Wahl zwischen Kapitalismus und Sozialismus geben. Nur auf den Sozialismus als politisches Ziel können Christen und Marxisten sich einigen. Eine gleiche Entscheidung fußt auf einer wissenschaftlichen Analyse, die sie durch die Praxis beglaubigt sehen möchten; sie erhebt nicht den Anspruch, sich vom Glauben herzuleiten, obwohl der Glaube an Jesus Christus sich in der politischen Aktion bewähren muß. Für die linken Christen heißt das, sich in Solidarität mit der Arbeiterklasse an ihrer Seite engagieren, um an ihrer Befreiung teilzuhaben.“⁵

Verschiedene christliche Haltungen zur UP-Regierung

Zwei Positionen, die sich um 1970 unter Chiles Christen herausbildeten, sind damit benannt: die ultralinke und die realistisch-linke. Zwei weitere Positionen waren noch vorhanden: die reaktionäre, die sich vor allem in Teilen der Hierarchie finden ließ, und die reformistische, die sich wieder in eine gemäßigte und eine entschiedene Richtung teilte.



Verständnisvolle Zusammenarbeit zwischen Präsident Allende und Kardinal Henriquez da Silva

Die reformistische Gruppe unter den Christen war sicher bis zum Putsch die stärkste. Sie hatte auch die Unterstützung wichtiger Teile des hohen Klerus. Politisch war sie auf die Christdemokratische Partei (PDC), gegründet 1957, orientiert. Die PDC gewann 1964 mit Eduardo Frei die Präsidentschaftswahlen und im folgendem Jahr auch die absolute Mehrheit im Parlament. Ihr Programm „Revolution in Freiheit“ wollte einen Weg jenseits von Kapitalismus und Sozialismus einschlagen. Sie wurde massiv von der CDU/CSU und auch von der USA-Administration mit ihrem damaligen Programm „Allianz für den Fortschritt“ unterstützt. Abgesehen von einer gemäßigten Landreform, blieb die



Nach dem Putsch 1973: Vertreter des reaktionären Kirchenflügels an der Seite Pinochets

PDC bald in ihrem Vorhaben stecken. Immer mehr Christen erkannten, daß der reformistische Weg nicht zum Erfolg für die Masse der Bauern und Arbeiter führen konnte. Es kam zu Abspaltungen von der PDC. 1969 trennte sich die Bewegung der einheitlichen Volksaktion (MAPU) von ihr; 1971, als die offizielle PDC-Führung auf Konfrontationskurs zur Unidad Popular ging, schied die Christliche Linke (IC) aus und konstituierte sich als neue Partei, die sich der Unidad Popular anschloß.

Die entscheidenden Kräfte der Hierarchie bezogen zur Unidad Popular eine distanzierte, aber nicht feindselige Haltung. Das Bemühen der neuen Regierung unter Allende, für das Volk bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen zu schaffen, wurde anerkannt. Kardinal Silva Henriquez nahm zudem demonstrativ an der Seite Allendes an der 1. Mai-Kundgebung teil und offenbarte so sein Einverständnis mit einer volksfreundlichen Politik. Es war wieder der Kardinal, der in den Wochen vor dem Putsch sich als Vermittler darum bemühte, zwischen der Regierung und der PDC-Opposition einen tragfähigen modus vivendi zu finden.

Der faschistische Putsch am 11. September 1973 brachte auch für die Kirche die Stunde der Bewährung. Jetzt mußte sich unter schwierigen Bedingungen zeigen, ob sie in ihrer Mehrheit wirklich schon zu einer Kirche des Volkes geworden war.

Der reaktionäre Flügel begrüßte ganz unverhohlen den Putsch. Militärbischöfe und -pfarrer segneten die Streitkräfte vor ihrem Einsatz gegen die Unidad Popular-Regierung. Es gab und gibt darüber hinaus Kirchenvertreter, die die Junta-Herrschaft ideologisch als mit Gottes Willen übereinstimmend zu legitimieren suchen. Die bekanntesten Junta-Anhänger im hohen Klerus sind die Bischöfe von Valparaiso, Emilio Tagle, und von La Serena, Juan Francisco Fresno,



sowie der Chef der Militäregeistlichen, Francisco J. Gilmore. Von Tagle wird folgender Ausspruch überliefert: „... das Land hat etwas Blut verloren, hat gewissen Schmerzen erlitten, und es gibt Wunden, die vernarben müssen. Aber Chile ist als freie und souveräne Nation gerettet worden.“⁶

Die vielen Christen, die die Unidad Popular unterstützt hatten, wurden wie die Sozialisten und Kommunisten verfolgt, in KZs verschleppt, gefoltert und nicht selten umgebracht. Die Junta-Soldaten haben bei ihren Pogromen auch nicht vor kirchlichen Gebäuden haltgemacht. Vermuteten sie darin Anhänger der Unidad Popular, drangen sie ein, zerstörten die Einrichtungen und ergriffen wahllos Priester, Nonnen, Laien. Mehrere Priester wurden ermordet. Viele ausländische Geistliche, die rund die Hälfte aller katholischen Priester ausmachten, wurden Opfer des faschistischen Fremdenhasses und mußten Chile verlassen.

Die offizielle Kirche verhielt sich in den ersten Tagen nach dem Putsch abwartend und kühl-distanziert. Kardinal Silva Henríquez erwies in öffentlichen Erklärungen seinen Respekt gegenüber dem ermordeten Präsidenten Allende. Allerdings nahmen Spitzen-Vertreter aller Kirchen am 18. September 1973 auf Befehl der Junta an einem „Dankgottesdienst“ teil. Doch war diese Teilnahme nicht als Zustimmung zur Junta zu deuten; der Charakter des Zwanges war viel zu deutlich. Und es hat, wie Arroyo berichtet, auch einige Bischöfe gegeben, die sich geweigert haben, an diesem Gottesdienst teilzunehmen.⁷ Auch beschloß das Ständige Komitee des chilenischen Episkopats schon am 13. September eine Erklärung, die – gerade im Rückblick nach vier Jahren – als vorsichtige Distanzierung verstanden werden kann. Es wird beklagt, daß Blut die Strassen, Siedlungen und Fabriken übergießt. Achtung wird den Gefallenen und Allende gezollt. Gewarnt wird vor Haß. Erwartet wird, daß die Fortschritte, die für die Arbeiter und Bauern erreicht wurden, gewahrt bleiben.⁸

Konkrete Hilfe für die Verfolgten

Doch gilt im allgemeinen, daß die offizielle Kirche hoffte, sie könnte zu einer Versöhnung zwischen den Klassen in Chile beitragen und es sei ihr möglich, mäßigend auf die Junta einzuwirken. Leitend war für sie dabei weniger der Drang zur Anpassung als die Vorstellung, Mittler zwischen den verfeindeten Fronten sein zu können. Daraus erklären sich die Mahnungen an die Junta wie die Hilfeleistungen für die Verfolgten. Die offizielle Kirche war noch längst nicht zu einer Kirche des Volkes geworden, wie sie die linken Christen anstrebten. Doch trotz dieser Feststellung muß ebenso klar betont werden: Die Kirche hat sich von Anfang an beharrlich geweigert, den Faschismus offiziell anzuerkennen. Schon diese Weigerung war unter den gegebenen Umständen ein Akt antifaschistischer Gesinnung und durchaus eine Ermutigung für das leidende Volk.

Diese Ermutigung nahm im „Komitee für den Frieden“ schließlich eine organisatorische Gestalt an, die als eine ökumenische Einrichtung fungierte. Über das Komitee wandte sich die Kirche in konkreter Hilfe der Verfolgten und Unterdrückten zu. Sie sorgte für Rechtshilfe, sie klagte die Men-

schenschrechte ein, sie versuchte, wenigstens die schlimmsten Folgen der Not und des Elends zu lindern.

Es war sicher eine karitative Form der Hilfe, aber unter faschistischen Bedingungen doch auch zugleich eine politische Tat. Die faschistische Junta empfand es denn auch so; sie griff wiederholt das Friedenskomitee an und wies schließlich Bischof Helmut Frenz, neben Bischof Ariztia einer der Leiter, aus. Mit der Ausweisung verlor das Friedenskomitee seinen ökumenischen Charakter. Das war für die katholische Kirche der innere Grund, das Komitee aufzulösen, dabei scheinbar dem Auflösungsbeefehl der Junta folgend.

Die Arbeit des Friedenskomitees wird heute von dem „Vikariat der Solidarität“ fortgeführt. Das Vikariat arbeitet ganz im Rahmen der katholischen Kirche und ist dadurch vor allzu massiven Angriffen der Junta halbwegs geschützt. Es erhebt ziemlich unerschrocken seine Stimme gegen Verletzungen der Menschenrechte und erinnert immer wieder öffentlich an das Schicksal der 2500 Verschollenen. So schrieb am 21. 1. 1977 der Vikar des Vikariats, Banados, an den Obersten Gerichtshof: „Das Verschwinden von Personen unter merkwürdigen Umständen und die Ungewißheit über deren Verbleib ist in unserem Land zu einem Phänomen von alarmierender Häufigkeit geworden, das kein Beispiel aus der Vergangenheit kennt und das ein ernstes Problem für die Gerechtigkeit darstellt.“⁹

Offene Ablehnung des Nazimodells

Heute ist die katholische Kirche über karitative Hilfeleistungen hinaus zum Forum des antifaschistischen Widerstandes geworden. Nur in ihren Reihen ist noch ein gewisses Maß an Freiheit garantiert. Darum auch ist sie immer stärker zum Ziel faschistischer Angriffe geworden. Doch ist es der Junta bisher nicht gelungen, Keile in die Kirche zu treiben. Dieses Ziel hat sie bei der lutherischen Kirche erreicht, die sich noch unter Bischof Frenz in zwei Flügel spaltete. Heute versucht die Junta, eine ihr völlig ergebene „protestantische Staatskirche“ aus einem bereits im Juli 1975 gegründeten „Rat der Pastoren“ zu etablieren¹⁰.

Die Not des Volkes hat im Gegensatz dazu die Verantwortung und die Solidarität der katholischen Kirche wachsen lassen. Zugleich ist die Einsicht in den verbrecherischen und unmenschlichen Charakter der Junta gestiegen. Für die Mehrheit der katholischen Kirche gilt heute, was Kardinal Silva Henríquez am 3. Jahrestag des Putsches so ausdrückte: „Niemand von uns hat an die Möglichkeit gedacht, daß Offiziere unserer Streitkräfte ihr eigenes Volk so behandeln würden, wie es geschieht. Ich glaube, daß niemand von uns wußte, daß wir eine Diktatur nach dem Nazimodell bekommen würden.“¹¹ Das ist also die Erkenntnis der Kirche in Chile: Das Regime ist faschistisch, darum muß die Kirche antifaschistisch sein. Diese Konsequenz ist in ihrer Art einmalig in der bisherigen Kirchengeschichte.

Anmerkungen:

- 1) Zur Geschichte der chilenischen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung siehe Analyse I. Ljubetics, in: AIB, Nr.7-8/1976; die Red.
- 2) Zit. nach: E. Hackethal, Kreuzweg Chile, Berlin 1976, S. 13
- 3) Zit. nach: Mit Maschinengewehr im Kreuz oder Wie kann das Christentum überleben?, Reinbek 1971, S. 79
- 4) Ebenda, S. 79
- 5) G. Arroyo, Die Kirche und der Putsch in Chile, Mainz 1974, S. 39
- 6) Zit. nach: E. Hackethal, a. a. O., S. 63
- 7) G. Arroyo, a. a. O., S. 67
- 8) Die Erklärung ist bei E. Hackethal, a. a. O., S. 121 f. im Wortlaut abgedruckt.
- 9) Zit. nach: Christliche Solidarität, Bulletin der Initiative Internationale Christliche Chile-Solidarität (IICCS)
- 10) Frankfurter Rundschau, 21. 6. 1977
- 11) Frankfurter Rundschau, 25. 9. 1976

Adalbert Krimms **Christliche Bewegung in Lateinamerika**

Die katholische Kirche Lateinamerikas war historisch gesehen eine Hauptstütze sowohl des spanischen und portugiesischen Kolonialismus als auch der nachfolgenden von der einheimischen Oligarchie im Bündnis mit dem Imperialismus getragenen Regimes. Sie rechtfertigte die Ausbeutergesellschaften nicht nur ideologisch, sondern nahm an ihnen auch als größter privater Grundbesitzer materiell teil. Daß die Kirche dennoch in vielen lateinamerikanischen Ländern heute ein Hauptankläger der herrschenden Militärdiktaturen und umgekehrt zu einer Zielscheibe für die Angriffe seitens der Oligarchie und rechtsradikaler Terrorkommandos geworden ist, mag im ersten Augenblick überraschen. Diese neue Haltung der katholischen Kirche ist auf zwei Quellen zurückzuführen: einerseits auf den katholischen Sozialreformismus und andererseits auf radikale Strömungen im niederen Klerus sowie in Teilen der katholischen Arbeiter-, Studenten- und Landarbeiterbewegung.

Kirchlicher Sozialreformismus

Bereits in den 20er und 30er Jahren dieses Jahrhunderts gab es in der katholischen Kirche Ansätze, auf der Grundlage der katholischen Soziallehre eine reformistische Antithese zur marxistischen Arbeiterbewegung zu entwickeln¹. Durch die im Gefolge des Zweiten Weltkrieges eingetretenen Veränderungen des internationalen Kräfteverhältnisses wurde der katholische Sozialreformismus – vor allem in seiner politischen Gestalt der christdemokratischen Parteien – zu einem Hauptinstrument des Imperialismus, um die breiten (überwiegend katholisch gebundenen) Volksmassen vom Gedanken an eine grundlegende Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse abzuhalten.

1955 wurde der Lateinamerikanische Bischofsrat (CELAM) gegründet, der nicht zuletzt eine kontinentale Koordinierung der kirchlichen „Entwicklungspolitik“ gewährleisten sollte. Als die USA als Antwort auf die kubanische Revolution die sogenannte Allianz für den Fortschritt gründeten, konnten sie von vornherein auf die Unterstützung durch den reformistischen Flügel der Kirche sowie die christdemokratischen Parteien zählen. Diese „offensive“, antisozialistische Strategie des Imperialismus erreichte 1964 einen entscheidenden Punkt: Einerseits scheiterte sie in Brasilien, indem die Regierung Goulart mit Unterstützung der Volksmassen eine immer entschiedener antiimperialistische Haltung einnahm und daher durch eine rechte Militärdiktatur ersetzt werden „mußte“; andererseits feierte sie in Chile mit der Wahl des Christdemokraten Eduardo Frei zum Staatspräsidenten einen (wenn auch knappen) Erfolg. Chile wurde zum Modell der „Revolution in Freiheit“, d. h. einer reformistischen Konzeption innerhalb der imperialistischen Strategie in Lateinamerika und galt gleichzeitig als Vorbild für die politische Verwirklichung der katholischen Soziallehre im Sinne des sozialreformerischen Flügels des lateinamerikanischen Katholizismus. Das „chilenische Modell“ geriet jedoch bald in die Krise: Auf der einen Seite forderten die Volksmassen ein entschiedeneres Vortreiben der vor den Wahlen angekündigten



US-Wunschkunst: Kirche als Stütze oligarchischer Diktaturen

Reformen, auf der anderen Seite stieß jede noch so zaghafte Reform auf den erbitterten Widerstand des Kapitals und der Großgrundbesitzer. In diesem Konflikt (in den jede „Dritte Weg“-Konzeption zwangsläufig geraten muß) entschied sich die Regierung Frei für die Oligarchie und ihre imperialistischen Verbündeten. Die Wahlniederlage der Christdemokraten im Jahre 1970 war nur noch die endgültige Besiegelung des Scheiterns der reformistischen Konzeption. Die nichteingelösten Reformversprechungen der Christdemokraten hatten jedoch auf der anderen Seite einen mobilisierenden Effekt, der nicht unwesentlich zum Wahlsieg der Linken beitrug.

Die Erfahrungen aus Brasilien und Chile – nämlich das Scheitern des Reformismus und eine daraus folgende antiimperialistische Entwicklung – führten zu einer Änderung der US-Strategie in Lateinamerika, d. h. von einer „offensiven“ zu einer „defensiven“ Strategie – oder anders ausgedrückt: vom Reformismus zum Faschismus. Versuchte der Imperialismus in den 60er Jahren, sich mittels der Allianz für den Fortschritt bzw. des Konzepts der „Entwicklung“ („Entwicklung statt Revolution“) als „sozial“ und „progressiv“ auszugeben, so nahm er in der Folge antiimperialistischer Entwicklungen in Brasilien, Bolivien, Uruguay, Chile und Argentinien zum letzten und brutalsten Mittel zur Aufrechterhaltung seiner Herrschaft Zuflucht: zum Faschismus bzw. zu autoritären Rechtsdiktaturen.

Der sozialreformerische Flügel der lateinamerikanischen Kirche (der in den meisten Ländern die Mehrheit des Episkopats repräsentiert) konnte diese Änderung der imperialistischen Strategie nicht mitvollziehen, wollte er nicht die Massen der Gläubigen verlieren. Auf der anderen Seite war es ihm aufgrund seiner antisozialistischen Grundkonzeption

auch nicht möglich, sich mit den revolutionären und fortschrittlichen Kräften zu verbünden. Die offizielle katholische Kirche unternahm daher den Versuch, über – bzw. zwischen – den Fronten zu stehen und sich wechselweise nach links und nach rechts abzugrenzen. Diese kirchliche Haltung wurde jedoch zunehmend dadurch erschwert, daß die faschistische Repression auch gegen Angehörige der Kirche und sogar Teile des Klerus eingesetzt wurde. Diese Repression forderte kirchliche Proteste heraus, die wiederum zu einer Verstärkung der Repression gegen die Kirche selbst führten. Auf diese Weise wurde die offizielle Kirche, die sich selbst niemals als „antifaschistisch“ im politischen Sinne verstand bzw. versteht, objektiv in die Rolle einer antifaschistischen Kraft gedrängt.

Radikale Strömungen in der Kirche

Während der Sozialreformismus in der katholischen Kirche Lateinamerikas nicht nur über eine Massenbasis verfügt (z. B. christdemokratische Parteien), sondern heute auch die vorherrschende Strömung unter den Bischöfen des Subkontinents darstellt, sind radikale und revolutionäre Tendenzen im lateinamerikanischen Katholizismus marginal geblieben. Dazu kommt, daß sie aufgrund einer mangelhaften ideologischen Basis, ihrer Isolierung von den (katholischen) Massen sowie ihres oft intellektuellen, studentischen oder kleinbürgerlichen Ursprungs häufig in die Bahnen des „linken“ Radikalismus gerieten (z. B. Priester, die in Uruguay zu den Tupamaros gingen bzw. ähnliche Phänomene in Chile, Argentinien und anderswo).

Bis jetzt ist es in Lateinamerika keiner revolutionären Bewegung gelungen, eine Massenbasis unter den katholischen Gläubigen zu gewinnen. Die Ansätze, die es in Chile durch die Mitarbeit von linkschristlichen Parteien und Gruppierungen in der Unidad Popular gegeben hat, hatten zwar eine nicht zu unterschätzende Bedeutung, auf den chilenischen Katholizismus insgesamt bezogen repräsentierten sie jedoch nur eine verschwindende Minderheit.

Vielleicht hatte Camilo Torres² im Jahr 1965 in Kolumbien für kurze Zeit eine Massenbasis bei den katholischen Werktätigen, Bauern und Studenten, doch scheiterte sein Konzept einer „Volkseinheitsfront“ nach wenigen Monaten an den ungünstigen internen Kräfteverhältnissen sowie an der Uneinigkeit zwischen den progressiven Kräften. Für Camilo Torres gab es damals nur drei Möglichkeiten: verhaftet zu

werden, ins Exil zu gehen oder sich der Guerilla anzuschließen. Er wählte die dritte Möglichkeit und wurde bald darauf bei einem Gefecht mit Regierungstruppen erschossen.

Camilo Torres wurde zu einer Symbolfigur für revolutionäre und progressive Christen, ja auch für andere Revolutionäre in Lateinamerika (so wird z. B. im sozialistischen Kuba jedes Jahr der 15. Februar – der Todestag des kolumbianischen Priesters – als „Camilo-Torres-Tag“ offiziell begangen). Ähnlich wie bei Che Guevara gibt es auch in bezug auf Camilo Torres Tendenzen, einige Aspekte seines Handelns (vor allem die in einer ausweglosen Situation getroffene Entscheidung, sich der Guerilla anzuschließen) zu verabsolutieren und von seinem übrigen politischen Wirken zu isolieren. Der bedeutende Strategie der Volkseinheitsfront und Autor einer auf die Einigung aller fortschrittlichen Kräfte abzielenden anti-monopolistischen, anti-imperialistischen und demokratischen Plattform³ wurde so zu Unrecht zum Symbol einer „Guerillaromantik“, eines ultralinken Radikalismus verzerrt.

Von einem „revolutionären“ Christentum kann man heute in Lateinamerika nur sehr bedingt sprechen, da es weder über eine gemeinsame ideologische noch über eine organisatorische Basis verfügt. Der Ausdruck wird meist als Sammelbegriff für oft sehr unterschiedliche linke bis linksradikale Strömungen im lateinamerikanischen Katholizismus verwendet, die sich in eher kleinen Gruppen von Priestern, Arbeitern, Bauern, Studenten etc. manifestieren. In bestimmten politischen Situationen (wie z. B. in Chile 1970 bis 1973 sowie heute im chilenischen Untergrund) konnten Teile dieser Strömungen für ein Bündnis mit der organisierten Arbeiterbewegung bzw. marxistischen Parteien gewonnen werden.

Der Vormarsch des Faschismus in Lateinamerika hat allerdings auch zu einer Radikalisierung von Teilen des sozial-reformerischen Flügels der Kirche – bis hin zu einzelnen Bischöfen – geführt (in diesem Sinne können Kirchenführer wie etwa Dom Helder Camara heute als radikalreformistisch eingestuft werden).

Chile

Der Konflikt zwischen katholischer Kirche und dem Pinochet-Regime hat sich sogar schon bis in die Redaktionen bürgerlicher Zeitungen herumgesprochen. Die chilenischen Bischöfe unterstützten zwischen 1964 und 1970 fast bedingungslos das „Experiment Frei“. Nach dem Wahlsieg Allendes wurden sie merklich zurückhaltender, wobei eine Minderheit der Uni-



Guerilla-Priester Camillo Torres (l.); brasilianischer Erzbischof Helder Camara



In antilastischer Opposition: chilenische Kleriker

dad Popular eine gewisse Sympathie entgegenbrachte, während auf der anderen Seite eine Minderheit dezidiert rechtsgerichteter Bischöfe sich offen gegen die Allende-Regierung aussprach. Die Mehrheit der chilenischen Bischöfe hatte ein „diplomatisches“ Verhältnis zur Volksregierung, das sich – parallel zur Haltung der Christdemokraten – im Laufe der Regierungszeit verschlechterte. Im September 1973 standen die meisten Bischöfe dem Putsch positiv gegenüber („nationale Versöhnung statt marxistischer Klassenkampfparolen“). Als jedoch ihre Hoffnung auf die baldige Installierung einer christdemokratischen Regierung nicht in Erfüllung ging und andererseits die Mord- und Folterpolitik des Pinochet-Regimes sich fortsetzte und verstärkte (ja sogar Teile der Kirche und der Christdemokraten betraf), rückten die chilenischen Bischöfe – voran der Kardinal von Santiago, Raul Silva Henriquez, – zunehmend von der Junta ab, bis sie schließlich in einen offenen Konflikt mit dem Regime gerieten. Einen Höhepunkt erreichte diese Auseinandersetzung im November 1975, als Pinochet persönlich die Schließung des kirchlichen Komitees für die Zusammenarbeit für den Frieden in Chile anordnete (zwei Monate zuvor war der Ko-Vorsitzende des Komitees, der evangelisch-lutherische Bischof Helmut Frenz, des Landes verwiesen worden). Einen weiteren Höhepunkt bildete im August 1976 das Vorgehen von DINA-Geheimpolizisten gegen drei Bischöfe, die von einer – von den dortigen Polizeibehörden aufgelösten – Kirchenkonferenz in Riobamba (Ecuador) zurückkehrten. Kardinal Silva sprach damals die Exkommunikation gegen die daran beteiligten DINA-Angehörigen aus und drohte gleichzeitig all jenen den Kirchenausschluss an, die in Zukunft Übergriffe gegen kirchliche Würdenträger begehen würden. Trotz aller taktischen Kompromisse, die die kirchliche Hierarchie immer wieder mit der Junta schließt, hat sich seither der grundsätzliche Konflikt zwischen den katholischen Bischöfen und dem Pinochet-Regime weiter verschärft.

Auch in Brasilien wurde der Militärputsch von 1964 von den katholischen Bischöfen des Landes mehrheitlich gebilligt. Bis

Anfang der 70er Jahre waren es lediglich einzelne Bischöfe, die offen und mutig das Militärregime kritisierten (wie z. B. der Erzbischof von Olinda und Recife, Dom Helder Camara, oder der Bischof von Crateus, Antonio Frago).

Brasilien

Im Mai 1973 veröffentlichten zwei regionale Bischofskonferenzen (des Nordosten und den Zentral-Westen) anlässlich des 10. Jahrestages der päpstlichen Enzyklika „Pacem in terris“ (von Johannes XXIII.) Hirtenbriefe⁴, in denen vor allem die ungerechte Bodenverteilung, die soziale Lage der Landbevölkerung sowie die Politik der brasilianischen Regierung gegenüber den Indianern angeprangert wurden. Damit war die Kritik am Regime zum erstenmal nicht mehr auf einzelne Bischöfe beschränkt. In der brasilianischen Bischofskonferenz insgesamt fanden jedoch diese Stellungnahmen der beiden regionalen Bischofskonferenzen noch keine Mehrheit. Es herrschte immer noch die Meinung vor, öffentliche Erklärungen seien „pastoral unklug“ bzw. würden „dem Marxismus in die Hände arbeiten“. Erzbischof Sigaud von Belo Horizonte, der im brasilianischen Fernsehen die Hirtenbriefe seiner Kollegen aus dem Nordwesten und dem Zentral-Westen kritisierte, erklärte, es sei „nicht Aufgabe der Kirche zu Fragen der Wirtschaftspolitik Stellung zu nehmen“.

Die zaudernde Haltung der Mehrheit der brasilianischen Bischöfe stieß zunehmend auf innerkirchliche Kritik: einerseits von jener Minderheit von Bischöfen, die eine klare Stellung bezogen, andererseits aber auch von ausländischen Missionaren (vor allem im Amazonasgebiet, die täglich mit dem Genozid an der indianischen Urbevölkerung konfrontiert sind), von Priestern in Elendsvierteln und armen Landgebieten sowie von großen Laienorganisationen (die Katholische Aktion sowie verschiedene katholische Arbeiter- und Bauernorganisationen arbeiten praktisch im Untergrund).

Im Jahr 1976 kam es zu einer Eskalation staatlicher Repressionspolitik sowie von Aktionen rechtsradikaler Organisationen gegen Personen und Einrichtungen der katholischen Kirche. Zwischen Juli und Oktober wurden zwei Priester (P. Rodolfo Lunkenbein und P. Joao Bosco Burnier) ermordet und ein Bischof (Hipolito) entführt und mißhandelt. Diese Ereignisse bildeten den unmittelbaren Anlaß für einen Hirtenbrief der Vertreterkommission der Brasilianischen Bischofskonferenz, der am 15. November 1976 veröffentlicht wurde⁵. Darin bezeichnete zum erstenmal die Vertretung des Gesamtepiskopats das herrschende Regime als „verantwortlich für das Klima der Gewalttätigkeit“. Besonders wurden die Übergriffe der Polizei, die ungerechte Verteilung des Landbesitzes und die Mißachtung des Lebensrechts der Indianer verurteilt. Die Bischöfe griffen auch die ideologische Basis des Regimes, die „Ideologie der nationalen Sicherheit“ an, in deren Namen die Meinungs- und Pressefreiheit sowie die Menschenrechte ständig in gröbster Weise verletzt werden. Die Vollversammlung der Brasilianischen Bischofskonferenz, die Mitte Februar 1977 im Bundesstaat Sao Paulo tagte und an der 220 der 305 Bischöfe des Landes teilnahmen, billigte ausdrücklich den Hirtenbrief der Vertreterkommission und beschloß selbst mit 217 Stimmen ein Dokument, das wiederum schwere Anklagen gegen das brasilianische Regime enthielt⁶.

Argentinien

Obwohl auch in Argentinien seit dem Militärputsch vom März 1976 die Repression ständig zunimmt und die Morde der rechtsradikalen AAA (Argentinische Antikommunistische Allianz) noch zahlreicher sind als in anderen lateinamerikanischen Ländern, haben die Bischöfe bisher noch nicht in jener Weise Stellung genommen wie ihre chilenischen oder

brasilianischen Amtsbrüder. Teile des niederen Klerus stehen zwar links (nicht zufällig wurden von rechtsradikalen Terrorkommandos bereits mehrere Priester ermordet), der hohe Klerus ist jedoch eng mit der Oligarchie verbunden und versucht, eine betont „gemäßigte“ und „ausgewogene“ Haltung einzunehmen. So wird im jüngsten Dokument der Bischofskonferenz von Ende Mai 1977 allgemein die Zunahme von Terror und Gewalt verurteilt, gleichzeitig jedoch Verständnis für Aktionen der Regierung zur Eindämmung der „marxistischen Subversion“ geäußert⁷. Die Kritik der Bischöfe an einzelnen Maßnahmen der Regierung (z. B. Folterungen, Verschwinden von Personen, unbeschränkte Inhaftierungen etc.) hat noch nicht ein Stadium erreicht, wo man von einer Kollision mit dem Regime sprechen könnte.

Peru

Während der Phase des linksnationalistischen Kurses der peruanischen Militärregierung gelangte der Episkopat zu den gesellschaftspolitisch weitestgehenden Aussagen aller nationalen Bischofskonferenzen des Kontinents. In einer Erklärung vom Juni 1971⁸ brachte die peruanische Bischofskonferenz ihre „Ablehnung des Kapitalismus, sowohl in seiner wirtschaftlichen Form als auch in einer ideologischen Ausprägung“ zum Ausdruck. Zugleich sprachen sie sich für den Aufbau einer Gesellschaft aus, „in der Demokratie lebendig ist, auf der Basis einer wirksamen politischen Partizipation der gesellschaftlichen Mitglieder, auf der Basis des Gemeineigentums an den Produktionsmitteln, auf der Basis einer menschlichen Auffassung der Anwendung von Arbeit, auf der Basis der Unterordnung des Kapitals unter die Notwendigkeiten der ganzen Gesellschaft“. Zum Jahresbeginn 1976 veröffentlichten die peruanischen Bischöfe ein Dokument „Sozialismus und Volksmacht“⁹, in dem sie ihre bereits 1971 abgegebene Erklärung weiterentwickeln.

Seit der Ablösung des Staatspräsidenten Velasco Alvarado und der im letzten Jahr immer deutlicher werdenden Rechtsentwicklung der peruanischen Regierung verstummte der Episkopat im gesellschaftspolitischen Bereich. Während fortschrittliche Sektoren der Kirche (linke Priestervereinigungen, katholische Arbeiter- und Bauernorganisationen etc.) zunehmend staatliche Repressionen zu spüren bekommen, verstärkt sich insgesamt der Einfluß der reaktionären Kräfte in der peruanischen Kirche – vor allem auch im Episkopat. Diese rückschrittliche Entwicklung wird außerdem tatkräftig von außen unterstützt, wobei z. B. westdeutschen Missionshilforganisationen wie Adveniat (verantwortlich: Bischof Hengsbach) eine bedeutende Rolle zukommt.

Kolumbien

Die kolumbianische Kirche ist bis heute ein Musterbeispiel des Konservatismus. Der Erzbischof von Bogota, Kardinal Munoz, hatte sich schon 1965 mit der Verurteilung von Camilo Torres Verdienste für die Oligarchie erworben und steht seither an der Spitze bei der Verfolgung aller fortschrittlichen Bewegungen im kolumbianischen Katholizismus. Konsequenterweise wurde ihm im Juni 1976 vom kolumbianischen Militär der Ehrentitel eines „Generals der Armee“ verliehen. Diese reaktionäre Haltung des Kardinals und der Mehrheit der Bischöfe hat praktisch zu einer Spaltung der Kirche in Kolumbien geführt. Teile der Kirche – und sogar einige Bischöfe – solidarisieren sich mit streikenden Arbeitern oder anderen Protestbewegungen.

Die kolumbianische Kirche ist für den US-Imperialismus von besonderer Bedeutung, da sich in diesem Land der Sitz des Lateinamerikanischen Bischofsrats (CELAM) befindet. So wurde mit CIA-Unterstützung Anfang der 70er Jahre in

Bogota ein Studienzentrum für die Kirche Lateinamerikas (CEDIAL) aufgebaut, das von dem berühmten belgischen Jesuiten P. Roger Veckemans geleitet wird. Veckemans war bis 1970 Hauptverbindungsmann der CIA in der Kirche Chiles, wo er vor allem die marxistisch dominierte Gewerkschaftsbewegung unterwandern und die Wahl Allendes verhindern sollte. Nach dem Sieg der Unidad Popular verließ er Chile und baute in Bogota das CEDIAL auf. Von dort aus koordiniert er den Kampf gegen die progressiven Entwicklungen in der lateinamerikanischen Kirche, wofür er über ein ausgezeichnetes Netz an internationalen Beziehungen verfügt: So organisierte er vor wenigen Monaten in Rom mit Unterstützung des BRD-Bischofs Hengsbach und gewisser Kreise im Vatikan (um den jetzigen Kardinal Benelli) einen Kongreß gegen die „Theologie der Befreiung“ (eine von den fortschrittlichen Kräften in der lateinamerikanischen Kirche entwickelte Theologie). Er hat auch ausgezeichnete Kontakte zu kirchlichen Instituten in der ganzen Welt (u. a. zum Institut für Sozialethik und Katholische Soziallehre an der Universität Wien; Leiter: Prof. Rudolf Weiler) und – wie bereits erwähnt – zur CIA und anderen Institutionen in den USA.



Messe streikender Arbeiter in Lima

Besonders gefährlich für die Kirche Lateinamerikas sind Veckemans enge Beziehungen zum Generalsekretär des Lateinamerikanischen Bischofsrates, Msgr. Lopez Trujillo.

Paraguay, Uruguay, Bolivien¹⁰

Seit die Stroessner-Diktatur in Paraguay von Dezember 1974 ab gegen die von Jesuiten angeleiteten Bauerngenossenschaften vorgegangen ist und mehrere Priester inhaftiert bzw. des Landes verwiesen hat, ist der Konflikt zwischen der katholischen Hierarchie und der Diktatur immer schärfer geworden. Im Juni 1976 prangerten die Bischöfe des Landes öffentlich die Verfolgung der Kirche sowie die Mißachtung der Menschenrechte in Paraguay an.

Uruguay ist das einzige Land Lateinamerikas, in dem ein beträchtlicher Teil der Bourgeoisie und der Großgrundbesitzer antiklerikal ist. Im Unterschied etwa zu Chile spielt daher die Berufung der Faschisten auf das Christentum keine entscheidende Rolle. Diese Tatsache schränkt allerdings in einer gewissen Weise die Handlungsmöglichkeiten der Kirche

ein. Hirtenbriefe der Bischöfe zur Situation im Lande werden zensiert und einem Bischof wurde sogar die Rückkehr nach Uruguay verweigert. Der Gegensatz zwischen Kirche und Diktatur ist jedenfalls eindeutig.

Auch in Bolivien hat in den letzten Jahren der Konflikt zwischen der katholischen Kirche und dem Banzer-Regime zugenommen. Die Kirche hat sich wiederholt mit Streiks von Arbeitern und Bauern solidarisiert, was die Schließung einer kirchlichen Rundfunkstation zur Folge hatte.

Unvereinbarkeit von Christentum und Faschismus

Der Direktor eines lateinamerikanischen Kulturzentrums, P. Virgilio Elizondo, formulierte einmal: „Wenn es die Unterdrückung nicht gäbe, wäre die lateinamerikanische Kirche wahrscheinlich immer noch konservativ.“¹¹ Damit ist ein wesentlicher Hintergrund für den gegenwärtigen Konflikt zwischen Kirche und Faschismus in Lateinamerika auf eine Kurzformel gebracht. Dazu kommt, daß die Kirche traditionellerweise von den Mittel- und Oberschichten mit Geld, Priester- und Ordensnachwuchs etc. versorgt wurde. Die Säkularisierung, die sich gerade in diesen Schichten im letzten Jahrzehnt rapide ausgebreitet hat, brachte für die Kirche einen ernsten Rückgang des Nachwuchses an Priestern, Ordensleuten und anderen kirchlichen Berufen sowie allgemein des gesellschaftlichen Einflusses mit sich. Ein verstärktes Hinwenden zu den Volksmassen, die noch viel weniger von der Säkularisierung erfaßt sind, wurde somit für die Kirche auch eine Frage der Selbsterhaltung. In den letzten Jahren wurden mehrere kirchliche Schulen für Kinder aus Oberschichten geschlossen und statt dessen Bildungsprogramme in Elendsvierteln, unter landlosen Bauern, Indianern etc. begonnen. Diese größere Verbundenheit mit den „einfachen Leuten“ zwingt die Kirche jedoch in eine Distanz zur herrschenden Klasse. Somit steht die Kirche in einem ständigen Dilemma: Kritik an den gesellschaftlichen Zuständen fordert Unterdrückung seitens der Machthaber heraus, während Schweigen ihr die künftige Gefolgschaft unter den Massen kosten könnte. Dieses Dilemma führt die kirchliche Hierarchie häufig zu dem Versuch von Balanceakten, die jedoch wegen der zunehmenden Repression und des wachsenden Widerstandes der Volksmassen immer schwieriger werden.

Sicherlich bedeutet die gegenwärtige Entwicklung im lateinamerikanischen Katholizismus nicht, daß die Mehrheit der Bischöfe ihre Vorbehalte gegen den Sozialismus aufgegeben hätte. Das Neue besteht vielmehr darin, daß die Mehrheit der Bischöfe in den meisten Ländern Lateinamerikas nicht mehr bereit ist, unter dem Deckmantel des Antikommunismus die wachsende faschistische Repression zu rechtfertigen. Die Frage, die sich in Lateinamerika aktuell stellt, ist auch gar nicht in erster Linie die Vereinbarkeit von Christentum und Sozialismus, sondern die Unvereinbarkeit von Christentum und Faschismus.

Bischöfe, die die Ablehnung des Faschismus mit der Bejahung einer sozialistischen Perspektive verbinden, stellen auch heute in Lateinamerika eine Minderheit dar. Zu dieser Minderheit gehört beispielsweise der Bischof von Guernavaca (Mexiko), Msgr. Sergio Mendez Arceo: „Für unsere unterentwickelte Welt gibt es keinen anderen Ausweg als den Sozialismus im Sinne der Überführung der Produktionsmittel in Gemeineigentum. Der Sozialismus bedeutet Befreiung vom Imperialismus und Kolonialismus in all ihren kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Formen; er bietet die radikalen Änderungen der Strukturen.“¹²

Die Auseinandersetzung um die Frage des Sozialismus steht der lateinamerikanischen Kirche als Ganzes noch bevor. Der US-Imperialismus trifft jetzt schon Vorkehrungen für diesen Moment: in mehreren Ländern (z. B. in Brasilien) werden von den Geheimdiensten Listen von „marxistisch infil-

trierten“ Bischöfen und Priestern erstellt; die Rockefeller-Foundation hat ein Geheimpapier über die Kirche in Lateinamerika erarbeitet (darin wird eine Linksentwicklung der Kirche als größte Gefahr für Lateinamerika bezeichnet); es werden gezielte finanzielle Zuwendungen an kirchliche Einrichtungen getätigt, um antisozialistische Bollwerke im Inneren der Kirche aufzubauen (z. B. an das CEDIAL des P. Veckemans oder das Generalsekretariat des CELAM unter Lopez Trujillo).

Die US-Strategie gegenüber der lateinamerikanischen Kirche

In diesem Zusammenhang muß auch die Menschenrechtsdemagogie des gegenwärtigen US-Präsidenten Jimmy Carter gesehen werden: Sein verbales Abrücken von den lateinamerikanischen Diktaturen (bzw. sogar seine öffentliche Kritik an ihnen) soll u. a. auch verhindern, daß der wachsende Protest der lateinamerikanischen Kirche in einen „Antiimperialismus“ – soll heißen Antiimperialismus – umschlägt. Indem die USA die faschistischen Diktaturen zwar (vor allem ökonomisch) unterstützen, sie aber gleichzeitig verbal kritisieren, soll bereits jetzt für den Zeitpunkt Vorsorge getroffen werden, wenn diese Diktaturen gestürzt werden.

Wieweit diese US-Strategie in bezug auf die Kirche Lateinamerikas erfolgreich sein wird, ist heute noch nicht abzuschätzen. Der Differenzierungsprozeß im lateinamerikanischen Katholizismus ist jedoch bereits so weit vorangeschritten, daß der Imperialismus jedenfalls nicht mehr auf die ganze Kirche zählen können. In diesem Sinne ist es durchaus denkbar, daß von den rechten kirchlichen Strategen schon heute auf eine Spaltung der Kirche hingearbeitet wird. Im Moment wächst – von außen her betrachtet – allerdings eher die Einheit der Kirche im Protest gegen den Faschismus, da sich auch die proimperialistischen Teile der Hierarchie immer schwerer offen zu der unbeschreiblichen Eskalation der Repression bekennen können. (Außerdem wäre die Abspaltung eines profaschistischen Minderheitsflügels von der Gesamtkirche auch für den US-Imperialismus wertlos). Diese wachsende Einheit nach außen darf jedoch nicht über die Gegensätze im Inneren der Kirche – ja sogar der Bischofskonferenzen – hinwegtäuschen. Solange in großen Teilen des Kontinents noch der Faschismus herrscht, werden jedoch wahrscheinlich diese Gegensätze nicht offen ausbrechen.

Anmerkungen:

- 1) Zur politischen Differenzierung im lateinamerikanischen Katholizismus vgl. die ausführlichere Darstellung: A. Krims, Katholizismus und gesellschaftlicher Fortschritt in Lateinamerika, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 9/1973
- 2) Ausführlichere Darstellungen des Wirkens von P. Camilo Torres in: G. Guzman, Camilo Torres. Persönlichkeit und Entscheidung, Berlin 1972 sowie Camilo Torres – Priester und Revolutionär. Broschüre der Aktion Kritisches Christentum, Wien 1976
- 3) Der Wortlaut der „Plattform“ der Volkseinheitsfront ist abgedruckt in: G. Guzman, Camilo Torres, a. a. O., S. 101-106
- 4) Das Dokument der Bischöfe und Ordensoberen des brasilianischen Nordosten vom 6. Mai 1973 ist abgedruckt in: Katholizismus in Lateinamerika, Broschüre des Wiener Instituts für Entwicklungsfragen. Wien o. J.
- 5) Vgl. Kritisches Christentum, Wien, Nr. 6, 1977
- 6) Vgl. Antiimperialistisches Informationsbulletin Nr. 5/1977
- 7) Vgl. Kritisches Christentum, Wien, Nr. 10, 1977
- 8) Der gesellschaftspolitische Teil der Erklärung des peruanischen Episkopats vom Juni 1971 ist im Wortlaut abgedruckt in: Katholizismus in Lateinamerika, a. a. O., S. 30-39
- 9) Vgl. Die Bischöfe schweigen nicht, in: Kirche in Lateinamerika, Sondernummer der Chile-Nachrichten, Mai 1977
- 10) Vgl. Le Monde diplomatique, Paris, Februar 1977
- 11) Zit. nach: Washington Post, Washington 16. 8. 1976
- 12) Zit. nach: I. Lesbaupin, Der Episkopat Lateinamerikas und der Sozialismus. In: Concilium. Internationale Zeitschrift für Theologie, Utrecht, Heft 5, 1977

Aussage der Lissabonner Anti-Apartheid-Konferenz



LISBOA
LISBON
LISBONNE
1977

Organisiert vom Weltfriedensrat, der Organisation für Afro-Asiatische Völkersolidarität (AAPSO) und einem breit zusammengesetzten nationalen Vorbereitungskomitee fand vom 16.—19. Juni d. J. in Lissabon die Weltkonferenz gegen Apartheid, Rassismus und Kolonialismus im südlichen Afrika statt. An dieser Konferenz beteiligten sich 300 Delegierte aus über 70 Staaten und Abgesandte von 14 staatlichen und nicht-staatlichen internationalen Organisationen darunter die Vereinten Nationen mit fünf Unterorganisationen. Besonderes Gewicht verlieh der Konferenz die Schirmherrschaft, die 11 afrikanische Staatschefs, darunter die Präsidenten der ehemaligen portugiesischen Kolonien und der sogenannten Frontstaaten, übernommen hatten. 25 Staatsoberhäupter und UN-Generalsekretär Kurt Waldheim unterstrichen durch Großbotschaften die herausragende Bedeutung dieser Konferenz, die fast auf den Tag genau einen Monat nach der UNO-Solidaritätskonferenz von Maputo (vgl. AIB, Nr. 7/1977) zusammentrat.

Die Konferenz von Lissabon bekräftigte nicht nur die Hauptorientierungen der UNO-Konferenz von Maputo; die dort versammelten gesellschaftlichen Kräfte gingen in den einmütig gebilligten Abschlußdokumenten in wesentlichen Punkten über das Votum von Maputo hinaus. In vollem Einverständnis mit den Repräsentanten der drei Befreiungsbewegungen des südlichen Afrika — deren Präsidenten Oliver Tambo, Sam Nujoma, Joshua Nkomo und Robert Mugabe im Präsidium der Konferenz vertreten waren — formulierten sie den Grundkonsens der fortschrittlichen Weltöffentlichkeit über das, was heute im südlichen Afrika geboten ist. Sie entwarfen so die Plattform insbesondere für die Solidaritätsbewegung in den imperialistischen Hauptländern.

Volle Solidarität den Befreiungsbewegungen

Die Lissabonner Weltkonferenz gegen Apartheid verabschiedete eine Allgemeine Deklaration, eine Resolution zur Solidarität mit dem Befreiungskampf des südlichen Afrika, ein Aktionsprogramm, Botschaften an die Völker Südafrikas, Namibias und Zimbabwes, eine Resolution zur Unterstützung der Frontstaaten, eine Resolution zur Unterstützung der fortschrittlichen Staaten Afrikas sowie Resolutionen der fünf Kommissionen, in denen die Konferenz tagte und die sich mit juristischen, politischen, ökonomischen und militärischen Aspekten der Lage im südlichen Afrika sowie mit den Aufgaben der Solidaritätsbewegung befaßten.

„Als Konsequenz der Zerschlagung des portugiesischen Kolonialismus und der Befreiung Angolas, Moçambiques, Guinea-Bissaus und der Kapverden hat der Befreiungskampf ein neues und entscheidendes Stadium erreicht,“ unterstreicht die Solidaritätsresolution. Wie die Maputo-Konferenz bekräftigte die Lissabonner Weltkonferenz die Legitimität des von den Befreiungsbewegungen geführten bewaffneten Kampfes. Sie erklärte ausdrücklich, „daß der Afrikanische Nationalkongreß von Südafrika, die Patriotische Front von Zimbabwe und die SWAPO von Namibia die einzigen authentischen Repräsen-

tanten ihrer Völker sind.“ Ihnen gebürt die solidarische und ungeteilte Unterstützung durch die demokratischen Kräfte der Welt.

Die enge Verzahnung der progressiven Entwicklung in Afrika mit dem nationalen Befreiungskampf im Süden des Kontinents unterstreichen die Resolutionen zur Solidarität mit den Frontstaaten (Angola, Moçambique, Tansania, Sambia und Botswana) und den fortschrittlichen Staaten Afrikas. Dort wird die Existenz und die notwendige Stärkung der fortschrittlichen Staaten des Kontinents „als grundlegende Bedingung für den Erfolg des Befreiungskampfs im südlichen Afrika“ hervorgehoben. Den Frontstaaten wird die volle Unterstützung gegen die aggressive Eskalationsstrategie des Smith-Regimes und Südafrikas zugesprochen. Im Falle der Überfälle Rhodesiens gegen seine Nachbarstaaten liegt die direkte Verantwortung vor allem bei Großbritannien als Kolonialmacht. Den durch Aggressionsakte betroffenen Staaten wird das unveräußerliche Recht zur Verteidigung ihrer Souveränität zugebilligt und das in der UN-Charta verankerte Recht betont, in diesem Falle bei befreundeten Staaten und fortschrittlichen Organisationen um effektive Hilfe nachzusuchen. In diesem Sinne begrüßte die Konferenz die Hilfe der sozialistischen Staaten für den Befreiungskampf in Afrika.

Deutlich über die Ergebnisse der Maputo-Konferenz hinaus ging das Anti-Apartheid-Treffen von Lissabon in der konkreten Verurteilung der imperialistischen Staaten aufgrund ihrer fortgesetzten Verletzung der Rhodesiansanktionen des UN-Sicherheitsrates, der UN-Namibia- und Südafrika-Resolutionen. Wegen ihrer aktiven Kollaboration mit den Rassistenregimes angeklagt wurden insbesondere die USA, Großbritannien, Frankreich, die Bundesrepublik Deutschland, Japan, Israel und Kanada.

Besonders die BRD stand immer wieder im Kreuzfeuer der Kritik. Das äußerte sich beispielsweise darin, daß in das Aktionsprogramm der Lissabonner Konferenz die weitgehende Forderung nach der Ausdehnung des Ölembargos auf die Bundesrepublik aufgenommen wurde, das die letzte Gipfelkonferenz der Nichtpaktgebundenen in Colombo gegen Frankreich aufgrund seiner militärischen Zusammenarbeit mit dem Voster-Regime auf die Tagesordnung gesetzt hatte.

In Lissabon hat die Delegation aus der BRD aus ihrer Verurteilung der Bonner Südafrika-Politik keinen Hehl gemacht. Ihr gehörten an: Vertreter des Deutschen Nationalkomitees, des Antimperialistischen Solidaritätskomitees (das im Ständigen Ausschuß der Konferenz vertreten war), der Anti Apartheid-Bewegung, von Medico International, des Arbeitskreises Festival, des MSB SPARTAKUS, der Deutschen Kommunistischen Partei sowie in Vertretung von MdB Manfred Koppik Annette Niemeyer und der kürzlich aus Südafrika ausgewiesene Pfarrer Reinhard Brückner. Gemeinsame und verstärkte Aktionen, die die Entfaltung von Druck auf die Bonner Kollaborationspolitik mit den von der Internationalen Gemeinschaft geächteten Regimes im südlichen Afrika zum Inhalt haben, sind eine Konsequenz, die die Solidaritätsbewegung unseres Landes aus den Arbeitsergebnissen von Lissabon zu ziehen hat.

Oliver Tambo / Sam Nujoma / Joshua Nkomo / Robert Mugabe

Unsere Position ist klar und eindeutig

Die Anwesenheit der Führer der drei authentischen Befreiungsbewegungen des südlichen Afrika, des Präsidenten des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) von Südafrika, Oliver Tambo, des Präsidenten der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) von Namibia, Sam Nujoma, und der beiden Präsidenten der Patriotischen Front von Zimbabwe, Joshua Nkomo und Robert Mugabe, verlieh der Weltkonferenz gegen Apartheid, Rassismus und Kolonialismus im südlichen Afrika ein besonderes Gewicht. Unermüdlich waren die vier Repräsentanten ihrer Völker in ihren Reden, Pressekonferenzen, Interviews und Gesprächen bemüht, die gegenwärtige Situation im Süden des afrikanischen Kontinents zu erläutern, die Hintergründe der aktuellen imperialistischen Strategie zu erhellen, Fragen zu beantworten, die die Entwicklung des Befreiungskampfs neu aufgeworfen hat. Überzeugend vermittelten sie den Eindruck, der sich auch in der Abschlußdeklaration niedergeschlagen

Weltkonferenz von Lissbon. „Es handelt sich nicht um einen Kampf gegen die Weißen, weil sie weiß sind, sondern um einen Kampf gegen Kolonialismus und Faschismus.“ Ähnlich Joshua Nkomo in seiner Rede auf dem Eröffnungsmeeting der Konferenz: „Wir sehen nicht auf die Gesichter der Leute und sagen, diese Gesichter sind weiß oder schwarz.“

Ziel: Staatsmacht für die Mehrheit

Es geht nicht um die Hautfarbe, es geht um mehr im Befreiungskampf im südlichen Afrika: „Der Hauptinhalt unseres Befreiungskampfes,“ unterstrich Oliver Tambo in einer Erklärung, „ist die Befreiung der am meisten unterdrückten und ausgebeuteten Abteilung des unterdrückten Volkes, des afrikanischen Volkes. Dieses Ziel bestimmt jeden Aspekt unserer revolutionären Strategie. Die Einheit des afrikanischen



hat: ANC, SWAPO und Patriotische Front sind die einzigen legitimen Befreiungsbewegungen des südlichen Afrika.

„Unser Kampf im südlichen Afrika ist ein Kampf gegen Faschismus, Rassismus und Unterdrückung durch eine Minderheit weißer Siedler gegen die afrikanische Mehrheit.“ Mit diesen Worten eröffnete Sam Nujoma die erste gemeinsame Pressekonferenz der vier Präsidenten der drei Befreiungsbewegungen auf europäischem Boden am Rande der

schen Volkes als dem größten und am meisten ausgebeuteten Bestandteil der südafrikanischen Gesellschaft ist der Kern, um den herum wir eine Allianz aller revolutionären Kräfte des Landes schaffen. Innerhalb dieser afrikanischen Mehrheit stellt die afrikanische Arbeiterklasse das disziplinierteste und politisch bewußteste Element dar. Ihre Situation, die sie zum Rückgrat einer komplexen Industriewirtschaft macht, hat ihr zu einem sozial fortschrittlichen und radikalen Standpunkt verholfen, der dem Programm der natio-

nenalen Befreiungsbewegung seinen Stempel aufgedrückt hat. Ihre selbständigen Organisationen und die Gewerkschaftsbewegung sind ein integraler Bestandteil der nationalen Befreiungsbewegung geworden und haben eine entscheidende Rolle gespielt. Die Rolle, die die Arbeiterklasse in der Zukunft unseres Landes spielen wird, steht außer Zweifel. Sie hat die latente Macht, über die sie verfügt, in den zahlreichen Kampagnen ebenso gezeigt wie in den Generalstreiks im vergangenen Jahr.

Die unmittelbare strategische Aufgabe unserer Bewegung ist es, den Kampf auf eine höhere Ebene zu heben, auf der kämpferischen Stimmung, die sich im Lande durchsetzt, aufzubauen, um so alle diese Energien auf das zentrale Ziel zu richten – die Ergreifung der Staatsmacht. Da wir in eine neue und entscheidende Phase unseres Kampfes eintreten, ist die Solidarität und die Unterstützung durch unsere Verbündeten und Freunde doppelt so wichtig geworden.“

In Auseinandersetzung mit der Position des US-Präsidenten Carter, der der schwarzen Mehrheit Südafrikas verbal die Notwendigkeit von mehr Bürgerrechten zugestand, entwickelte Oliver Tambo auf der Pressekonferenz den prinzipiellen Unterschied zwischen dem Kampf einer Bürgerrechtsbewegung, als die der ANC Anfang des Jahrhunderts entstanden war, und dem Ziel der nationalen Befreiung:

Bürgerrechte Carters und nationale Befreiung

„Was Carter meint, wenn er von Bürgerrechten in Südafrika spricht, geht davon aus, daß der Inhalt des Kampfes nicht in der nationalen Befreiung besteht. Der ANC kämpft für die Übergabe der Macht an das Volk von Südafrika. Carter geht nicht davon aus, daß der Kampf um die Beendigung der brutalen Ausbeutung geführt wird, der unser Volk unterworfen ist. Er meint, das, was Südafrika braucht, sind Reformen, Verbesserungen, eine Anpassung an die veränderte Situation, damit das gegenwärtige Regime seine politische und militärische Macht und seine gegenwärtige Struktur behält. Ein Kampf für Bürgerrechte geht aber immer von der Prämisse aus, daß das Volk ein unabhängiges Volk ist, daß das Land unabhängig ist. Den Bürgerrechtskämpfern gefällt diese oder jene Regierung nicht, die Gesetze, die sie verabschiedet und die die Menschenrechte von Gruppen oder Individuen verletzen. Das aber ist nicht unsere Position. Wir als Mehrheit



O. Tambo im Gespräch mit J. Nkomo

haben keine Regierung. In Südafrika hat die schwarze Mehrheit keine Regierung. Sie ist nicht unabhängig und war es nie gewesen. Vorster ist nicht unser Premierminister. Er ist nicht unsere Regierung. Wir haben nichts zu tun mit ihm. Unsere Position besteht nicht darin, daß wir Vorster gerne dies und jenes für uns tun sehen wollen, z. B. „menschlichere“ Gesetze durch ein weißes Parlament verabschieden zu lassen. In diese Richtung zielen unsere Forderungen nicht. Unsere Kernforderung besteht darin, daß wir unsere Entscheidungen selbst treffen wollen, daß wir die Verantwortlichen unserer eigenen Zukunft sein wollen. Wenn es in Südafrika ein Parlament gibt, muß es ein Parlament des Volkes sein, nicht ein Parlament der Weißen, das Gesetze für Schwarze macht.

Es geht um die Frage der kolonialistischen Beherrschung und der rassistischen Unterdrückung. Es geht um diese exklusive weiße Minderheitsherrschaft. Unser Kampf ist daher kein Bürgerrechtskonzept. Es ist ein Kampf für nationale Befreiung, so wie er in Moçambique und Angola geführt wurde, so wie er in Namibia und Zimbabwe stattfindet. Dies ist auch der Typ des Kampfes für die Macht des Volkes von Südafrika. Das ist kein Kampf für irgendwelche Verbesserungen, sondern ein Kampf für die vollständige Umwälzung der sozialen und gesellschaftlichen Strukturen zugunsten der Mehrheit des Volkes und seines Wohlergehens. Und es ist ein Kampf für Frieden, weil es keinen Frieden geben kann und wird, bevor wir dieses unser Ziel erreicht haben.“

Und welche Rolle spielt in diesem Prozeß der nationalen Befreiung jene Bewegung, die das Schlagwort vom „Schwarzen Selbstbewußtsein“ auf ihre Fahnen geschrieben hat? Darauf antwortete der ANC-Präsident ausführlich in einem Interview: „Was Black Consciousness-Bewegung genannt wird, beginnt sich zu ändern und in wachsendem Maße die Form dessen anzunehmen, wovon wir innerhalb des ANC immer gesprochen haben – Kampf für ein nichtrassistisches Südafrika.“

Nicht beim Black Consciousness stehenbleiben!

In gewisser Weise war unser Ausgangspunkt auch das schwarze Selbstbewußtsein, wir schufen den ANC nur aus Afrikanern – weil die Briten eine Verfassung errichtet hatten, die uns von der Macht ausschloß. Sie übergaben die Macht den weißen Siedlern, und wir mußten uns selbst organisieren, um unsere Rechte zu verteidigen. Aber wir sind dabei nicht stehengeblieben, wir haben uns zu einer Position entwickelt, von der aus wir das ganze Volk Südafrikas auffordern, an der Bewegung für die Transformation der sozialen, politischen und ökonomischen Situation teilzuhaben. Von diesem Gesichtspunkt aus gesehen, ist Black Consciousness eine solche Phase im Kampf. Es steht nicht außerhalb des Kampfes. Es steht nicht außerhalb des Kampfes für Menschenrechte – im Gegenteil, es wächst in dem Hauptstrom, den der Afrikanische Nationalkongreß darstellt.

In unserem Kampf ist nicht eine Frage nach weiß auf der einen und schwarz auf der anderen Seite. Wir haben dieses Stadium verlassen, die Welt hat dieses Stadium verlassen. Die Welt ist keine Welt schwarz versus weiß. Und wir haben niemals für ein Südafrika gekämpft, in dem die weiße Bevölkerung ins Meer getrieben wird. Wenn man objektiv ist, muß man akzeptieren, daß das, was wir tun, in der Mobilisierung und Vereinigung des ganzen Volkes für Gerechtigkeit besteht.

Aber natürlich gibt es Bestrebungen, eine mit dem ANC rivalisierende Bewegung zu schaffen. Da wird über eine Black Consciousness-Bewegung geredet, die irgendwelche dem ANC entgegengesetzte Ziele hat. Wenn es eine solche Gruppe gibt, so hat sie keine Zukunft. Aber in der Tat werden viele der jungen Leute, die sich dem, was Black Conscious-

ness-Bewegung genannt wird, angeschlossen haben, erwachsen. Sie lernen politisch hinzu, sie sind im ANC, und sie haben ihre Vorstellungen über die Vorgänge in Südafrika erweitert. Und ihr Verständnis ist sehr klar – sie haben sich dafür entschieden, nicht nur graduelle Veränderungen in Südafrika, sondern radikale unmittelbare Veränderungen unter dem Banner des ANC zu erkämpfen.

Wir glauben, daß es notwendig ist, unser Volk zu vereinen – das afrikanische Volk, die Arbeiter sind die schlimmsten Opfer dieses Systems. Aber wir halten es für lebensnotwendig, uns über unsere Ziele so klar zu sein, daß potentielle Freunde diesen Forderungen nicht widerstehen sollten, weil sie in jedermanns Interesse liegen. Es bedarf nicht so sehr eines schwarzen Selbstbewußtseins als vielmehr eines Bewußtseins über die Rechte des Menschen, über die Existenz des Regimes, das das Volk unterdrückt und ausbeutet. Die Art von Bewußtsein, die wir schaffen, ist ein Bewußtsein, das all diejenigen vereinigt, die unterdrückt sind, und all die, die gegen Rassismus und weiße Exklusivität opponieren. Wir suchen all diejenigen zu vereinen, die in Südafrika denken, daß wir als normale Bürger der Städte leben sollten und nicht – wie es jetzt ist – als weiße Städter und schwarze „Ausländer“.

Gegenspieler des ANC?

Was es heute gibt, sind Organisationen, die beschrieben werden als die des Black Consciousness. Z. B. gibt es die Südafrikanische Studentenorganisation (SASO), die Black Peoples Convention (Schwarze Volksversammlung) oder die Black Allied Workers Union (Schwarze Vereinigte Arbeiterunion) – das sind vier Flügel der Black Consciousness-Bewegung. Es gibt noch andere Flügel. Wir hatten früher das, was wir Kongreß-Allianz nannten – eine Plattform für koordinierte Aktionen unterschiedlicher Organisationen, die in dieser Zeit als Opposition zum südafrikanischen Regime geschaffen wurde. Jetzt haben wir etwas, das Black Consciousness-Bewegung genannt wird, aber was es letztendlich gibt, ist eine Gruppe von Organisationen, die – wie einige hoffen – der Gegenspieler, die Alternative zum ANC werden wird.

ANC und PAC wurden verboten. Sie begannen auf das System zu reagieren und politisch zu arbeiten als Bürgerrechtsorganisationen. SASO begann auf demselben Weg. Sie begann als eine Körperschaft für studentische Angelegenheiten und als sie einmal begonnen hatten, ernsthafte politische Aktivität zu entwickeln, begannen die Einsperrungen und Verfolgungen. So wurden die Verbindungen zum ANC immer enger. Sie wurden illegal, ihre Führer niedergeschlagen und verhaftet wie jeder andere auch. Und so gelangten sie an den Punkt, wo sie nicht mehr weiter konnten und das taten, was sie in ihrem eigenen Interesse tun mußten. Sie schlossen sich dem ANC an. Mitglieder des ANC in Südafrika können verständlicherweise nicht zugeben, wer sie sind. Allen diesen Organisationen, die gegründet wurden, wurde zunächst gestattet zu operieren, ohne daß ihre Mitglieder belangt wurden, als sie noch unbekannt waren. Aber als ihre Mitglieder ernsthaft am Kampf teilhatten und für ihre eigenen Rechte kämpfen wollten, wurden die Organisationen für illegal erklärt und ihre Mitglieder ins Gefängnis geworfen.

Es gibt den erprobten Weg, dem der ANC gefolgt ist. Die letzten zehn Jahre waren eine sehr gewaltsame Dekade, in der der ANC aufhörte, öffentlicher Anwalt der Politik der Gewaltlosigkeit zu sein. Entweder wir hielten unser Volk zurück oder es hätte Blutvergießen gegeben, und wir würden es nicht darauf vorbereitet haben. Wir können sagen, daß wir zu dieser Zeit mehr als die meisten Organisationen taten, um den Dingen zu widerstehen, die uns zur Gewalt trieben. Schließlich konnten wir aber diesen gewaltlosen Weg nicht mehr länger gehen. Niemand kann heute in Südafrika eine

Organisation finden, die nicht dem Weg folgt, den wir gegangen sind. Und es gibt keine bessere Definition für die Ziele in Südafrika als das Programm des ANC. Wenn man ernsthafter über das, was man sagt und tut, wird, kann man seine Ziele und Methoden des Kampfes nur mit dem Weg identifizieren, den wir eingeschlagen haben. Und deshalb schlossen sich die jungen Leute von Beginn der Black Consciousness-Bewegung an dem Strom des ANC an. Und ich unterstreiche dies deshalb so stark, weil ich der Meinung bin, daß es eine objektive Wahrheit ist, daß wir eine Bedrohung für das Regime darstellen.“

Der erprobte Weg des ANC

Stärker denn je stellt sich der ANC nach den Aufstandsbewegungen von Soweto der Aufgabe des bewaffneten Kampfes, der spätestens seit der ANC-Konferenz von Morogoro im Jahre 1969 als die Hauptform des Befreiungskampfes in Südafrika gilt. Auf diese Frage angesprochen sagt Oliver Tambo: „Es gibt mehr Gründe für den bewaffneten Kampf als jemals zuvor. Es hat viele objektive Faktoren gegeben, die unseren Fortschritt in Grenzen hielten. Jetzt aber gibt es eine Menge von Verbesserungen, und wir verfolgen dieses Ziel sehr sehr energisch. Es gibt keine Alternative. Die Geschichte dieses Teils der Welt zeigt dies. Das ganze Gerede von der Abschaffung der petty apartheid ist ein Produkt des Kampfes der Unterdrückten in diesem Teil der Welt einschließlich unseres Landes. Die Geschichte eines halben Jahrhunderts ANC, in der wir es mit Resolutionen, Erklärungen und Anklagen versuchten – das konnte nicht ein weiteres halbes Jahrhundert so weitergehen. Alle Einsichten und Fakten weisen auf den bewaffneten Kampf nicht nur als eine Wahl, sondern als eine absolute Notwendigkeit.

Jeder Versuch, den bewaffneten Kampf im südlichen Afrika zu eliminieren, kann keinen Erfolg haben, weil diese Versuche dazu da sind, notwendigen Veränderungen vorzubeugen. Bewaffneter Kampf beinhaltet Gewalt und die Herausforderung des Todes. Deshalb zeigt die Soweto-Aktion, daß das Stadium erreicht ist, in dem das Volk diese Methode des Kampfes gewählt hat, und das ist im südafrikanischen Kontext erst der Beginn, der wahrhaft bescheidene Anfang, der nicht mehr aufgehalten werden kann durch ein brutales Blutbad der zu Tode erschrockenen Polizei. Wir haben das gesehen. Das ist erst der Anfang gemessen am Ausmaß, in dem sich der Konflikt entwickeln muß. Die tatsächliche Gewalt, mit der Soweto und andere Aufstände sich entwickelten, versichert selbst, daß ein Konflikt von größeren Ausmaßen im Entstehen ist.“

Wir sind keine Männer des Krieges

Dieselbe Haltung dem bewaffneten Kampf gegenüber brachten die Führer der Patriotischen Front zum Ausdruck. Die Erfahrung mit gewaltlosen Kampfmethoden ist im ganzen südlichen Afrika dieselbe. Joshua Nkomo in seiner Rede im Eröffnungsplenum: „Das wichtige für das Volk besteht nicht darin, Resolutionen zu verfassen, sondern zu planen und aufzustehen zum Handeln. Das Volk von Zimbabwe ist aktiv geworden und braucht solidarische Unterstützung.“ Auf die Erfahrungen der Befreiungskämpfer Zimbabwes in den Verhandlungen mit dem Smith-Regime oder im Verlauf der gescheiterten Genfer Rhodesienkonferenz eingehend sagte Nkomo: „Mit einem Imperialisten zu verhandeln, ist genauso wie mit einem Felsen verhandeln. Ich begann mit ihnen zu verhandeln, als mein Haar noch schwarz und hübsch war, jetzt ist es grau. Ich habe dreißig Jahre lang mit ihnen verhandelt und endete im Gefängnis. Meine Genossen von der ZANU und der ZAPU haben beschlossen, den bewaffneten Kampf zu führen, weil wir sie nur mit diesem Dynamit schla-



Im Präsidium von Lissabon u. a. R. Mugabe, J. Nkomo (l.), der portugiesische Sozialist Goudinho (3. v. r.) und O. Tambo (ganz r.)

gen können. Wir bildeten die Patriotische Front und uns wurde zugeschrieben, eine Heirat in beiderseitigem Interesse eingegangen zu sein. Aber ich versichere Ihnen, es ist keine Heirat. Die Dringlichkeit der Situation brachte unsere Vereinigung vorwärts, um den Felsen explodieren zu lassen.“

„Wir sind keine Männer des Krieges,“ sagte Robert Mugabe in Lissabon, „von ganzen Herzen sind wir Männer des Friedens, aber Männer des Friedens, deren Realitätssinn in der harten Erfahrung geboren wurde, daß Frieden nur durch Krieg erreichbar ist. Für uns ist deshalb der Krieg nichts anderes als ein Instrument für den Frieden. Da wir für die Zerstörung des Kolonialismus und des Rassismus in unserem Land kämpfen, kämpfen wir auch darum, uns selbst von den Fesseln der rassistischen Ideologie zu befreien. Denn wir kämpfen für den Aufbau einer besseren und höheren sozialen Ordnung, in der die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen enden wird. In diesem Zusammenhang sehen wir den Kampf unserer nationalen Befreiungsbewegung direkt und untrennbar verbunden mit dem Kampf für die Befreiung der Frau und der arbeitenden Massen Zimbabwes. Die arbeitenden Massen und die Frauen Zimbabwes werden nur dann befreit, wenn sie voll am revolutionären Prozeß teilnehmen, um die alte Ordnung zu beseitigen und eine neue soziale Ordnung der Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit aufzubauen.“

Bedeutung der Patriotischen Front

Aber die Zerstörung des sozialen Systems, das in unserem Land existiert, erfordert eine höher organisierte und mächtigere nationale Befreiungsbewegung, die die ungeteilte Unterstützung der demokratischen Kräfte in Zimbabwe und die uneingeschränkte Unterstützung der fortschrittlichen Kräfte der Welt genießt. Die Patriotische Front aus ZANU und ZAPU stellt einen entscheidenden Schritt bei der Schaffung einer mächtigen nationalen Befreiungsbewegung dar, die fähig ist, das rassistische Smith-Regime zu zerstören. Sie ist die Avantgarde für die Mobilisierung der Massen und für ihre Sammlung zum bewaffneten Kampf. Wir sind dabei, eine nationale vereinigte Front all derjenigen aufzubauen, die am Patriotismus festhalten. Diese umfaßt Arbeiter, Bauern, Soldaten, Intellektuelle, Studenten und afrikanische Geschäftsleute. Die Aufrechterhaltung der nationalen vereinigten Front stellt sicher, daß der Feind keine Vorteile aus den Widersprüchen unter den nationalistischen Kräften zieht, um uns zu zerstören.

Die Patriotische Front wurde geschaffen, um den bewaffneten Kampf mit größerer Schlagkraft zu verfolgen. Auf dieser Basis brachten ZANU und ZAPU 1975 die Bildung eines gemeinsamen militärischen Kommandos aus den militärischen Flügeln von ZANU und ZAPU hervor, das schließlich zur Volksarmee von Zimbabwe (ZIPA) wurde, die während der letzten 15 Monate den Feind erfolgreich aus weiten Bereichen seiner Operationszonen vertrieben hat, wo wir nun da-

bei sind, befreite Zonen zu schaffen.

Diese Konferenz findet zu einer Zeit statt, die für die Entwicklung unseres bewaffneten Kampfes in Zimbabwe entscheidend ist. Wir treten in die Schlußphase unseres Kampfes ein, und tiefe qualitative und quantitative Veränderungen finden in unserer Wirtschaft statt. Der bewaffnete Kampf in Zimbabwe wurde intensiviert und erstreckt sich nun über zwei Drittel des Landes. Während er die strategischen Hauptzentren des Feindes und seine ökonomischen Interessen angreift, verfeinern die imperialistischen Kräfte ihre Taktiken und suchen ihre Kräfte zu konsolidieren.

Smith in der Krise

Die Auswirkungen des Krieges gegen die Siedlergemeinschaft und die ökonomischen Interessen der westlichen Länder veranlassen die Westmächte, sich machtvoller hinter Smith zu stellen. Die Fakten sagen, daß 1976 mehr als 15 000 Siedler das Land verließen, während sich im April dieses Jahres die Netto-Einwanderungsrate lediglich auf weniger als 1 500 Siedlern belief. Seit Beginn dieses Jahres wurden die Einberufungen auf Schuljungen von 16 Jahren ausgedehnt, und alle 16 bis 38 Jahre alten Männer werden jetzt für mindestens 18 Monate einberufen und die zwischen 38 und 50 Jahre alten für nicht weniger als sieben Monate. Da die Einberufungen eine nichtproduktive Aktivität sind, zahlen Firmen, Fabriken, ganze Industrien und andere Wirtschaftssektoren hohe Löhne, nur um ihre weißen Siedler in Uniform als Beschäftigte zu halten.

Als Resultat der Arbeitskräfteknappheit ist die Rebellenwirtschaft zum Stillstand gekommen. 1976 fiel die Industrieproduktion um 10 %, das Handelsvolumen um 20 %. Die kleinen Einkommen fielen real um 7,5 %. Das Bruttosozialprodukt fiel um 4 %, und der Rebellen-Finanzminister David Smith hat für 1977 sogar noch einen größeren Rückgang vorausgesagt. Die Verteidigungsausgaben eskalierten. Im Haushaltsjahr 1971/72 gab das Regime 30 Mio Dollar für Verteidigung aus. Bis 1976 ist der Verteidigungshaushalt auf über 200 Mio Dollar in die Höhe geschneit. Allein seit 1974 hat es ein Anwachsen der Verteidigungsausgaben um 45 % gegeben.“

Immer wieder sind die Vertreter der Befreiungsbewegungen in Lissabon den unterschiedlichen imperialistischen Lösungsvarianten für das südliche Afrika entgegengetreten. Zu den jüngsten britisch-amerikanischen Vorschlägen für Zimbabwe verdeutlichte Robert Mugabe nochmals den prinzipiellen Standpunkt der Patriotischen Front:

„Die Position der Patriotischen Front ist klar und kategorisch. Erstens liegt die Verantwortung für die Entkolonialisierung Zimbabwes bei den Briten als Kolonialmacht. Großbritannien allein ist verpflichtet, diese koloniale Verantwortung wahrzunehmen, und bei ihm liegt es, das aufzugeben, was die Verurteilung der Welt gefunden hat. Zweitens gehen wir davon aus, daß jegliche sinnvolle Verhandlungen zur Lösung des Zimbabwe-Konfliktes zwischen Großbritannien als der Kolonialmacht und der Patriotischen Front als der legitimen Vertretung der breiten Massen des kolonisierten Volkes von Zimbabwe stattfinden müssen. Wir sind nicht bereit, bremssende Kräfte zu akzeptieren, seien sie von der ausländischen weißen Siedler-Minderheit oder den reaktionären afrikanischen Kräften innerhalb des Landes. Wir weisen kategorisch das Prinzip zurück, das für spezielle Minderheiten einen besonderen Status vorsieht, wenn diese Minderheiten privilegierte rassistische Gruppen sind, deren Anliegen in der Bewahrung ihrer exklusiven Interessen besteht. Drittens muß jegliche Übertragung der Macht vollständig und umfassend sein. Es kann sich dabei nicht um die Frage des Neokolonialismus handeln, denn der Neokolonialismus ist das Manipulationsinstrument jener Mächte mit beträchtlichen politischen und wirtschaftlichen Interessen in Zimbabwe. Schließlich

muß Großbritannien seine Fähigkeit, seine wirkliche Bereitschaft erweisen, daß es nach dem erfolgreichen Abschluß einer Verfassungskonferenz effektiv und unverzüglich die Übereinkunft, die wir erreicht haben, anwenden wird.

Bislang allerdings sind die Imperialisten, angeführt von den USA, Großbritannien, Frankreich, Westdeutschland usw., in einem „joint venture“ vereint, um in Zimbabwe eine neokoloniale Situation zu schaffen. Diese Mächte verfolgen eine Doppelstrategie. An der Oberfläche scheinen sie auf der Suche danach zu sein, was sie friedliche Lösung nennen, während sie sich unter der Oberfläche in Komplizenschaft mit Südafrika und Rhodesien an deren Aggressionsabenteuern beteiligen.“

Namibia-Lösung ohne UN-Namibia-Rat?

Die Position, die die SWAPO gegenüber den westlichen Lösungsvorschlägen für ihr Land vertritt, verdeutlichte auf der Lissaboner Pressekonferenz Sam Nujoma: „Die Situation in Namibia hat ein kritisches Stadium erreicht, weil das rassistische Vorsterregime danach trachtet, ein neokolonialistisches Regime so schnell wie möglich zu errichten. Oder anders ausgedrückt: Namibia soll zu einer Konföderation von Bantustans gemacht werden, Bantustans wie sie in Südafrika schon existieren, z. B. die Transkei. Die Position der SWAPO, der Avantgarde des unterdrückten Volkes von Namibia, sieht so aus: Solange das rassistische Südafrika seine illegale Macht in Namibia aufrechterhält, setzen wir die Intensivierung des bewaffneten Kampfes fort, bis zur vollständigen Niederlage des Regimes, bis wir die vollständige Unabhängigkeit unseres Landes erreicht haben.

Was die jüngste Initiative der fünf westlichen Länder betrifft, die Mitglied des UN-Sicherheitsrates sind, so sagen wir, daß wir jede Initiative – egal von welchen Mitgliedern der Vereinten Nationen sie kommt – schätzen, die auf die Verwirklichung der ausstehenden Namibia-Resolutionen der UNO gerichtet ist. Wir haben unsere Position gegenüber Kanada, Großbritannien, den USA, Frankreich und Westdeutschland sehr klar gemacht, daß ihre Kontakte auf die Verwirklichung der Resolutionen der Vereinten Nationen gerichtet sein müssen. Ihre Anstrengungen müssen die Aktivitäten des Namibia-Rats der UNO unterstützen, der nach der Resolution 2145 aus dem Jahre 1966 die einzige legale Autorität über Namibia ist. Wenn es die fünf Westmächte vermeiden, in jeder Hinsicht im Rahmen der Vereinten Nationen zu arbeiten, werden wir sie verurteilen und ihre Anstrengungen zurückweisen. Die SWAPO hat den starken Verdacht, daß Südafrika versucht, die fünf Sicherheitsratsmitglieder dazu zu benutzen, den UN-Namibia-Rat als die einzig legale Institution über Namibia auszuschalten. Aber jeder Versuch in dieser Richtung wird durch das Volk Namibias zurückgewiesen werden. Die SWAPO ist bereit, zu verhandeln. Aber bevor wir zu irgendeiner Lösung kommen können, verlangen wir

- den Rückzug aller südafrikanischen bewaffneten Kräfte vom Boden Namibias und
- die bedingungslose Freilassung aller politischen Gefangenen.

In Namibia können solange keine Wahlen stattfinden, wie die südafrikanischen Truppen dort sind. Denn wir wissen sehr genau, daß Südafrika ein Manöver finden wird, das die SWAPO von der Teilnahme an solchen Wahlen ausschließt. Das aber werden wir niemals erlauben. Wir werden die Intensivierung des bewaffneten Kampfes fortsetzen, um die genuine nationale Befreiung zu erreichen, die unser Volk braucht. Ich möchte hier unterstreichen, daß es auch mit der Turnhalle keinen Fortschritt gegeben hat. Es handelt sich lediglich um eine Intrige derjenigen, die Südafrika unterstützen, weil sie ökonomische Interessen in Namibia und in Südafrika selbst haben. Deshalb vermitteln sie den Eindruck, Vorster würde

nur darauf warten, Namibia aufzugeben. Wenn aber Vorster bereit ist, Namibia aufzugeben, warum unterhält er dann mehr als 50 000 Mann Truppen in Namibia, warum wurden noch mehr Militärbasen in Namibia errichtet? Das zeigt doch ganz deutlich, daß Vorster nicht bereit ist, seine koloniale Unterdrückung in Namibia zu beenden.“

Im Laufe eines Gesprächs, das die westdeutsche Delegation am Rande der Lissaboner Weltkonferenz mit dem SWAPO-Präsidenten hatte, ging Nujoma in sehr eindeutiger Weise auf die Rolle der BRD in Namibia ein: „Wie Sie wissen, befindet sich die SWAPO mit der westdeutschen Regierung im Konflikt, ebenso mit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Als die Bundesrepublik Mitglied der Vereinten Nationen wurde, hielt ihr Vertreter eine sehr wohlklingende Rede, in der es hieß, die BRD würde alle Resolutionen der UNO über Namibia anerkennen, insbesondere auch die Resolution 2145, die das Mandat Südafrikas über Namibia beendete. Das ist die ungeteilte Meinung der Internationalen Gemeinschaft zum Namibia-Problem. Alle Mitgliedstaaten der UNO müssen akzeptieren, daß die Besetzung Namibias durch Südafrika illegal ist. Alle Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen sollten nach diesen Resolutionen ihre Abkommen, die sie mit Südafrika über politische, wirtschaftliche und kulturelle Fragen Namibia betreffend unterzeichnet hatten, aufkündigen. Das aber wurde von der Regierung Westdeutschlands zurückgewiesen.

Bis heute unterhält sie ein Generalkonsulat in Namibia. Sie sagt uns, sie hielt ihr Konsulat aufrecht, um sich um die westdeutschen Bürger, die dort leben, kümmern zu können. 10 000 sind es, die einen westdeutschen Paß besitzen. Wir sagen, daß diese deutschen Siedler in Namibia inzwischen wie alle anderen zu Namibiern geworden sind. Und der Kampf, den wir für die Befreiung Namibias führen, geht auch darum, sie zu befreien. Natürlich genießen sie besondere Privilegien aufgrund der weißen Herrschaft Südafrikas über die Afrikaner.

Nun hat die westdeutsche Regierung bei mehreren Gelegenheiten versucht, mit der SWAPO Kontakt aufzunehmen. Sie haben uns auch Hilfe angeboten, aber wir haben das zurückgewiesen. Wir haben in keiner Hinsicht irgendetwas zu tun mit der westdeutschen Regierung solange wie sie ihr Konsulat in Namibia aufrechterhält. Wir haben vor einiger Zeit eine Einladung des gegenwärtigen Außenministers der BRD erhalten, die wir aus demselben Grund abgelehnt haben. Wir haben jedoch überhaupt nichts gegen die westdeutschen Bürger. Deshalb begrüßen wir dieses heutige Zusammentreffen mit der westdeutschen Delegation auf dieser Konferenz. Wir akzeptieren auch jederzeit Einladungen durch nationale Organisationen aus der BRD, wenn sie keine Verbindungen mit der Partei Willy Brandts oder der Regierung haben.“



NEUERSCHEINUNG: AIB-Wandzeitung zu Zimbabwe, DIN A2-Format, viertarbig, Preis: 1,80 DM

Samora Machel

Der offene Krieg des Smith - Regimes

Die nachstehende, in vollem Wortlaut wiedergegebene Erklärung des Präsidenten der Befreiungsfront von Moçambique (FRELIMO) und der Volksrepublik Moçambique vom 18. Juni d. J. hat in der Welt große Aufmerksamkeit erregt. In seiner Erklärung analysiert Samora Machel das Ausmaß der Internationalisierungstaktik Rhodesiens, mit der das Smith-Regime sich am Leben zu halten sucht, und charakterisiert die gegenwärtige Situation als offenen Krieg Ian Smith's gegen die Volksrepublik Moçambique.

Trotz dieser für Moçambique gefährlichen Situation ruft S. Machel zur Intensivierung der Unterstützung der Frontstaaten für den Befreiungskampf im südlichen Afrika auf und versichert den Befreiungskämpfern von Zimbabwe die volle Solidarität seines Landes.

Im Gefolge der Erklärung Machels hat der UN-Sicherheitsrat die eskalierenden Aggressionsakte Rhodesiens entschieden verurteilt. Die jüngste Gipfelkonferenz der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) hat sich eindeutig an die Seite Moçambiques und der übrigen Frontstaaten gestellt, die Legitimität des bewaffneten Befreiungskampfes gebilligt und das Volk von Zimbabwe aufgerufen, der einzigen legitimen Befreiungsbewegung, der Patriotischen Front von Zimbabwe, noch stärkere Unterstützung zu erweisen.

Genossen,
Landsleute,
Exzellenzen,
Vertreter des in der Volksrepublik Moçambique akkreditierten Diplomatischen Korps.

Am 3. März 1976 hatten wir uns hier versammelt, um Sie über eine wichtige Entscheidung des Zentralkomitees der FRELIMO und des Ministerrates der Volksrepublik Moçambique zu informieren: die umfassende Anwendung der Sanktionen, die von der internationalen Gemeinschaft gegen das illegale und rassistische Regime der britischen Kolonie Rhodesien gefaßt worden waren.

Wir gaben bekannt, daß die Volksrepublik Moçambique von diesem Tage an seine Grenzen zu dieser Kolonie schließen, alle Verbindungen mit ihr unterbrechen und jeglichen Verkehr von Menschen oder Gütern von und nach Rhodesien auf dem Luft- und Landweg verbieten würde.

Die Antwort der Verteidiger Moçambiques

Bewußt und kategorisch, und ohne irgendwelche Zweifel zu lassen, erklärten wir, daß unser Volk bereit wäre, alle Opfer auf sich zu nehmen, damit diese Sanktionen eine vollständige und bedingungslose Unterstützung des kolonisierten und unterdrückten Volkes von Zimbabwe darstellten.

Als wir diese Entscheidung trafen, waren wir uns der Opfer bewußt, die sie uns abverlangen würde. Aber ausschlaggebend für uns war, unsere internationalistische Pflicht zu erfüllen und unnachgiebig die gerechte Sache des Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe zu verteidigen.



Präsident Samora Machel

Als wir diese Entscheidungen bekanntgaben, waren unser Land und unser Volk bereits Opfer der vorsätzlichen und mörderischen Aggressionen der Streitkräfte von Ian Smith.

Bei dieser Gelegenheit appellierten wir an alle Mitglieder der internationalen Gemeinschaft, ihre politische, moralische, diplomatische und materielle Unterstützung für den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe und auch für die Volksrepublik Moçambique zu verstärken – die Konsequenz aus der Durchführung der Sanktionen, die gegen die britische Kolonie Rhodesien verhängt worden waren.

Die Antwort der Gemeinschaft der Nationen war nicht nur positiv, sondern vielmehr ermutigend für die Fortführung des Unabhängigkeitsprozesses für das Volk von Zimbabwe. Trotzdem wurde die Antwort nicht einmütig von allen Mitgliedsländern der Vereinten Nationen befolgt.

In der Tat haben einige Länder trotz öffentlicher Verurteilung ihre verbale Unterstützung nicht in konkrete Aktionen umgesetzt. Andere spielten eine zweideutige Rolle, indem sie ihre politische und materielle Hilfe für die rhodesischen Rassisten fortsetzten, obwohl sie gleichermaßen die Aggressionsakte des Rebellenregimes in Salisbury verurteilt hatten. Das Ziel ist klar: dem Volk von Zimbabwe eine Lösung aufzuzwingen, die Ian Smith als gleichwertigen Gesprächspartner anerkennt.

Diese Manöver erlaubten eine Reorganisation und Stärkung der Offensivkraft der Rebellenstreitkräfte und machten diese Länder zu Komplizen der eskalierenden Aggressionen gegen die Volksrepublik Moçambique. Tatsächlich hat Ian Smith seit dem 3. März 1976 fortwährend und systematisch Aggressionen gegen unser Land verübt, unsere Souveränität verletzt und Massaker an unserem Volk begangen. Das moçambiqua-

nische Volk und sein bewaffneter Flügel, die Volksbefreiungsarmee von Moçambique aber wußten, wie sie den Kampf aufzunehmen und die feindlichen Invasionsstreitkräfte zurückzutreiben hatten.

Heute wollen wir Sie darüber informieren, daß in den letzten Tagen die Übergriffe und Massaker ein bisher nicht gekanntes Ausmaß erreicht haben und die feindlichen Streitkräfte nach gut durchdachten und vorbereiteten Operationsplänen mit genau festgelegten Vorstellungen, die sich besonders gegen zivile Ziele richten, vorgehen. Wir stellen darüber hinaus fest, daß der Feind moderne und hochentwickelte militärische Ausrüstung benutzt: schwere Artillerie, gepanzerte Fahrzeuge, Panzer, Hubschrauber, Aufklärungs- und Mirage-Flugzeuge.

Es ist wichtig, eine Bilanz, wenn auch nur summarisch, der Verluste an Menschen und des materiellen Schadens zu ziehen, die durch die Aggression gegen unser Land verursacht wurden.

Vom März 1976 bis zum März dieses Jahres fanden 143 Überfälle gegen die Volksrepublik Moçambique statt, davon 54 in der Provinz Gaza, 33 in Manica und 56 in der Provinz Tete. In der Provinz Tete wurden die Dörfer Caponda, Mucumbura, Luia, Chikumbidze, Gento, Nura, Cuchamano, Magoe, Chioco, Canguzo, Daque, Changara, Fingoe, Jeque, Inhaluro und Chicoa angegriffen. Bei diesen Überfällen wurden 216 Menschen getötet und 50 verwundet.

In der Provinz Manica wurden die Dörfer Chazuica, Goi-Goi, Catandica, Espungabera, Nyazonia, die Stadt Manica, Chiarara, Mavonde, Machipanda, Mavuzi, Serra Choa und Guro angegriffen. 1066 Menschen wurden getötet und 329 verwundet.

In der Provinz Gaza wurden die Dörfer Pafuri, Mavue, Chicualacuala, Chitanga, Machaila, Massangena, Muzanane, Mapai, Nwanetsi, Combunene und Mpuzi angegriffen. 141 Menschen wurden getötet und 148 verwundet.

Kurz gesagt wurden vom Mai 1976 bis zum 15. Juni dieses Jahres 1432 Zivilisten ermordet, darunter 875 Flüchtlinge aus Zimbabwe in Nyazonia, und 527 verwundet. Dutzende von Städten und Dörfern mit einer friedlichen Bevölkerung, die unter Mühen und mit Enthusiasmus mit dem Wiederaufbau ihres Vaterlandes beschäftigt war, – wurden dem Erdboden gleichgemacht. Heute bestehen Massangena, Mapai, Mavonde und Chioco nur noch aus den verkohlten Überresten dessen, was einmal Häuser, Schulen, Krankenhäuser, Volksläden, Dienstleistungseinrichtungen und Fabriken wa-

ren. Diese Zerstörungen kosteten unserem Volk über 400 Mio Escudos.

Und wenn es nicht noch mehr Verluste unter den arbeitenden Menschen gab und wenn die Schäden nicht noch größer waren, dann ist das auf die schnelle Antwort zurückzuführen, die die Volksbefreiungsarmee von Moçambique zusammen mit der Volksmiliz den Aggressionen des Feindes erteilten. Viele Genossen der Volksbefreiungsarmee fielen bei der Verteidigung unserer territorialen Integrität und des Lebens und Eigentums der Bevölkerung.

Das Smith-Regime im Krieg

Genossen, Landsleute, Exzellenzen, Vertreter des Diplomatischen Korps.

Was bedeuten diese Verbrechen, die gegen das moçambiquanische Volk, gegen die junge Volksrepublik Moçambique begangen werden? Sie bedeuten zuallererst, daß sich das Regime von Ian Smith in einem offenen Krieg gegen Moçambique befindet. Die Absicht ist, die Widersprüche, durch die es in Gegensatz zum Volk von Zimbabwe geraten ist, über seine Grenzen hinauszutragen, den kolonialen Konflikt zu internationalisieren und die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit von der zentralen Frage – der nationalen Befreiung des Volkes von Zimbabwe – abzulenken.

Das rassistische Smith-Regime ist ein Krebsgeschwür, das dringend entfernt werden muß und das eine Schande für die internationale Gemeinschaft darstellt. Schon allein die Existenz des rassistischen Regimes in Salisbury stellt eine Bedrohung des Friedens in diesem Teil Afrikas dar. Die Aggressionen von seiten der Streitkräfte Smiths gegen die Volksrepublik Moçambique, die Republik Sambia und die Republik Botswana haben das südliche Afrika in ein Gebiet verwandelt, in dem Frieden und Sicherheit der Welt droht, und das von daher einen dauernden Konflikt darstellt.

Die kriegerischen Auseinandersetzungen, die mit einfachen Provokationen entlang unserer Grenzen und Verletzungen unseres Luftraumes begannen, eskalierten in eine Phase der offenen Aggression gegen unser Land und kulminierten in den letzten Wochen in Aktionen, die das Ausmaß einer Invasion erreichen. In der Zeit vom 29. Mai bis zum 2. Juni wurde das Dorf Mapai von der rassistischen Soldateska voll-



Kommando der rhodesischen Rassistenarmee

kommen zerstört und in demselben Augenblick, während ich zu Ihnen spreche, richtet sich die Aggression gegen das Dorf Espungabera, das besetzt gehalten und dessen Bevölkerung massakriert wird.

Im Namen des Zentralkomitees der FRELIMO und im Namen des Ministerrats der Volksrepublik Moçambique erklären wir feierlich, daß wir fest entschlossen sind, den Verbrechen gegen unser Volk, den Verletzungen unserer Souveränität ein Ende zu setzen.



Rassisten-General P. Walls bei der Erläuterung des „großen Gegen-schlags“

Genossen, Landsleute.

In wenigen Tagen wird unser Volk den 15. Jahrestag der Gründung der FRELIMO und das zweite Jahr unserer Unabhängigkeit feiern. Der 25. Juni ist für alle Menschen in Moçambique, die vereint sind vom Rovuma bis Maputo, der Tag des Sieges. Dieser Sieg wurde mit den nicht zu erreichenden Opfern des moçambiquanischen Volkes errungen. Die Aggressionen, denen wir ausgesetzt sind, sind gegen unseren Sieg, gegen unsere Freiheit und Unabhängigkeit gerichtet.

Wir sind der Aggression ausgesetzt, weil wir so frei sind, dem Kampf des Brudervolkes von Zimbabwe beständig unsere umfassende und bedingungslose Unterstützung zu geben. Wir sind der Aggression ausgesetzt, weil wir unsere internationalistische Pflicht erfüllen. Wir sind der Aggression ausgesetzt, weil wir in vollem Maße die Sanktionen durchführen, die von der höchsten internationalen Gemeinschaft gegen Rhodesien verhängt wurden.

Um diese internationalistische Pflicht zu erfüllen, müssen wir unsere Freundschaft und Einigkeit noch verstärken, müssen wir unsere organisatorische Fähigkeit verbessern, müssen wir den Kampf um die Produktion und die Produktivität in den Fabriken, in den staatlichen Unternehmen, in den Kooperativen und den Dörfern, in den Schulen, Dienstleistungseinrichtungen und Stadtteilen intensivieren. Die Volksbefreiungsarmee von Moçambique, der bewaffnete Flügel unseres Volkes, wird weiterhin in beispielhafter Weise ihre Aufgabe erfüllen, die revolutionären Errungenschaften unseres Volkes zu verteidigen, unsere Souveränität und territoriale Integrität zu schützen und die Erfüllung unserer internationalistischen Pflicht zu gewährleisten. Laßt uns fortfahren, unsere Einheit zu der unbesiegbaren Kraft zu machen, die den portugiesischen Kolonialismus besiegte. Laßt sie uns zu derselben Kraft machen, die jegliche Aggression gegen unser Land zerschlägt. Auf diesem Wege werden wir den Frieden in unserem Land verteidigen und einen entscheidenden Beitrag leisten, daß die Grenzen der Freiheit ausgedehnt werden.

Exzellenzen, Repräsentanten der internationalen Gemeinschaft.

Vor weniger als einem Monat traf die internationale Gemeinschaft auf der Maputo-Konferenz zusammen, um eine Lösung für die Probleme Zimbabwes zu finden. Die gesamte

internationale Gemeinschaft verurteilte das rassistische Smith-Regime und beschloß, ihre Unterstützung dem gerechten Kampf des Volkes von Zimbabwe zu geben. Die Antwort von Smith war: Aggressionen und Massaker. Gegenwärtig gibt es zum Rhodesien-Problem anglo-amerikanische Initiativen. Die Antwort von Smith ist: Aggressionen und Massaker. In diesem Augenblick, in dem die Volksrepublik Moçambique der zügellosesten und verbrecherischen Aggression durch Ian Smith's illegales Regime ausgesetzt ist, sind wir sicher, daß Ihre Völker und Staaten heute mehr denn je wissen, wie sie mit unserem Volk solidarisch sein können.

Die summarische Aufzählung der Schäden und Verluste an Menschenleben und Material ist ein mehr als ausreichender Beweis, um den Ernst der Lage, in der wir uns heute befinden, zu kennzeichnen. Es ist ein dringendes Gebot, daß sich die internationale Solidarität in einer konkreteren und aktiveren Art und Weise manifestiert. Das moçambiquanische Volk braucht dringend materielle Hilfe, um die schweren Konsequenzen zu überstehen, auf die wir schon hingewiesen haben. Wir appellieren an die gesamte internationale Gemeinschaft, zur Erhöhung unserer Verteidigungsfähigkeit und zum Wiederaufbau der von den Rassisten verwüsteten Gebiete beizutragen.

Wir wenden uns an Afrika. In erster Linie deswegen, damit es seine Verantwortung wahrnimmt. Das Zimbabwe-Problem ist ein Problem für ganz Afrika. Wir wenden uns an die sozialistischen Staaten, unsere natürlichen Verbündeten, ihre militärische Hilfe zu intensivieren, die sie dem Befreiungskampf und der Verteidigung der Freiheit der Völker immer gewährt haben. Wir wenden uns auch an alle demokratischen Kräfte, an alle Völker, die den Frieden und die Freiheit lieben, damit sie aktiv zum Triumph der gerechten Sache des Volkes von Zimbabwe und zur Wiederherstellung des Friedens in dieser Region der Welt beitragen.

Die internationale Solidarität ist ein Gebot der Stunde

Wir geben bekannt, daß wir soeben den Generalsekretär der Vereinten Nationen gebeten haben, schnellstens den Sicherheitsrat einzuberufen, um die unsichere Situation zu diskutieren, die durch die neuen Aggressionen des illegalen Regimes von Ian Smith verursacht wurde, das eine ernste Bedrohung des Friedens und der Sicherheit in der Welt darstellt. Gleichzeitig erneuern wir unseren Appell an die internationale Gemeinschaft, durch die volle Anwendung der Sanktionen gegen die britische Kolonie Rhodesien die Isolation des rassistischen Smith-Regime zu verstärken und die Unterstützung für den bewaffneten nationalen Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe zu intensivieren. Denn Zimbabwe zu verteidigen und zu unterstützen heißt, die Freiheit zu unterstützen.

Wir möchten unser tiefstes und aufrichtigstes Mitgefühl für die Opfer der barbarischen Aggressionen von Smith ausdrücken. Die verlorenen Menschenleben, die von den Bomben und dem Napalm der rassistischen Soldateska Verwundeten wecken in uns in zunehmenden Maße einen tiefverwurzelten Haß gegen die Feinde der Freiheit und der Unabhängigkeit.

Noch einmal versichern wir, daß wir, wie auch immer die Konsequenzen sein mögen, Einschüchterung und Aggression nicht fürchten. Wir werden unsere Verteidigungskapazität festigen, wir werden unsere revolutionären Errungenschaften und unsere Souveränität verteidigen.

Dem Volk von Zimbabwe versprechen wir erneut, was auch immer das für Konsequenzen haben mag, unsere umfassende und bedingungslose Unterstützung für ihren gerechten bewaffneten nationalen Befreiungskampf.

Unabhängigkeit oder Tod.

Wir werden siegen.

Der Kampf geht weiter.

Maputo, den 18. Juni 1977

The Hung Tradition der nationalen Fronten

Wie bereits berichtet, fand am 31. Januar d. J. in Ho Chi Minh-Stadt der Gründungskongreß der neuen Vaterländischen Front Vietnams statt (vgl. AIB Nr.4/1977).

Die historische Bedeutung dieses Kongresses veranschaulicht das wiedergegebene Dokument, in dem noch einmal auf solche bekannten Vorgänger der Front wie die Viet Minh und die Südvietnamesische Befreiungsfront (NFL) hingewiesen wird. Zugleich wird deutlich, welche überragende Rolle die nationale, antiimperialistische Einheitsfront für die Lösung der Aufgaben der nationalrevolutionären Befreiungsbewegung innehatte, welches Erbe die neue Vaterländische Front angetreten hat. Denn auch in der neuen Etappe der Revolution, in der die vollständige Überwindung der Unterentwicklung und die Errichtung des Sozialismus auf der Tagesordnung steht, ist die Erreichung dieses gewaltigen Ziels nur dann gewährleistet, wenn die breitesten Schichten des vietnamesischen Volkes aktiv daran teilnehmen.

Am 31. Januar 1977 wurde in Ho Chi Minh-Stadt der Kongreß der vereinigten nationalen Front von Vietnam eröffnet. Es nahmen rund 500 Delegierte der politischen Parteien, der Massenorganisationen, der Volksarmee, religiöser Vereinigungen, verschiedener Nationalitäten sowie intellektuelle Persönlichkeiten, Privatindustrielle, Vertreter des Handels und andere Schichten der Bevölkerung daran teil. Der Kongreß handelte einmütig in seiner Entscheidung, die verschiedenen nationalen Fronten, die im Lande existierten, zu einer einzigen vereinigten nationalen Front mit den Namen **Vietnamesische Vaterländische Front** zusammenzuschließen. Der Kongreß nahm das politische Programm und die Verfassung der Vaterländischen Front an und wählte ein 191-köpfiges Zentralkomitee.



Ho Chi Minh, Gründer der KP Indochinas, der Viet Minh-Front und erster Präsident der DR Vietnam

Der Kongreß markierte einen neuen Meilenstein in der Entwicklung der vereinigten nationalen Front von Vietnam in der neuen Periode, in der das ganze Land den Sozialismus aufbaut, indem es der in der Resolution des 4. Kongresses der Kommunistischen Partei Vietnams herausgearbeiteten Linie folgt¹.

Die Kampftradition der Viet Minh-Front

Der Aufbau einer nationalen vereinigten Front ist ein außerordentlich wichtiger Bestandteil der Politik der Kommunistischen Partei Vietnams. Nahezu ein halbes Jahrhundert lang, seit der Gründung der Partei (1930²) besteht die nationale Front; obwohl sich ihr Name, die Art der Organisation und das politische Programm in jedem Stadium verändert haben, hat sie immer bestanden, sich weiterentwickelt und in ihrer Rolle dazu beigetragen, die vietnamesische Revolution von einem Sieg zum anderen zu führen.

Der Sieg der Augustrevolution von 1945³, der die Demokratische Republik Vietnam aus der Taufe hob und die Ära der Unabhängigkeit, der Freiheit und des Glücks für das Volk einleitete, war eng verbunden mit der Entstehung der Viet Minh-Front (der Liga für die Unabhängigkeit Vietnams). Gegründet im Jahre 1941 umfaßte die Viet Minh-Front alle patriotischen Vietnamesen, von Arbeitern, Bauern, Intellektuellen und Kleinbürgern bis zur nationalen Bourgeoisie, reichen Bauern und einer Anzahl kleiner Grundbesitzer, um gemeinsam gegen die französischen Kolonialisten zu kämpfen und die japanischen Faschisten davonzujagen.

Die Viet Minh-Front trieb die revolutionäre Sache der Antiimperialistischen Liga (1930-1936) und der Indochinesischen Antiimperialistischen Vereinigten Nationalen Front (September 1939–April 1941) weiter voran. Diese Organisationen spielten eine bedeutende Rolle bei der Sammlung der Massen für die zwei großen Generalproben der Augustrevolution, namentlich beim Nghe Tinh-Räteaufstand (1930-1931) und der Demokratischen Bewegung (1936-1939)⁴.

Im Jahre 1946 wurde im Gefolge der siegreichen Augustrevolution die Nationale Unionsliga von Vietnam (Lien Viet) mit dem Ziel der weiteren Verbreiterung der nationalen Einheit gegründet, um als feste Stütze für die neu errichtete revolutionäre Macht zu dienen. 1951 gingen Viet Minh und Lien Viet in der Lien Viet Front auf und trugen zum Sieg im Widerstandskrieg gegen den französischen Kolonialismus bei.

Die Offensiven der Südvietnamesischen Nationalen Befreiungsfront

Nach der Unterzeichnung des Genfer Indochinaabkommens im Jahre 1954 fielen die US-Imperialisten in Vietnam ein, booteten die französischen Kolonialisten aus und planten die Besetzung des südlichen Teils und die ewige Spaltung Vietnams. Die vietnamesische Revolution war nun mit zwei strategischen Aufgaben konfrontiert: die sozialistische Revolution im völlig befreiten Norden und – zur selben Zeit – die demokratische Revolution im Süden durchzuführen, und schließlich die Wiedervereinigung des Landes zu bewerkstelligen. Das war die Situation im September 1955, als die Va-

terländische Front Vietnams mit dem Ziel der Vereinigung aller demokratischen und nationalen Kräfte gegründet wurde, um ein friedliches, vereinigtes, unabhängiges, demokratisches, blühendes und starkes Vietnam aufzubauen.

Als im Dezember 1960 der Plan der US-Imperialisten deutlich wurde, gewaltsam in Südvietnam einzudringen und die Teilung Vietnams festzuschreiben, führte die Partei die Massen in eine Welle des gemeinsamen Aufstandes und errichtete die **Südvietnamesische Nationale Befreiungsfront (NFL)**. Die NFL bewältigte die großartige Mission der Vereinigung des ganzen Volkes, um die US-Aggressoren zu besiegen, ihre Lakaien – das Marionettenregime – zu stürzen, den Süden zu befreien und zur Wiedervereinigung des Vaterlandes voranzuschreiten.

Anfang 1968, während der Offensiven und Aufstände in allen Städten und Ortschaften Südvietnams⁵, wurde die Vietnamesische Allianz der Nationalen, Demokratischen und Friedenskräfte gegründet, mit dem Ziel, Studenten, Schüler, Intellektuelle, religiöse Gemeinschaften, Privatindustrielle und Handeltreibende sowie demokratische Persönlichkeiten in den Städten zu sammeln und sie zu motivieren, an der Seite der Revolution zu marschieren.

Die gemeinsamen Ziel, den Süden zu befreien, den Norden zu verteidigen und aufzubauen und die Wiedervereinigung des Landes zu erlangen, haben bewirkt, daß die Vietnamesische Vaterländische Front, die Südvietnamesische Befreiungsfront und die Vietnamesische Allianz der Nationalen, Demokratischen und Friedenskräfte in dauernder enger Zusammenarbeit und gegenseitiger Hilfe eine unerschütterliche Macht der breiten nationalen Einheit geworden sind.

Avantgardistische Rolle des vietnamesischen Proletariats

Über ihre mehrtausendjährige Geschichte hinweg mußte die vietnamesische Nation zahlreichen übermächtigen Aggressoren begegnen. Aus diesem Grunde war sich das vietnamesische Volk von Anfang an der Notwendigkeit bewußt, sich im Kampf für das Überleben und für den Fortschritt zu vereinigen. Es wußte zeitweise die Klassenantagonismen zurückstellen ebenso wie seine Kräfte auf das Aufhalten und Vertreiben der Aggressoren zu konzentrieren.

Sich zu vereinigen und zu kämpfen ist zu einer sehr kostbaren und festen Tradition der vietnamesischen Nation geworden. Die vietnamesischen Kommunisten sind erfüllt von dieser Tradition und haben ihren Willen zur Einheit durch die Errichtung der vereinigten nationalen Front bewiesen.

Der große Beitrag der vereinigten nationalen Front Vietnams hinsichtlich der Errungenschaften der Nation während der verschiedenen Stadien der Revolution ist folgenden Faktoren geschuldet:

1. Die Front erfreut sich der einsichtigen Führerschaft der avantgardistischen Partei der Arbeiterklasse.

Die vietnamesische Geschichte hat bewiesen, daß es die Arbeiterklasse ist, die die Interessen der Nation am besten vertritt. Nur die Arbeiterklasse ist imstande, die vereinigte nationale Front in Gegnerschaft zum Imperialismus und seinen Lakaien zu leiten. Indem sie die beiden Banner der nationalen Unabhängigkeit und des Sozialismus hochhielt, hat die Partei der vietnamesischen Arbeiterklasse das Recht auf die Führerschaft in der Revolution direkt nach ihrer Gründung errungen, eine Führerschaft, deren Bewältigung sich andere Klassen – die Bourgeoisie und Kleinbourgeoisie – als unfähig erwiesen haben, wie sehr sie es auch immer versuchten.

Es ist die Arbeiterklasse, die durch ihre Partei die vereinigte nationale Front führt. Ihre Führung besitzt die Zustimmung der Mitglieder der vereinigten nationalen Front. In seinem

8 Punkte - Programm

1. Das System der sozialistischen kollektiven Herrschaft zu errichten.
2. Zur sozialistischen Großproduktion voranzuschreiten.
3. Eine neue Kultur zu fördern und neue sozialistische Menschen heranzubilden.
4. Sorge zu tragen für das materielle und kulturelle Leben des Volkes.
5. Die nationale Verteidigung zu stärken und die politische Sicherheit und soziale Ordnung zu festigen.
6. Die Gleichheit zwischen den verschiedenen Nationalitäten, zwischen Mann und Frau zu vollenden und die Freiheit des Glaubens zu respektieren.
7. Die internationalen Beziehungen der Freundschaft und Zusammenarbeit zu verstärken.
8. Eine breite Einheit aller patriotischen Kräfte und derer, die den Sozialismus lieben, herzustellen.

Bericht an die Kommunistische Internationale im Juli 1939 schrieb Nguyen Ai Quoc (Deckname Ho Chi Minhs):

„Die Partei kann nicht verlangen, daß die vereinigte nationale Front ihre Führerschaft anerkennt. Sie muß sich stattdessen als der Front aktivstes, loyalstes und aufrichtigstes Element erweisen. Nur aufgrund des täglichen Kampfes und der täglichen Arbeit haben die Massen des Volkes die richtige Politik und die führende Rolle der Partei anerkannt, nur dadurch konnte die Partei die führende Position erlangen.“

Zusammenschluß aller Patrioten gegen die imperialistischen Henker

2. Das feste Bündnis der Arbeiter und Bauern ist die Basis der vereinigten nationalen Front.

Die Arbeiterklasse und die Bauernschaft sind die größten Klassen in der vietnamesischen Gesellschaft und stellen das größte Potential in Kampf und Produktion dar. Vietnamesische Arbeiter und Bauern wurden unter dem alten Regime grausam unterdrückt und ausgebeutet; indem sie sich ihrer Klasseninteressen bewußt wurden, haben sie umgehend den Ruf der Partei beantwortet und entschlossen ihre eigenen Interessen und die der Nation verteidigt und sind zur Hauptkraft der Revolution in unserem Lande geworden. Der Geist des zuverlässigen und standhaften Kampfes der Arbeiter und Bauern hat Intellektuelle und andere Schichten des Volkes ermutigt, in immer größer werdender Zahl an der Revolution teilzunehmen.

3. Der Front gelang es, alle patriotischen und fortschrittlichen Kräfte in ihren Reihen zu vereinen.

Unter der Vorherrschaft der Kolonialisten und Imperialisten und der feudalen Grundbesitzerklasse konnte keine Schicht des Volkes, kein aufrechter Bürger unentschlossen bleiben angesichts der Demütigung, in Sklaverei leben zu müssen. Darum gingen die vietnamesischen Kommunisten daran, alle Kräfte, die vereint werden konnten, zu vereinen und alle Kräfte zu gewinnen, die in irgendeiner Weise gegen den gemeinsamen Feind opponierten; dadurch schufen sie eine breite vereinigte nationale Front und richteten die Speerspitze der Revolution gegen den aggressiven Imperialismus und seine Henker.

4. Die Front ist vereint mit den Kräften des Friedens, der nationalen Unabhängigkeit, der Demokratie und des Fortschritts in der ganzen Welt.

Die vietnamesische Revolution ist ein integraler Bestandteil der Weltrevolution. Die vereinigte nationale Front Vietnams ist ein untrennbarer Teil der weltweiten Front gegen den Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus, sie kämpft für Frieden, nationale Unabhängigkeit, Demokratie und Sozialismus. Das vietnamesische Volk fährt fort, der

wertvollen internationalen Unterstützung, die dem weiteren Erfolg der Revolution in unserem Land zusätzliche Stärke verleiht, die entsprechende Bedeutung beizumessen, indem es selbst einen würdigen Beitrag zur revolutionären Weltbewegung leistet.

Das neue Stadium der Revolution

Der Sieg im Widerstandskrieg Vietnams gegen die US-Aggression für die Rettung der Nation, der mit der Generaloffensive und dem Aufstand im Frühjahr 1975 endete, war ein vollständiger Sieg für die Sache der nationalen Befreiung und nationalen Wiedervereinigung. Die vietnamesische Revolution ist in eine neues Stadium eingetreten, in dem die vereinigte nationale Front eine sehr bedeutende Rolle spielt. Da Vietnam eine Kolonie und ein halbfeudales Land war und jetzt das Stadium der kapitalistischen Entwicklung überwindet, hat das vietnamesische Volk die Aufgabe, eine entwickelte sozialistische Gesellschaft zu schaffen. Der Prozeß der sozialistischen Revolution in unserem Lande ist ein Prozeß tiefen und vollkommenen revolutionären Wandels. Um den Erfolg zu sichern, ist es notwendig, die Macht der Einheit des gesamten Volkes weiter zu entwickeln, die unermeßliche Kraft aller Klassen und Schichten des Volkes anzuregen, einer Überzeugung, bewußter und freiheitlicher Auffassung zu sein, all ihre Kräfte, ihr Wissen und ihre Fähigkeiten einzusetzen, um einen aktiven Beitrag zur gemeinsamen Sache zu leisten.

Nur mit der Kraft, die in der Einheit des gesamten Volkes wurzelt, können wir vollständig das Potential des Landes nutzen und Armut und Rückständigkeit innerhalb einer relativ kurzen Zeitperiode beseitigen, um so die von Präsident Ho Chi Minh gestellte Aufgabe zu erfüllen:

„Unser Land wiederaufbauen und es größer und schöner machen.“

(Quelle: Vietnam Courier, Hanoi, Nr. 58/1977, S. 2-3)

Anmerkungen:

- 1) Vgl. den Politischen Bericht Le Duans an den 4. Parteitag der Partei der Werktätigen Vietnams, in: AIB Nr. 2/1977
- 2) Die Kommunistische Partei Vietnams wurde am 2. Februar 1930 in Kowlon (Hong Kong) gegründet. Kurz darauf wurde sie in Kommunistische Partei Indochinas umbenannt. Auf dem 2. Parteitag 1951 erhielt sie den Namen Partei der Werktätigen Vietnams. Der 4. Parteitag beschloß einstimmig, die ursprüngliche Bezeichnung wieder anzunehmen. Die Kommunistische Partei Vietnams hat zur Zeit 1 550 000 Mitglieder.
- 3) Die Augustrevolution von 1945 begann mit dem erfolgreichen Massenaufstand am 19. 8. 1945 gegen die japanischen Okkupanten in Hanoi. Sie mündete in der Proklamation der Demokratischen Republik Vietnam am 2. September 1945 durch Ho Chi Minh.
- 4) Der Nghe Tinh Aufstand von 1930/31 gehörte zu den ersten von der vietnamesischen Arbeiterklasse geführten Erhebungen. In seinem Verlauf wurde in verschiedenen Gebieten das Rätssystem eingeführt. 1931 wurde er von der französischen Kolonialmacht niedergeschlagen.
- 5) Die Offensive vom Frühjahr 1968, die sogenannte Tet-Offensive, führte zur Befreiung von 43 größeren Städten und zur Vernichtung von 11 amerikanischen Luftstützpunkten in Südvietnam. Sie zeigte, daß auch die damals von den USA angewandte Taktik der „Eskalation der Stärke“ zum Scheitern verurteilt war.

Israel

Wolfram Brönner **Begin - Krise ohne Ende**

Kaum zwei Monate nach dem Machtantritt der Begin-Regierung stehen in Israel und im Nahen Osten die Zeichen zusehends auf Sturm: Der Massenwiderstand gegen eine unsoziale Wirtschaftspolitik und Tel Avivs Forcierung der Kolonisierungspolitik in den besetzten Gebieten gehen einher mit einer absolut unnachgiebigen Nahostpolitik, welche die geplante Wiederaufnahme der Genfer Konferenz im Herbst 1977 unmöglich macht, dafür aber einen 5. Nahostkrieg wahrscheinlicher werden läßt.

Ein Massenmörder an der Macht

Nach dem Wahlsieg des rechtsextremen Likud-Blockes (Allianz von Herut, Liberaler Partei und der Bewegung für Großisrael – Laam) über die seit 1948 ununterbrochen regierende sozialdemokratische Arbeiterpartei vom 17. Mai d. J. ging die Likud eine Koalition mit den klerikal-nationalistischen Nationalreligiösen und Agoudat, der militaristischen Shalomzion-Partei General Scharons, dem aus der Arbeiterpartei übergelaufenen General Dajan und der Liste von Flatto-Scharon ein. Die aus der Rechtssozialdemokratie abgespaltene Demokratische Bewegung für einen Wandel (DASCH) unter General Yadin – sie repräsentiert die den öffentlichen Wirtschaftssektor kontrollierende sogenannte bürokratische Bourgeoisie und verfißt eine gemäßigte Außenpolitik – lehnte einen Eintritt in die Begin-Regierung nach wochenlangen Verhandlungen aus taktischen Gründen ab.

Menachim Begin, der als Führer der zionistischen Terror-



Begin-Besuch im Weißen Haus im Juli d. J.

gruppe Irgun 1948 für den Mord an 250 palästinensischen Zivilisten in Deir Yassin verantwortlich ist und damit die Massenvertreibung der palästinensischen Bevölkerung einleitete, gehörte bereits von 1967 bis 1970 der im Junikrieg geborenen Regierung der „Großen Koalition“ an. Der von der Irgun wie ihrer Nachfolge-Partei Herut erhobene Anspruch auf ein Groß-Israel, einschließlich des palästinensisch-jordanischen Gebietes westlich und östlich des Jordan, findet sich wieder im Wahlprogramm der Likud¹ wie im Programm der neuen israelischen Regierung. Verstärkter Annexionismus und eine Politik der militärischen Stärke paaren sich mit dem Streben nach einem rigorosen Angriff auf die wirtschaftlich-sozialen Positionen der lohnabhängigen Massen – dafür bürgt allein die Besetzung der Schlüsselministerien mit derartigen Exponenten einer zionistischen Aggressionspolitik wie den Generälen Dajan (Außen-) und Weizmann

(Verteidigungs-) oder dem Großindustriellen S. Ehrlich (Finanzminister).

Angesichts der unter der Regierung Rabin zugespitzten Wirtschaftskrise, ihrer einseitigen Abwälzung auf die Arbeiterklasse, ihren administrativen Maßnahmen gegen anwachsende Streikbewegungen und der Verwicklung führender Repräsentanten des Arbeiter-Blocks in eine Kette von Korruptionsskandalen war die Demagogie der Ultrarechten auch bei Teilen der Arbeiter auf fruchtbaren Boden gefallen. Doch mißlang der Likud bei den jüngsten Wahlen der Gewerkschaftszentrale Histadrut (sie vereint 80 % der israelischen Lohnabhängigen) die erhoffte Eroberung der Mehrheit. Daß die Begin-Regierung unter diesen Umständen bei der Durchsetzung ihrer bezeichnenderweise von Milton Friedman beratenen Antikrisenpolitik auf massiven Widerstand der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung stoßen wird, signalisierte bereits die Antwort einer halben Million Werktätiger, die am 21. Juli d. J. aus Protest gegen das von S. Ehrlich verkündete Sparprogramm für 1 Stunde die Arbeit niederlegten.

Keine gewöhnliche Wirtschaftskrise

Das Kabinett hatte eine drastische Reduzierung der staatlichen Stützung der Preise für Grundnahrungsmittel, Dienstleistungen und Benzin verfügt, womit es weitere Preissteigerungen um 25 % auslöste. Die Inflationsrate aber hatte nach 58 % im Jahre 1974 im vergangenen Jahr noch immer 38,8 % erreicht. Hinzu kam bei nahezu eingefrorenen Löhnen die im Weltvergleich höchste Steuerbelastung der israelischen Werktätigen: der Anteil von Lohnsteuern, Zwangsanleihen usw. am Nationaleinkommen beträgt rund 70 % (gegenüber 37 % in der BRD). Der Reallohn sank 1976 um 13,8 %. Die Arbeitslosenrate von ca. 4 % 1976 blieb nur aufgrund der überdimensionalen Aufblähung des Militärapparates und eines erstmaligen Überwiegens der Auswanderungs- gegenüber der Einwanderungsrate verhältnismäßig niedrig.

Die absolute Verarmung breiter Bevölkerungsschichten ist eine der Folgen. Etwa ein Fünftel der jüdischen Bevölkerung, überwiegend orientalische Juden, lebt heute unter dem Existenzminimum. Angesichts eines chronischen Handelsbilanzdefizits von derzeit 4 Mrd Dollar (1972 noch 1 Mrd), einer Auslandsverschuldung von nunmehr 9,5 Mrd Dollar, eines rückläufigen Zuflusses von ausländischen Kapitalhilfen und eines stagnierenden Wachstums des Bruttosozialproduktes ist



Demonstanten der Demokratischen Front

ein Ende der Wirtschaftskrise nicht in Sicht.

Nicht nur aufgrund ihrer langen Dauer unterscheidet sich diese nach dem Oktoberkrieg 1973 einsetzende Krise von allen vorausgegangenen. Seit der Staatsgründung Israels 1948 waren Kriege stets eine Rettung aus oder vor zyklischen Wirtschaftskrisen; nun wurde aber der 4. Nahostkrieg nicht zum Auftakt eines Wirtschaftsbooms, sondern Ausgangspunkt einer Krise, deren Auswirkungen durch das gleichzeitige Einsetzen der schwersten kapitalistischen Weltwirtschaftskrise seit den 30er Jahren nicht abgefangen werden konnten.

Folgen einer unmäßigen Militarisierung

Die wichtigste Ursache für die Tiefe der israelischen Wirtschaftskrise aber ist in der ungeheuren Aufblähung der Militärausgaben zu suchen; verschlingen doch heute die Aufwendungen für „Verteidigungszwecke“ und Rückzahlungen von Schulden für Rüstungslieferungen über 60 % des Staatshaushaltes und mit einem Anteil am Bruttosozialprodukt von 40 % (gegenüber 1966 noch 10 %; zum Vergleich Frankreich und BRD 3-4 %) den in der Welt mit Abstand größten Militarisierungsgrad erlangt. Für die perspektivische Entwicklung so maßgebliche Bereiche wie Erziehung, Gesundheit und Forschung wurden hingegen auf etwa 30 % des Haushalts zusammengestrichen, was gleichzeitig mit der militärischen Deformierung der Wirtschaftsproduktion zusehends strukturelle Krisenerscheinungen nach sich zieht. Ohne die außerordentliche Steigerung der US-Militär- und Wirtschaftshilfe auf jährlich rund 2 Mrd Dollar nach dem Oktoberkrieg stünde Israels Wirtschaft vor dem völligen Bankrott.

Es liegt auf der Hand, daß ohne eine drakonische Senkung des Militärbudgets und eine Wiederanhebung der rückläufigen Massenkaufkraft an eine effiziente Überwindung der Wirtschaftskrise kaum zu denken ist. Dies aber erforderte sowohl eine konsequente Kursnahme auf einen gerechten, dauerhaften Nahostfrieden als auch Umverteilungsmaßnahmen zugunsten der lohnabhängigen Massen – eine Alternative, die in Israel allein die im Frühjahr 1977 konstituierte Demokratische Front für Frieden und Gleichberechtigung (Chadasch) verfiert (siehe Kasten), die aber vom regierenden sozialdemokratischen Arbeiterblock nicht einmal in Ansätzen angegangen wurde. Schon gar nicht darf sie von der ultrarechten Begin-Regierung erwartet werden.

In ihrem Wahlprogramm köderte die Likud zwar die unterprivilegierten Schichten mit dem Versprechen, mehr für sie zu tun, doch offenbaren die ersten wirtschaftspolitischen Maßnahmen das Gegenteil. Denn sie trifft die Streichung der Stützung von Grundnahrungsmitteln und die Erhöhung der indirekten Steuern am empfindlichsten. Gegen sie richtet

Parlamentssitze

	1977	1973
Likud (Herut, Liberale und Laam-Bewegung)	43	39
Nationalreligiöse Partei	12	10
Agudat Israel	4	—
Shalomzion (Liste General A. Scharons)	2	—
Liste Flatto-Scharons	1	—
Arbeiter-Block	32	51
(Arbeiterpartei – MAI und Mapam)		
Demokratische Bewegung für Wandel (Liste General Y. Yadins)	15	—
Demokratische Front Chadasch (KP Israel, Schwarze Panther und linksunabhängige Kräfte)	5	4
Schelli (Linksliberale Friedens-Liste M. Eliavs und M. Pails)	2	—
Paolei Agudat Israel	1	2
Arabische Liste des Arbeiter-Blocks	1	3
Unabhängige Liberale	1	4
Bürgerrechtsbewegung	1	3
Thora-Front (Agudat Israel und Paolei Agudat Israel)	—	4
Moked (prozionistische KP-Abspaltung Maki und Neue Linke Siach)	—	1

Plattform der Demokratischen Front Israels

Am 1. März d. J. unterzeichneten die Kommunistische Partei Israels und die Bewegung der „Schwarzen Panther“, die vordringlich die soziale Diskriminierung der orientalischen Juden (ca. 60 % der Bevölkerung) in Israel bekämpft, eine Vereinbarung zur Konstituierung einer Demokratischen Front für Frieden und Gleichberechtigung. Bei einer Großveranstaltung am 17. März verabschiedeten beide Organisationen die nachstehende Grundsatzerklärung.

In Erfüllung einer historischen Verantwortung für das Schicksal unseres Volkes und in Erkenntnis der zwingenden Notwendigkeit, alle Kräfte des Friedens, der Demokratie und des sozialen Fortschritts in Israel zusammenzuschließen, haben wir beschlossen, unsere Kräfte und unsere Bemühungen für die Wahl der Knesseth zu vereinen und eine jüdisch-arabische Demokratische Front für Frieden und Gleichberechtigung zu bilden.

Angesichts der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und moralischen Krise als Ergebnis der Politik der Regierung wie auch der extremen Rechtsparteien;

angesichts der Gefahr eines neuerlichen, eines fünften israelisch-arabischen Krieges bei Fortsetzung der gegenwärtigen Politik, der sicher noch verheerender wäre als alle vorangegangenen, während es andererseits die reale Möglichkeit der Herstellung eines gerechten und dauerhaften Friedens bei einer grundsätzlichen Änderung der offiziellen Politik Israels gibt;

angesichts der ersten Wirtschaftskrise, der Senkung der Reallöhne der Arbeiter und des Lebensstandards der Mehrheit der Volksmassen als Folge der riesigen Militäraufwendungen zur Aufrechterhaltung der Okkupation arabischer Gebiete und der damit verbundenen Privilegien und Superprofite der ausländischen und heimischen Großkapitalisten;

angesichts der steigenden Bedrohung der demokratischen Freiheiten und der Gefahr einer faschistischen Diktatur in dieser oder jener Form durch die Machtergreifung extremistischer Rechtskräfte; angesichts der Verschärfung der nationalen Diskriminierung und Unterdrückung des arabischen Volksteils in Israel; angesichts der sozialen Polarisierung, der Ausbreitung von Armut und der Verschärfung der ethnischen Diskriminierung der orientalischen Juden;

angesichts der fortgesetzten Diskriminierung der Frauen und eines mittelalterlichen Eherechts;

hat die Front folgende **Prinzipien zur gemeinsamen Plattform** erhoben:

- Die Front kämpft für einen gerechten und dauerhaften Frieden zwischen Israel und den arabischen Staaten. Ein solcher Frieden muß auf der Respektierung aller Völker und Staaten unserer Region, einschließlich des Staates Israel und des palästinensischen

Volkes, beruhen. Israel muß sich aus allen seit dem Junikrieg 1967 besetzten Gebieten zurückziehen. Die Grenzen vom 4. Juni 1967 sollen die anerkannten und sicheren Grenzen zwischen dem Staat Israel und den arabischen Staaten werden. Das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung und Bildung eines unabhängigen Staates neben dem souveränen Staat Israel muß anerkannt werden. Die Genfer Friedenskonferenz soll ohne Verzögerung und unter Beteiligung aller am Konflikt beteiligten Seiten, einschließlich der PLO als der anerkannten Vertretung des palästinensischen Volkes, einberufen werden.

- Die Front kämpft für die Interessen der Arbeiter sowohl in der Produktions- als auch in der Dienstleistungssphäre, in den Städten wie in den Dörfern, sie verteidigt die Interessen der Slumbewohner in den Elendsgebieten.

- Die Front kämpft für die Beseitigung der Politik der nationalen Diskriminierung und Unterdrückung des arabischen Bevölkerungsteils in Israel in allen Lebensbereichen, für die Abschaffung aller Gesetze und Maßnahmen, die die arabische Bevölkerung diskriminieren, für die Anerkennung der arabischen Bevölkerung in Israel als nationale Minderheit und für die Herstellung ihrer nationalen und persönlichen Gleichberechtigung im Gesetz wie in der Praxis.

- Die Front kämpft für die Beseitigung der ethnischen Diskriminierung der orientalischen Juden in allen Lebensbereichen, für die Bildung von Sonderfonds und die Aufwendung gleicher Mittel in der Wirtschaft, auf sozialem, kulturellem und politischem Gebiet, für die orientalischen Juden wie für alle anderen Bevölkerungsteile.

- Die Front kämpft für die Verteidigung der demokratischen Freiheiten und deren Erweiterung sowie gegen die Machtergreifung durch rechte und faschistische Kräfte.

- Die Front kämpft für die Gleichberechtigung der Frauen in allen Lebensbereichen, für die Abschaffung aller die Frauen diskriminierenden Gesetze und die Erlassung solcher Gesetze, die die Gleichberechtigung der Frauen garantieren.

- Die Front kämpft gegen religiösen Zwang jeglicher Art, für Meinungs- und Glaubensfreiheit.

Auf der Grundlage dieser Prinzipien wird die Front eine detaillierte Plattform zur Durchführung des Wahlkampfes ausarbeiten und zur Sicherung der weiteren Zusammenarbeit der Partner in der Front wird eine zentrale Leitungsstelle unter Beteiligung aller Teilnehmer errichtet werden.

Die kommunistische Parlamentsfraktion wird die Änderung ihrer Bezeichnung in Demokratische Front für Frieden und Gleichberechtigung, Kommunistische Partei, Schwarze Panther, jüdische und arabische Gruppen beantragen. Die Front steht weiteren politischen Gruppen und Persönlichkeiten auf Basis der oben genannten Plattform offen.

(Quelle: Informations Bulletin, Wien, Nr. 6/1977, S. 35/36).

sich die Ankündigung eines Lohnstopps, von Antistreikgesetzen und eine durch die Reduzierung öffentlicher Arbeitsstellen kalkulierte „kontrollierte Arbeitslosigkeit“. Eine etappenweise Reprivatisierung des in Israel starken, ein Drittel der Lohnabhängigen beschäftigenden staatlichen Sektors (Industrie, Bauwesen, kommunale Dienste usw.), weitere Steuererleichterungen für die einheimische Großbourgeoisie und eine Revision der Investitionsgesetzgebung zugunsten des Auslandskapitals legen Zeugnis ab für eine verschärfte arbeiter- und volksfeindliche Politik.³

Begins Politik der „Neins“

An seinem Festhalten an extrem chauvinistischen Grundpositionen hat Begin mit der Verkündung der „3 Neins“ im Mai/Juni d. J. keinerlei Zweifel aufkommen lassen. Das im Junikrieg 1967 okkupierte Westjordanland und Gaza titulierte er kurzum als „nicht besetzt, sondern befreit“, ihren arabischen Charakter fälscht er in einen biblischen Anspruch der Juden auf „Judäa, Samaria und Gaza“ um. Friedensverhandlungen entsprechend dem UNO-Votum unter Teilnahme

der PLO lehnt Begin ebenso kategorisch ab wie einen eigenständigen Palästinenserstaat, der „für Israel eine tödliche Bedrohung wäre. Es darf ihn nicht geben – wenigstens nicht auf dem Boden von Judäa und Samaria“.⁴

Dennoch wird auch Begin, zumal in Anbetracht seiner äußerst dünnen Regierungsmehrheit (63 von insgesamt 120 Sitzen) und der enormen Abhängigkeit Israels speziell von den USA und Westeuropa zu gewissen Zugeständnissen bei Nahostverhandlungen gezwungen sein.

Die Carter-Administration und die westeuropäischen Staaten gaben im Juni d. J. gleichlautende Nahost-Erklärungen ab, in denen erstmals das palästinensische Recht auf eine nationale „Heimstätte“ bzw. eine eigene – nach Carter allerdings eng an Jordanien anzulehnende oder zu integrierende – politische „Einheit“ zugestanden wurde. Dahinter verbirgt sich die heute vorherrschende imperialistische Strategie, über Zugeständnisse auf beiden Seiten, einen Ausgleich zwischen „gemäßigten“ Arabern und Israel herbeizuführen⁵.

Zweifellos bedeuten Begins provokatorische Positionen eine Einengung der imperialistischen Manövrierfähigkeit, haben sich doch die USA wie die EG in den letzten Jahren zusehends um den „Aufbau“ gefügiger arabischer Verbündeter

wie Saudi Arabien und Ägypten bemüht. Freilich ließ man bei allem proarabischen Lavieren keinen Zweifel daran aufkommen, daß in Washington die Nr. 1 Israel bleibt; vor allem: „Die USA werden alle erforderlichen Waffen an Israel liefern und das wird auch langfristig ausschlaggebend sein.“ So die Worte Carters bei Begin's USA-Besuch am 19. Juli d. J., was mit einer nochmaligen Aufstockung der amerikanischen Militärhilfe um 250 Mio Dollar auf 1,85 Mrd Dollar für 1977 untermauert wurde. Begin's Bereitschaft zu „Zugeständnissen“ beschränkt sich indessen auf einen möglichen Teilerückzug Israels vom Sinai und den Golanhöhen sowie auf das Zueigenmachen der doppelzüngigen US-Politik, eine scheinbare Friedens- und uneingeschränkte Verhandlungswilligkeit vorzutauschen, um gleichzeitig die Aufrüstung zu eskalieren und eine Politik des Hinhaltens und Schaffens vollendeter Tatsachen zu praktizieren.⁶ So stellt der amerikanisch-israelische „Friedensplan“, während der Mission von Außenminister Vance im August d. J. durch sechs Staaten des Nahen Ostens um den ägyptisch-amerikanischen Vorschlag einer Außenminister-„Arbeitsgruppe“ zur Vorbereitung der Genfer Konferenz (unter Ausschluß der PLO und der UdSSR) ergänzt, allenfalls die Weichen für einen neuen Nahostkrieg.

Amerikanisch-israelische Doppelzüngigkeit

Denn dieser von Syrien und der PLO strikt zurückgewiesene Vorschlag klammert eine Repräsentation der PLO aus und sieht einen stufenweisen Rückzug der israelischen Okkupanten von Teilen Westjordanien innerhalb mehrerer Jahre vor⁷.

Das Scheitern der Vance-Mission und damit auch des geplanten Zustandekommens der Genfer Konferenz noch im Herbst 1977 war freilich durch die gleichzeitige provokatorische Ausweitung der Kolonisierungspolitik Begin's in den okkupierten arabischen Gebieten geradezu vorprogrammiert. Kaum von seiner USA-Reise zurückgekehrt hatte Begin – was ihm die verhaltene Kritik Carters eintrug – drei im Westjordangebiet errichtete „wilde“ Wehrdörfer im nachhinein legalisiert. Kurz zuvor verabschiedete die neue Regierung einen Plan zur Errichtung von 43 weiteren Wehrdörfern, 5 Städten nebst Ansiedlung von 150 000 Israelis in den besetzten Gebieten. Nahe Khan al Ahmar wurden beispielsweise von den Besatzungsbehörden 50 ha arabischen Landes zu diesem Zwecke beschlagnahmt, die arabischen Einwohner gewaltsam vertrieben.

Am 15. August, also ausgerechnet zum Abschluß der Vance-Mission, kündigte Begin die Neuformulierung der Politik in den „befreiten Gebieten“ an, deren Kern die Übertragung der israelischen Gesetzgebung auf arabisches Territorium ist. Den Anfang dieser faktischen Annektierung machte man mit der Angleichung des Dienstleistungssektors in Westjordanien und Gaza ungeachtet massivster Proteste der arabischen Bevölkerung und der israelischen Oppositionsparteien. Begin begab sich damit selbst in Widerspruch zu seiner Regierungserklärung, in der er sich verpflichtete, israelisches Recht zumindest solange nicht auf die besetzten Territorien auszuweiten wie Friedensverhandlungen in Gang seien⁸.

Kampfansage der Demokratischen Front

Als entscheidendste Gegenkraft der abenteuerlichen Begin-Politik erweist sich die aus den Parlamentswahlen als stärkste linke Kraft hervorgegangene arabisch-jüdische Demokratische Front – Chadasch, die Begin's „Neuformulierung“ der Besatzungspolitik als „einen Akt der Provokation“ und annexionistischen Schritt wider eine Friedenslösung verurteilte. Bereits Ende Juli hatte Chadasch-Sprecher Tawfiq Toubi in der Knesseth (Parlament)-Debatte den Rummel um

den angeblichen Erfolg der Washingtoner Begin-Reise als Versuch der Reinwaschung und Verniedlichung der von der israelisch-amerikanischen Nahostpolitik ausgehenden Kriegsgefahr kritisiert. Begin's „Friedenspläne“ – so Toubi – stellen eine noch extremere Auflage der gleichen Annexionspolitik und völligen Mißachtung der Rechte des palästinensischen Volkes dar als sie die Regierung Rabin verfolgt habe.

Das Stattfinden des ersten offiziellen palästinensisch-israelischen Treffens Anfang Mai d. J. zwischen Delegationen der PLO-Exekutive und der Kommunistischen Partei Israels (Rakah) in Prag erhöht noch die Bedeutung der Alternativvorschläge der Chadasch, deren führende Kraft die Rakah ist. Sie erkennt die PLO als einzig legitimen Vertreter des palästinensischen Volkes und die Unverzichtbarkeit der Teilnahme der PLO an den Genfer Friedensverhandlungen an. Sie fordert den bedingungslosen Rückzug Israels aus allen okkupierten arabischen Gebieten und die Errichtung eines unabhängigen Palästinenserstaates neben dem Staat Israel. Sie ruft zur Aktionseinheit der werktätigen Massen und aller Friedenskräfte, zur Zusammenarbeit aller Arbeiterparteien gegen den Kriegskurs der Begin-Regierung und seine sozialen Auswirkungen auf.⁹

Hinter Israels Linkskräften und der PLO steht heute ein noch breiteres Votum der Weltöffentlichkeit.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. Le Monde, Paris, 20. 5. 1977
- 2) nach: Statistical Abstract of Israel, Jerusalem 1976; Palästina, Nr. 5/1977, S. 53-56; Der Spiegel, 30. 5. 1977; Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19. 7. 1977
- 3) Vgl. Yediot Ahronot, Jerusalem, 20. 5. 1977; Maariv, Jerusalem, 20. und 29. 5. 1977; Der Spiegel, 30. 5. 1977
- 4) Begin-Interview in: Die Welt, 20. 5. 1977
- 5) Wortlaut beider Erklärungen in: Events, Beirut, 15. 7. 1977. Zur Widersprüchlichkeit der Nahostpolitik Carters siehe insbesondere: Palestine, Beirut, Nr. 5/1. 4. 1977, S. 27-30; Time, New York, 8. 8. 1977
- 6) Vgl. Afrique Asie, Paris, Nr. 140/25. 7. 1977
- 7) Vgl. Newsweek, New York, 15. 8. 1977 und Time, 22. 8. 1977
- 8) ADN, Berlin, 11. 7. 1977 und Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 17. 8. 1977
- 9) Le Monde, 11. 5. 1977; Neues Deutschland, Berlin, 29. 7. 1977 und Palestine, Nr. 7/1977, S. 16



AMERICA LATINA

America Latina bietet einen spezialisierten Service für den Versand von Büchern und Dokumenten in allen Sprachen von und über Lateinamerika (und Spanien).

Wir bieten:

- ein großes Lager mit neueren sozial- und literaturwissenschaftlichen Büchern,
- Zugang zu den wichtigsten Verlagshäusern in Lateinamerika, Spanien, Nordamerika und Großbritannien sowie zu Monographien mit begrenzter Auflage, Statistiken und Regierungsveröffentlichungen,
- und ein effektives Suchsystem für seltene und antike Bücher.

Bestellungen und Nachfragen für weitere Information werden umgehend beantwortet.

71 Fleet Street . London E.C. 4 . England

Freiheit für die "Pretoria 12"



Zur Zeit findet in Pretoria, Südafrika, ein Prozeß gegen elf Männer und eine Frau statt. Sie sind angeklagt, gegen das Terroristengesetz verstoßen zu haben. Im Falle der Verurteilung wird die niedrigste Strafe fünf Jahre betragen, die Höchststrafe die Todesstrafe. Dieser Prozeß ist als der bedeutendste politische Prozeß in Südafrika seit dem Rivonia-Prozeß von 1964 bezeichnet worden, als Nelson Mandela und andere Führer des African National Congress of South Africa (Afrikanischer Nationalkongreß von Südafrika – ANC) lebenslänglich verurteilt wurden.

Als Schulkinder aus Soweto am 16. Juni 1976 eine friedliche Demonstration veranstalteten, war die Antwort des Apartheid-Regimes, sie niederzuschießen. Anderen, die gegen dieses barbarische Massaker protestierten, wurde ebenfalls mit Kugeln, Tränengas und Gummiknüppeln begegnet.

In den folgenden Monaten, als sich der Protest über ganz Südafrika ausbreitete, entfesselte das Apartheid-Regime eine noch nie dagewesene Welle der Unterdrückung:

- über 1000 Menschen wurden erschossen
- über 10 000 wurden verletzt, Hunderte davon werden ihr Leben lang Krüppel bleiben
- Tausende wurden verhaftet und für lange Zeit gefangen gehalten
- mindestens 5000 Menschen wurden vor Gericht gestellt und bis zum Jahresende wurden 1760 abgeurteilt
- Hunderte wurden erbarmungslos gefoltert; selbst kleine Kinder wurden Opfer von brutalen Angriffen, Elektroschocks, Nahrungsmittel- und Schlafentzug
- seit Juni letzten Jahres starben 18 Personen, die von der Sicherheitspolizei des Regimes festgehalten wurden während der Verhöre und Folter (weitere 117 Personen, die von anderen Abteilungen der Polizei festgehalten wurden, starben 1976 während der Haft).

Massenverhaftungen und -prozesse

Um den Protest des Volkes zu ersticken und die Befreiungskräfte aufzudecken, hat sich das Regime der grausamsten Methoden bedient. Folter ist in großem Umfang angewandt worden, um die Gefangenen zur Unterzeichnung von Aussagen zu zwingen, die ihre eigene Person oder andere belasten. In den zahlreichen so zustande gekommenen Prozessen werden die Beschuldigten aufgrund abscheulicher und undemokratischer Gesetze angeklagt. Sie sehen sich extremen Schwierigkeiten in der Ausrichtung einer legalen Verteidigung gegenüber. Ihre Aussagen über die Folterungen, denen sie ausgesetzt waren, werden in den meisten Fällen von den Richtern oder Polizeirichtern nicht beachtet oder abgewiesen. Unter diesen Umständen sind die Prozesse in Südafrika ein Hohn auf übliche legale Gerichtsverfahren.

Im Januar 1977 berichtete der Justizminister des Regimes

über umfangreiche Verhaftungen von „Mitgliedern des harten Kerns des ANC“. Er teilte dem ausschließlich weißen Parlament mit: „Wir haben es in Südafrika mit einer teuflischen Schlange zu tun . . . Wir haben diese Schlange gefangen und immer wieder werden wir ihr Rückgrat brechen.“ (Hansard, 25. 1. 1977). Anschließend enthüllte Mr. Kruger, daß 386 Personen in 52 gesonderten Prozessen nach dem Terroristengesetz vor Gericht gebracht würden. Ein Teil dieser Prozesse hat schon begonnen und mehrere Personen sind zu langen Haftstrafen verurteilt worden. Der bedeutendste ist der Prozeß der „Pretoria Twelve“ („Pretoria zwölf“).

Angriffe auf die Befreiungskräfte

Am 9. Mai 1977 wurden elf Männer und eine Frau mit eisernen Fußketten gefesselt und von Polizisten umringt vor den Obersten Gerichtshof von Pretoria gebracht. Der Staat behauptete, sie seien Mitglieder oder Sympathisanten des ANC, der Südafrikanischen Kommunistischen Partei (SACP) oder der Befreiungsarmee Umkhonto We Sizwe (Speer der Nation) und beschuldigte sie 79 einzelner Vergehen einschließlich des Versuchs, das Apartheid-Regime zu stürzen. Der Prozeß wurde vorübergehend bis zum 20. Juni 1977 vertagt.

In der Hauptanklage gegen die Beschuldigten wird angeführt, sie hätten „sich unrechtmäßig und gesetzeswidrig zusammengeschlossen, um die Regierung von Südafrika mit Gewalt oder mit Maßnahmen, die Gewaltanwendung nicht ausschließen, zu stürzen und zur Förderung dieser genannten Verschwörung hätten die Angeklagten bestimmte Handlungen ausgeführt.“ Die „Pretoria Twelve“ sind angeklagt, den Umsturz eines Regimes geplant und organisiert zu haben, das weltweit verurteilt wurde und das eine Politik betreibt, die von den Vereinten Nationen als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ bezeichnet worden ist.

Unter den Angeklagten befinden sich mehrere alte politische Aktivisten, die die Folter, Haft und Brutalitäten des Regimes schon viele Male zuvor erlebt haben. Andere, die zusammen mit diesen Kampfveteranen angeklagt sind, sind zwischen 20 und 30 Jahre alt. Auch sie waren Opfer der brutalen Methoden der Folterknechte des Regimes. Einer der Angeklagten, Michael Ngubenil, wurde so grausam gefoltert, daß sein Verteidiger verlangte, ihn einer psychiatrischen Behandlung zu unterziehen. Während der Haft hatte Ngubenil gesagt, er habe das Gefühl, als sei ein großer Wurm in seinem Kopf.

Es wird jeder Versuch unternommen werden, die Angeklagten zu verurteilen und für sie die höchsten Strafen, die möglich sind, zu erwirken. Nach dem Terroristengesetz beträgt die Mindeststrafe fünf Jahre und die Höchststrafe das Todesurteil. Die Angeklagten haben sich trotz der schweren Prüfung noch nicht unterwerfen lassen. Sie begrüßten die Zu-

schauer mit „Amandla Ngawethu“-Rufen (Die Macht dem Volk).

Die Beschuldigten sind angeklagt, sich mit 47 anderen „verschworen“ zu haben, um Propagandamaterial zu verbreiten, das den Umsturz des rassistischen Regimes fordert; Personen angeworben oder den Versuch gemacht zu haben, Personen anzuwerben, der Befreiungsbewegung beizutreten oder sie zu unterstützen; Personen in der Kunst der „Kriegführung und/oder des Umsturzes“ auszubilden oder den Versuch dazu unternommen zu haben und zu diesem Zwecke Personen heimlich aus Südafrika geschmuggelt und mit Waffen, Munition und Sprengstoff ausgerüstet ins Land zurückgeschickt zu haben; um „Waffenarsenale und Verstecke in der Republik einzurichten; Sabotage zu verüben; Vereine zu infiltrieren“; eine Untergrundorganisation in Südafrika zu gründen und/oder zu erweitern durch die Gründung von geheirten Zellen und Geldmittel zur Förderung ihrer Sache zu beschaffen.

Die Angeklagten

Martin Mafeo Ramokgadi (67) wird beschuldigt, Mitglied der zentralen Führung des ANC in Johannesburg von Juni 1976 bis Januar 1977 gewesen zu sein. Er wird angeklagt, Gelder für den ANC erhalten und einige neue Mitglieder geworben zu haben. Er hatte eine 10jährige Haftstrafe (1963–1973) auf der berühmten Insel, Robben Island, wegen Unterstützung der Ziele einer verbotenen Organisation verbüßt. Bei seiner Entlassung wurde er unter Bann gestellt. Er ist verheiratet und hat eine 18jährige Tochter.

Joe Nzingo Gqabi (48) wird beschuldigt, Leiter des ANC-Untergrunds in Johannesburg von Juni 1976 bis Januar 1977 gewesen zu sein. Er ist angeklagt, politische Bücher verbreitet und ein Treffen mit den Führern der Schüler von Soweto organisiert zu haben; an einer Versammlung des ANC teilgenommen zu haben, auf der der gewaltsame Umsturz des rassistischen Regimes diskutiert wurde. Joe Gqabi war früher Journalist und verbüßte eine 10jährige Haftstrafe wegen Unterstützung der Ziele des verbotenen ANC von 1965–

1975 auf Robben Island. Er wurde im August 1975 entlassen und unter Bann gestellt.

Petrus Mampogoane Nchabeleng (50) wird beschuldigt, im Oktober 1976 in Sekhukhuneland versucht zu haben, Mitglieder für den ANC zu werben. Mr. Nchabeleng hat eine 8jährige Haftstrafe mit Nelson Diale (41) (einem weiteren Angeklagten der „Pretoria Twelve“) auf Robben Island verbüßt, nachdem sie wegen Mitgliedschaft im Umkhonto We Sizwe verurteilt worden waren. Beide wurden bei ihrer Entlassung 1972 gebannt.

Michael Mpandeni Ngubeni (42) wird beschuldigt, Personen in militärischem Training unterwiesen zu haben oder ANC-Zellen zu bilden. Er war Grundschullehrer bis er 1964 wegen Verstoßes gegen das Sabotagegesetz zu 12 Jahren verurteilt wurde. Er wurde im September 1976 entlassen und sofort für zwei Jahre gebannt. Aber innerhalb eines Monats wurde er erneut inhaftiert, in die Hände von Vorsters Folterknechten.

Pauline Mamagotla Mohale (26) wird beschuldigt, im Oktober und November 1976 versucht oder mit Erfolg versucht zu haben, eine Person für militärisches Training zu gewinnen und eine Broschüre unter dem Titel „The Voice of the ANC (Spear of the Nation)“ (Die Stimme des ANC – Speer der Nation) getippt oder vervielfältigt zu haben.

Naledi Tsiki (21) wird beschuldigt, außerhalb von Südafrika an militärischem Training teilgenommen zu haben und bei seiner Rückkehr an der Werbung für den ANC beteiligt gewesen zu sein. Außerdem wird behauptet, er habe einen Sabotageakt an der Eisenbahnlinie in Dikgale, im Bezirk Pietersburg, im Oktober 1976 verübt. Mr. Tsiki wurde im Dezember 1976 zusammen mit seinem Vater, seinem Bruder und seiner Schwester verhaftet.

Die übrigen Angeklagten werden derselben oder ähnlicher Vergehen beschuldigt: Lele Jacob Motaung (23), Simon Samuel Mohlanyang (23), Elias Tieho Masinga (24), Jacob Gaonakala Seatlhole (47) und Mosima Gabriel Sexwale (24).

(Hrsg. von: Free the Pretoria Twelve Campaign, London, 20. Juni 1977)

Rezensionen

Kirche und Armee Chiles

Fernando Rivas Sánchez/Elisabeth Reimann Weigert, Die Streitkräfte Chiles: ein Fall imperialistischer Durchdringung, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/Main 1977, 280 S., 10,50 DM

Angesichts der Tatsache, daß die Mehrzahl der Länder Lateinamerikas heute von Militärdiktaturen unterdrückt werden, bietet die Untersuchung der beiden chilenischen Journalisten, Fernando Rivas und Elisabeth Reimann, wichtige Informationen zum Verständnis der politischen Eingriffe der Militärs. Es wird deutlich gemacht, daß hinter diesen Eingriffen die gezielte Arbeit des Pentagon steht, das versucht, die lateinamerikanischen Streitkräfte als steuerbare Schachfiguren in seine Pläne zu integrieren, um so die besonders seit der Niederlage in Vietnam wenig populäre Intervention von außen zu vermeiden.

Der erste Teil des Buches enthält einen Überblick der verschiedenen Militärakademien in den USA und anderen Ländern, in denen besonders Militärs höherer Ränge der Dritten Welt eine Ausbildung im Sinne des Imperialismus erhalten. Dabei steht nicht die technische Ausbildung im Gebrauch US-amerikanischer Waffen im Vordergrund, sondern die antikommunistische ideologische Indoktrinierung, die ein simplistisches Freund-Feind Bild vermittelt. Zahlreiche Interviews mit Angehörigen der chilenischen Streitkräfte, die diese „Ausbildung“ mitmachten, verdeutlichen deren Auswirkung. So erklärt das ehemalige Mitglied der schwarzen Barette González: „Und dabei wurde vom Marxismus gesprochen. Das heißt, er sagte, es gäbe eine

philosophische Richtung, den Marxismus, aber das wäre eine Richtung des Hasses, von Leuten, die vom Dämon besessen sind, Leute, deren Gehirn die diabolischsten Ideen hervorbringen würde . . . Gedanken wie: die Welt zerstören und umbringen, und Haß säen. Und unsere Aufgabe wäre es, mit dem Gewehr diese Ideen zu bekämpfen. Und Gott würde uns führen, um den Kommunismus in der Welt auszurotten . . . Das ist so ungefähr alles, woran ich mich erinnere.“ (S. 44) Indem der Feind als „terroristische Guerillarebellen im Dienste des internationalen Kommunismus“ (S. 53) definiert wird, verlegt man ihn ins Landesinnere und somit erscheint es auch als legitim, gegen die eigenen Landsleute zu kämpfen.

Im zweiten Teil wird konkret auf die besonderen Merkmale der chilenischen Streitkräfte eingegangen und dabei „die Verachtung der Zivilisten, die Übertreibung einer maschinellen Disziplin und die Glorifizierung eines überkommenen militärischen Geistes“ (S. 86) hervorgehoben. Interviews mit ehemaligen Mitgliedern der Streitkräfte verdeutlichen, wie die ins extrem getriebene Disziplin den Soldaten in eine „Tötmaschine“ verwandeln soll.

Es ist unbestritten, daß die Volksregierung Allendes hinsichtlich der Einschätzung der Streitkräfte und in ihrer Militärpolitik schwerwiegende Fehler begangen hat, die die Durchführung des Putsches vom 11. 9. 1973 begünstigten. Man kann jedoch andererseits nicht – und auch darauf weisen die Autoren hin – alle chilenischen Militärs als Verbrecher und Aufrührer betrachten. Nachdem sie im dritten Teil einen Überblick über die Entwicklung der chilenischen Geschichte

seit dem Ende des 19. Jahrhunderts geben und der in diesem Zeitraum stattgefundenen militärischen Interventionen, die die angebliche „Neutralität“ der chilenischen Streitkräfte wiederlegen, stellen sie die Frage: „War es zu diesem Zeitpunkt (als 1971 die Gemeindevahlen zeigten, daß mehr als 50 Prozent der Bevölkerung die Regierung unterstützten) möglich, eine bewaffnete Volksmiliz zu schaffen? Und wenn nicht in dieser Etappe des Prozesses, hätte der Putsch später vermieden werden können, wenn man die Arbeiter bewaffnet hätte?“ (S. 215) Sie bezeichnen diese Fragen selber als spekulativ, es muß aber außerdem darauf hingewiesen werden, daß es einseitig wäre, den Erfolg oder Mißerfolg einer revolutionären Volksbewegung als allein von den militärischen Kräften abhängig zu sehen. So wertvoll die von Reimann und Rivas vermittelte Information ist, so darf sie doch nicht zu dem Schluß führen, daß das Schicksal eines Landes letztlich von den Waffen bestimmt wird. Es darf nicht vergessen werden, daß in Chile der Imperialismus mehrmals versuchte, die Amtsaufnahme Allendes und später die Durchführung seiner Regierung durch Eingriffe der Militärs zu verhindern. Dies gelang erst zu dem Zeitpunkt, als sich auf politischer Ebene das Kräfteverhältnis zu Ungunsten der Unidad Popular verändert hatte, als es den Faschisten gelungen war, weite Teile der Mittelschichten auf ihre Seite zu ziehen, und Allende und die Volksregierung politisch isoliert waren.

Eberhard Hackethal, Kreuzweg Chile. Christen, Kirche und Klassenkampf vor und nach dem Militärputsch, Union Verlag, Berlin 1976, 190 S., 8,20 DM

Ein grundlegender Aspekt im chilenischen antifaschistischen Widerstand ist heute der Aufruf der Unidad Popular an alle antifaschistischen Kreise und besonders an die Christdemokratische Partei (PDC), eine gemeinsame breite Front zum Sturz der Junta zu bilden. Für viele, die bei einer Christdemokratischen Partei automatisch an die bundesrepublikanische CDU denken, mag dieses Anliegen einer utopischen Wunschvorstellung gleichkommen. In Zusammenhang mit diesem ebenso wichtigen wie politisch interessanten Aspekt, bietet das Buch von Hackethal sehr genaue Information über die Widersprüche innerhalb der PDC und über ihre Entwicklung vor und nach dem Putsch vom 11. 9. 1973, die eine fundierte Einschätzung der Perspektiven einer Zusammenarbeit mit der UP ermöglichen.

Darüber hinaus untersucht Hackethal ausführlich den Werdegang der Katholischen Kirche in Chile, die bereits Ende der 50er Jahre von einer vorbehaltlosen Unterstützung der herrschenden Ordnung zu einem gemäßigten Reformismus überging, der zeitweilig mit dem politischen Programm der PDC gleichzusetzen war und von einem entschiedenen Antikommunismus begleitet wurde. Während der Amtszeit Allendes unterstützte die Katholische Kirche jedoch die fortschrittlichen Maßnahmen der Volksregierung und versuchte bis zuletzt, durch die Vermittlung von Gesprächen zwischen Regierung und Opposition bei der Suche eines politischen Auswegs aus der Krise behilflich zu sein, um einen Putsch zu verhindern. Sie tat „nichts zur Begünstigung der faschistischen Konterrevolution“ (S. 46), was die PDC hingegen für sich nicht in Anspruch nehmen kann. Neben einer genauen Analyse der offiziellen Kirche, läßt Hackethal auch den Widerstand rechter Kirchenkreise gegen die Reformposition deutlich werden und das Wirken christlicher Bewegungen, die über einen systemimmanenten Reformismus hinausgehen und sich für den Sozialismus einsetzen, dabei jedoch zuweilen in von der Arbeiterklasse getrennte, kleinbürgerliche Positionen verfallen.

In sehr differenzierter Form behandelt Hackethal anschließend die Entwicklung der PDC und der Katholischen Kirche nach dem Putsch. Die nichtfaschistische Mehrheit der katholischen Hierarchie bewegt sich dabei zwischen einem „Rückzug auf eine Theologie der Versöhnung“, was einer indirekten Begünstigung des Faschismus gleichkommt und der „konsequenten Befolgung der evangelischen Verpflichtung“, die sie notwendigerweise in Konflikt mit der etablierten Macht geraten läßt (S. 75). Für die PDC wiederum hieß das Dilemma: „Entweder sie fügte sich der Junta, dann drohte der Zerfall der Partei, oder sie ging auf offen antifaschistische Positionen über, dann mußte der linke Flügel der Partei erheblich an Einfluß gewinnen.“ (S. 93) Die Untersuchung Hackethals reicht bis 1975, wobei deutlich wird, daß „die Grundtendenz die Zunahme passiven oder aktiven Antifaschismus in den Mitglieder Massen (der PDC) ist.“ (S. 93)

Eine wichtige Bereicherung der Untersuchung ist der Dokumentenanhang, in dem u. a. Erklärungen und Dokumente der Kirche, der „Christlichen Linken“, der „Christen für den Sozialismus“, der PDC und der Volksparteien wiedergegeben werden, die sonst nur sehr schwer zugänglich sind.

Beatrix Binkmann

Kurzinformation

Chile

Als vor über zwei Monaten 26 Angehörige verschwundener Patrioten im UNO-Gebäude in Santiago in den Hungerstreik traten (siehe Beitrag von I. Ljubicic in diesem Heft), sah sich Juntachef Pinochet dazu genötigt, dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, Waldheim, zu versprechen, sich um Auskünfte über den Verbleib der Verschleppten zu kümmern. Dieses Versprechen wurde bis heute nicht eingelöst.

Die Teilnehmer einer Demonstration vor dem Justizpalast in Santiago forderten deshalb am 12. August d. J. nochmals eindringlich die ausstehenden Informationen. Dabei umringten sie auch den Unterstaatssekretär für Interamerikanische Angelegenheiten der US-Regierung, Todman, bevor sie von Polizeikräften auseinandergejagt und sechs Frauen verhaftet wurden.

Todman setzt die lebhafteste Reisetätigkeit der US-Administration der letzten Tage und Wochen fort, während der schon Patricia Derian, die für Menschenrechtsfragen zuständige Beamtin des State Department, sowie Botschafter Lowenstein von der amerikanischen UNO-Mission in New York Chile besuchten (vgl. Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 16. 8. 1977). Neben der breiten Empörung der Weltöffentlichkeit über die Geheimpolizei DINA, mögen diese Besuche nicht unwesentlich dazu beigetragen haben, daß die DINA aufgelöst werden mußte. Sie wird durch einen „Informationsdienst“ ersetzt. Das Exekutivsekretariat der Unidad Popular hat mittlerweile die Umbenennung der DINA in Nationale Zentrale für Information als ein Täuschungsmanöver bezeichnet und darauf hingewiesen, daß der Informationszentrale Funktionen, Mittel, Personal, Gebäude und Konzentrationslager der DINA übergeben worden sind.

Belize - Guatemala

In Großbritanniens letzter Kolonie auf dem lateinamerikanischen Kontinent Belize sind im Juli d. J. die britischen Truppen angesichts einer erneuten Interventionsdrohung seitens des Nachbarlandes Guatemala verstärkt worden. Guatemala erhebt widerrechtlich Anspruch auf dieses Gebiet, dem 1964 die innere Autonomie zugestanden werden mußte. Der guatemaltekeische Diktator Laugerud hat wiederholt mit Interventionsdrohungen gedroht, falls London Belize eine „einseitige Unabhängigkeit“ für das Land erkläre.

In Belize selbst wurde 1960 eine Volksabstimmung durchgeführt, in der die 150 000 Einwohner des Landes eindeutig den Willen zur Selbständigkeit bekräftigten. Ebenso sprach sich der UNO-Ausschuß für koloniale Fragen mit 114 Für-Stimmen für Belizes Recht auf staatliche Integrität und Unabhängigkeit aus.

Der offene militärische Konflikt konnte vorläufig durch eine Übereinkunft, das Problem mit Hilfe von „Verhandlungslösungen“ zu regeln, die von „allen Seiten“ akzeptiert werden können, abgewendet werden. Jedoch sollen die dort stationierten Truppen erst mit der vollständigen Unabhängigkeitserklärung abgezogen werden.

Hinter den Ansprüchen Guatemalas werden – nach USA-Presseberichten – die Interessen der Ölkonzerne Gulf Oil und Shell sowie des Geheimdienstes CIA vermutet, die ihre britischen Konkurrenten aus diesem Teil Amerikas verdrängen wollen. Auch die Angst der benachbarten reaktionären Militärdiktaturen vor einem unabhängigen Belize, daß u. U. eine fortschrittliche Außenpolitik betreiben könnte, steckt hinter diesen Ereignissen.

Gefährlicher Konflikt Somalia - Äthiopien

Die anhaltenden Kämpfe in der äthiopischen Provinz Ogaden zwischen Regierungstruppen und der von Somalia militärisch unterstützten Befreiungsfront Westsomalias haben die Gefahr eines allgemeinen Krieges am Horn von Afrika heraufbeschworen. Gleichzeitig hat die separatistische Eritreische Befreiungsfront ihre militärischen Aktionen verstärkt, reißen Anschläge und Übergriffe konterrevolutionärer Banden in vielen Teilen des Landes nicht ab. Die äthiopische Revolutionsregierung hat auf die zugespitzte Lage mit der allgemeinen Mobilmachung geantwortet.

Alleinige Nutznießer der Auseinandersetzung zwischen Äthiopien und Somalia, zweier afrikanischer Staaten progressiver Orientierung, sind die imperialistischen Mächte – allen voran die USA – die im Zusammenspiel mit reaktionären arabischen Kräften gegenwärtig den Versuch unternehmen, verlorene Kontrollpositionen am Roten Meer zurückzuerobern. Hemmungslos schüren sie daher den Konflikt unter skrupelloser Ausnutzung ethnischer und religiöser Gegensätze im Vielvölkerstaat Äthiopien, durch Waffenlieferungen und Finanzspritzen für die Separatisten. Während die sozialistischen Länder und die Organisation für afrikanische Einheit (OAU) die Kontrahenten zur Besonnenheit aufrufen, zur Einstellung der Kampfhandlungen und zu einer Lösung auf dem Verhandlungswege, bringen die großbürgerlichen Massenmedien unseres Landes (siehe Frankfurter Allgemeine, 17. 8. 1977) unverhohlen ihre Genugtuung über die mit dem anhaltenden Blutvergießen verbundene Schwächung der fortschrittlichen Kräfte in diesem Teil Afrikas zum Ausdruck.

Die Ziele der imperialistischen Manöver sind unschwer zu erkennen. Es geht den USA in erster Linie um die Liquidierung der äthiopischen Revolution und die Wiederherstellung ihrer militärischen und ökonomischen Positionen, die sie im Kaiserreich Haile Selassies besaßen (vgl. AIB, Nr. 11–12/1976 und 1/1977). Gleichzeitig hoffen sie, über eine Zuspitzung des Konfliktes einen Keil zwischen die Demokratische Republik Somalia und ihre natürlichen Verbündeten, die sozialistischen Länder, treiben zu können, um das Land in den Einflußbereich des US-Imperialismus zurückzuholen. Dies würde ohne Zweifel ein Ende der progressiven Entwicklung Somalias bedeuten.

Eine Schlüsselrolle in der Strategie der USA kommt Saudi-Arabien und seinen Petrodollars zu. Offensichtlich ist, daß unter seiner Führung die Bildung eines reaktionären militärisch-politischen Blocks am Roten Meer angestrebt wird, zur Bedrohung und Eindämmung der antiimperialistischen Kräfte in Afrika wie im arabischen Osten.

Das koloniale Erbe – Konfliktursache

Wie so oft in Afrika müssen die Wurzeln auch dieses Konfliktes in der kolonialen Vergangenheit des Kontinents gesucht werden. Das heutige Somalia entstand aus dem Zusammenschluß von ehemals Britisch- und Italienisch-Somaliland, die beide 1960 unabhängig wurden. Obwohl auch Somalia die Entschließung der OAU über die unbedingte Gültigkeit und Unantastbarkeit der aus der Kolonialzeit stammenden Grenzen anerkannte, erhob es von Anfang an Anspruch auf drei weitere, ebenfalls von Somalistämmen bewohnte und durch koloniale Grenzziehung abgetrennte Gebiete: auf die französische Somaliküste (seit Mitte d. J. als Republik Djibouti unabhängig), auf den Nordosten Kenias sowie auf die als

„West Somalia“ bezeichnete äthiopische Provinz Ogaden, die 1897 von Äthiopien erobert worden war.

Bereits 1964 war es zwischen den beiden Ländern zum bewaffneten Grenzkonflikt gekommen, der jedoch durch Vermittlung der OAU 1967 beigelegt werden konnte.

An dem Anspruch Somalias änderte sich auch nichts als 1969 fortschrittliche Militärs die Macht übernahmen und das Land erfolgreich auf einen nichtkapitalistischen Entwicklungsweg orientierten. Während sie jedoch mit Kenia zu einer Übereinkunft gelangte und die Unabhängigkeit Djiboutis anerkannte, ermunterte die somalische Militärregierung die mit ihrer Hilfe gegründete Befreiungsfront Westsomalias zum bewaffneten Aufstand gegen die infolge der Revolutionswirren geschwächte Zentralregierung in Addis Abeba und griff schließlich selbst in die Kämpfe ein.

Streitobjekte Ogaden und Eritrea

Wesentlich komplizierter stellt sich die Situation in Eritrea dar. Von 1890 bis 1941 italienische Kolonie, wurde Eritrea 1952 auf Beschluß der UNO mit Äthiopien zu einer Föderation vereinigt, bereits 1962 jedoch unter Bruch des Föderationsabkommens als 14. Provinz des äthiopischen Kaiserreiches annektiert. Gegen die Verletzung der Autonomie kämpfte seit 1961 die Eritreische Befreiungsfront (ELF), die schließlich den Kampf um die vollständige Loslösung Eritreas aufnahm.

Sie ist in einen eher konservativen Flügel und einen Flügel mit antiimperialistischem Anspruch gespalten. Von 1972–74 verstrickte sie sich in einen heftigen Kleinkrieg mit der 1971 entstandenen Konkurrenzorganisation Volksfront für die Befreiung Eritreas, wodurch die Separatistenbewegung wesentlich an militärischer Schlagkraft verlor.

Erst mit dem Sturz des Feudalregimes – die Gunst der Stunde nutzend – intensivierte die ELF erneut ihre militärischen Aktionen gegen die Zentralgewalt, ungeachtet der revolutionären Veränderungen im Land und des vom Provisorischen Militärischen Verwaltungsrat (DERG) angekündigten Autonomiestatus für alle Völker Äthiopiens.

Wie von Somalia so wird auch von den eritreischen Separatisten der unzweifelhaft antiimperialistische Charakter der äthiopischen Revolution geleugnet. Gleichwohl scheut die ELF nicht davor zurück, sich selbst mit den reaktionärsten Kräften des arabischen Lagers zu verbünden.

Im Herbst 1974 kam es zu Kontakten zwischen der Militärregierung und den eritreischen Separatisten. Wenn es dennoch nicht zur Aufnahme von Verhandlungen kam, so deshalb, weil die ELF an ihrer Forderung nach vollständiger Loslösung Eritreas festhielt und andererseits die damalige Militärführung zunächst nur halbherzig und zögernd die Liquidierung des morschen Feudalstaates und seiner politischen Hinterlassenschaft betrieb.

Es ist für eine Verhandlungslösung am Horn von Afrika noch nicht zu spät, wenn die fortschrittlichen Kräfte sich auf ihre gemeinsamen antiimperialistischen Ziele besinnen, unter Wahrung der Souveränität und territorialen Integrität der beteiligten Staaten nach einer gerechten Lösung des Autonomie-Problems suchen und die Manöver des Imperialismus entschlossen zurückweisen.

Peter Dietzel

Insider wissen es ...

Die Ausbeutung der sogenannten Dritten Welt wird nicht enden ohne grundlegende politische und ökonomische Veränderungen bei uns. Die Durchsetzung neuer Strukturen ist aber nur möglich, wenn Viele dafür eintreten. Andere zu überzeugen erfordert persönliches Engagement – und Geld.

Deshalb „besteuern“ wir uns selbst. Wir setzen 2-3 % unseres Einkommens für entwicklungspolitische Bewußtseinsarbeit ein, unterstützen andere Gruppen und beteiligen uns an geeigneten Projekten in der Dritten Welt. Als Mitglied bestimmen Sie mit über die Verwendung Ihres (steuerlich absetzbaren) Beitrags.

Viele entwicklungspolitische Aktionen scheitern an der Finanzierung. Wenn Sie gute Ideen und konkrete Pläne für eine entwicklungspolitische Öffentlichkeitsarbeit haben, aber nicht wissen, wie Sie das alles finanzieren sollen ...

Wir senden Ihnen gerne Informationsmaterial

Aktion Selbstbesteuerung e. V. – Friede durch gerechte Entwicklungspolitik – Blumenstraße 38, 7000 Stuttgart 1